

## Die kanadische Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg

Von Prof. F. H. Soward

*Director of International and Asian Studies, Department of History, University of British Columbia, Vancouver*

### Fortsetzung und Schluß

#### Kanada im Nordatlantikpakt

Die kanadische Teilnahme an der NATO kann wohl als die bedeutendste Loslösung von der Außenpolitik der Vorkriegsjahre angesehen werden, die bisher stattgefunden hat. Wer würde vor zwanzig Jahren geglaubt haben, daß eine kanadische Brigade und eine Luftwaffendivision in Friedenszeiten in Westeuropa stationiert werden würden und daß in einem Zeitraum von sechs Jahren ungefähr 1,2 Milliarden Dollar ausgegeben würden, um europäische Staaten militärisch auszurüsten (eine der letzten Spenden waren 15 Jagdflugzeuge für die Bundesrepublik Deutschland) oder um Flieger aus allen möglichen Ländern in Kanada auszubilden. Und doch ist das geschehen — ein weiterer Beweis für die Wirkung der Manifestierungen des sowjetischen Imperialismus auf die kanadische öffentliche Meinung. Als *St. Laurent*, der damalige Außenminister, der Zweiten Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 1947 erklärte, daß das Schreckgespenst eines „in Nutzlosigkeit erstarrten und in Uneinigkeit zerrissenen“ Sicherheitsrats zu einer „Vereinigung demokratischer und friedliebender Staaten“ führen könnte, „die bereit wären, um eines höheren Maßes an nationaler Sicherheit willen bestimmtere internationale Verpflichtungen zu übernehmen“, zeichnete er sich als der erste westliche Staatsmann aus, der öffentlich eine neue Sicherheitsorganisation befürwortete<sup>29</sup>. Er und seine Kollegen sahen aber von Anfang an ein, daß die Initiative zur Bildung einer solchen Verbindung von einer Macht von größerer Bedeutung als Kanada kommen müsse. Von dem Augenblick an, da das Vereinigte Königreich bei der Gründung der Westunion im März 1948 die Führung übernommen hatte mit der völlig klaren Erkenntnis, daß die neue Gruppierung ohne nordamerikanische Hilfe militärisch nicht lebensfähig war, und als die Regierung *Truman* unter Mithilfe von Senator *Vandenberg* die Billigung des Senats für die Verbindung der Vereinigten Staaten mit „regionalen und anderen kollektiven Pakten“ erwirkt hatte, war der Weg frei für „einen kanadischen Kreuzzug für die Vervollständigung einer westlichen Union oder einen nordatlantischen Regionalpakt“, wie

eine Zeitung in Ottawa es nannte. Die kanadischen Staatsmänner waren von vornherein davon überzeugt, daß die neue Vereinigung mehr sein müsse als eine altmodische militärische Allianz, wenn sie, wie sie hofften, „das dynamische Gegengewicht, das eine freie, wohlhabende und fortschrittliche Gesellschaft der totalitären und reaktionären Gesellschaft der kommunistischen Welt gegenüberstellt“,<sup>30</sup> sein sollte. Ein solcher Glaube bewirkte die Einfügung von Artikel 2 in den Nordatlantikpakt, der als der „kanadische Artikel“ bekannt wurde. Er verpflichtete die NATO-Mitglieder, ein besseres Verständnis der Prinzipien herbeizuführen, auf die ihre freien Institutionen gegründet waren, Stabilität und Wohlstand zu fördern, nach der Ausschaltung von Konflikten in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu trachten und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einigen von ihnen oder allen anzuregen.

Es ist unschwer zu ermessen, warum die kanadische Regierung von dem Augenblick an, als sie von der Realität der sowjetischen Herausforderung überzeugt war, eine so aktive Rolle bei der Gründung der NATO spielte. Die Mitgliedschaft in der neuen Organisation konnte Kanada weit bessere Gelegenheit zur Teilnahme an der Formung einer einheitlichen Verteidigungspolitik der westlichen Welt bieten, als dies irgendwo sonst möglich gewesen wäre. In der neuen Gruppierung, in der die Großmächte nicht das alleinige Vetorecht hatten wie im Sicherheitsrat, würde Kanada besonders mit den drei Ländern verbunden sein, zu denen es schon immer die engsten Bande des Gefühls, des Handels und der Kultur hatte: dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und Frankreich. Indem es half, die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes zu schützen, handelte Kanada in seinem eigensten Interesse; zweimal in einem Vierteljahrhundert hatten Kanadier hier schon für die Freiheit gekämpft. Wenn man die westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten in einem bewaffneten Bündnis zusammenschloß, würde die Möglichkeit des Erstehens einer mächtigen dritten Kraft in Europa, die versuchen könnte, ihr Heil in einer Politik der Neu-



tralität zwischen den zwei Supermächten der Nachkriegszeit zu finden, verhindert. Diese Auffassung der Regierung wurde von allen anderen politischen Parteien geteilt, mit Ausnahme natürlich der Labor Progressive (Kommunisten). Sie alle stimmten im Parlament mit überwältigender Mehrheit für die Billigung der Mitgliedschaft in der NATO, als die Frage im April 1949 zur Abstimmung kam. Demzufolge war Kanada das erste Land, das seine Ratifikation des Nordatlantikpaktes in Washington hinterlegte.

Es gibt ein Sprichwort, das heißt: „Wer A sagt, muß auch B sagen.“ Die kanadischen Staatsmänner hatten ihr Land zum ersten Male in der Geschichte an militärische Verpflichtungen bestimmter Art gebunden und mußten nun notwendigerweise die Verantwortung für die Ausarbeitung einer weitreichenden Politik teilen, nicht um die „gewaltige Ueberlegenheit an Stärke“, die im Jahre 1948 so hoffnungsvoll in Aussicht genommen worden war, sondern die wirksam abschreckende Stärke zu erreichen, die alles ist, was im Augenblick angestrebt wird. Der Erfolg dieser späteren Politik kann an der Heftigkeit der sowjetischen Versuche, die NATO zu unterminieren oder zu zerstören, abgelesen werden. Der sowjetische Besitz der Atombombe seit September 1949, der Korea-Krieg im darauffolgenden Jahre und das Gleichgewicht des Schreckens, das aus der Entwicklung der Wasserstoffbombe sowohl durch die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion resultierte, haben die militärischen Aspekte des Bündnisses unter Ausschluß nahezu alles anderen in den Vordergrund der NATO gestellt. Obwohl Kanada es unter Berücksichtigung bereits erwähnter innenpolitischer Umstände bisher vermeiden konnte, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, um seinen NATO-Verpflichtungen nachzukommen, war es doch gezwungen, eine finanzielle Last auf sich zu nehmen, was seine Verteidigungsausgaben zu den viertgrößten unter den NATO-Ländern macht. Wie die Regierungen anderer Bündnispartner wurde auch Kanada durch strategische Rücksichten dazu veranlaßt, dem Eintritt von Griechenland und der Türkei in die NATO zuzustimmen, eine Politik, die militärische Erwägungen über geographische Genauigkeit stellte. Wie die Partner ist auch Kanada an den entwickelten Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Westeuropäische Union beteiligt gewesen. Im Verlaufe dieser langwierigen Diskussionen hatten die Kanadier mehr Verständnis für die Zweifel, Hemmungen und Unsicherheiten der französischen Politik als ihre amerikanischen Vettern, obwohl sie für die Zweckmäßigkeit, die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der NATO zu sichern, aufgeschlossen waren. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten hatten sie länger sowohl gegen das hohenzollernsche Deutschland als auch gegen dasjenige Hitlers gekämpft und verhältnismäßig größere Verluste erlitten. Sie waren bereit, das

kalkulierte Risiko der deutschen Wiederaufrüstung einzugehen, jedoch in unbehaglicherer Stimmung, als dies in Washington der Fall war. Wer die Unterhausdebatte vom Januar 1955 liest, die der parlamentarischen Zustimmung für das Protokoll zum Nordatlantikpakt über den Beitritt der Bundesrepublik vorausging — eine Debatte, an der sich nahezu jedes fünfte Unterhaus-Mitglied beteiligte —, wird erkennen müssen, daß die Mehrheit von 213 zu 12 das Gefühl bekommener Einwilligung nicht entsprechend wiedergibt, durch das diese Diskussionen gekennzeichnet waren. Als ein liberales Mitglied jüdischer Abstammung aus Montreal, das über sechzig Verwandte durch die Nazis verloren hatte, am Schluß seiner Rede sagte, daß es „nicht ohne tiefen, durch meine ernststen Zweifel, Befürchtungen und Bedenken verursachten Schmerz im Herzen“ für die Resolution stimme und daß es seine Entscheidung „mit dem heißesten Gebet“ begleite, daß „diese Entscheidung in der Weisheit dessen, der unser aller Geschick lenkt, zur Besserung der Menschheit dienen möge“<sup>31</sup>, rührte es an die Herzen der anderen Parlamentsmitglieder stärker als irgendein Mitglied seit Jahren.

Bisher haben die Kanadier das starke Ansteigen der Verteidigungsvoranschläge, das die Mitgliedschaft in der NATO mit sich brachte, mit erstaunlich wenig Protest aufgenommen. Sie waren mit dem Premierminister darin einig, daß hohe Prämien für eine angemessene Versicherungspolice notwendig sind. Ebenso haben sie die Richtung der Verteidigungsplanung der großen Drei der NATO, der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs, als logisch hingenommen. Doch fragen sich angesichts des Wechsels in der sowjetischen Führung seit Stalins Tod und angesichts der durchgreifenden Umorientierung der militärischen Strategie, welche die Wasserstoffbombe notwendig werden ließ, manche Kanadier ebenso wie Engländer, Franzosen und Deutsche, ob eine Herabsetzung der Verteidigungsausgaben nicht möglich wäre<sup>32</sup>. In Erwiderung bestanden die führenden Staatsmänner darauf, daß Moskau nur seine Methoden, aber nicht seine Ziele geändert habe und daß gerade der Erfolg der NATO bei der Stärkung des Schutzwalls der Freiheit die Sowjetführer mit dazu gezwungen habe, vom Säbelrasseln zu Schalmeientönen überzugehen. Außenminister Pearson sagte nach der Rückkehr von seinem Besuch in Rußland: „Wir kamen nach Kanada zurück in dem Gefühl, daß, was die Sowjetunion angeht, die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Angriffs nicht groß ist, vorausgesetzt, daß wir die militärische Stärke im Westen aufrechterhalten — in der NATO und an anderen Orten —, um die Versuchung auszuschalten, die in der Hoffnung auf einen bequemen Sieg liegt. Wenn wir militärisch stark bleiben, ist ein offener Angriff nicht wahrscheinlich“<sup>33</sup>. Aus diesem Grunde ist in der kanadischen militärischen Planung für das



laufende Finanzjahr keine Herabsetzung eingetreten, und es wird auch an der Zahl der kanadischen Truppen in Europa keine Aenderung vorgenommen werden, solange eine solche Politik nicht durch den Nordatlantikrat als Teil eines allgemeinen Programms gebilligt wird. Mr. Pearson prägte den für die kanadische Einstellung charakteristischen Satz: „Die NATO ist kein Handelsobjekt.“ Jedoch sollte in der gegenwärtigen Ära der „kompetitiven Koexistenz“ die Besorgnis um die militärische Stärke der NATO keine unbewegliche, passive Haltung auf anderen Gebieten zur Folge haben. Mr. Pearson formulierte das so: „Die NATO kann nicht allein von der Furcht leben. Deshalb möchte Kanada, daß die NATO ihre Methoden der Konsultation und kollektiven Diskussion beständig überprüfe und eifrig die Möglichkeiten untersuche, die wirtschaftliche und soziale Politik ebenso zu harmonisieren wie die militärische“<sup>34</sup>.

Daß die kanadische Regierung mit dieser Ansicht nicht allein dasteht, zeigte sich bei dem Treffen des NATO-Rates im Mai in Paris. Dort wurde beschlossen, daß Mr. Pearson, Außenminister Martino aus Italien und Außenminister Lange aus Norwegen einen Ausschuß bilden sollten, „um den Rat über Mittel und Wege zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit der NATO auf nichtmilitärischem Gebiet zur Herbeiführung größerer Einigkeit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft zu be-

raten“. Diese zweite Gruppe von „Drei Weisen“ befindet sich in einer anderen Position, als ihre Vorgänger aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich waren, die vor fünf Jahren die militärischen Bedürfnisse und Beiträge bestimmten. Zunächst sind ihre Aufgaben notwendigerweise weit weniger klar umrissen. Wie ein kanadischer Beobachter des Pariser Treffens pessimistisch schrieb, „wissen sie nicht genau, wonach sie eigentlich suchen, noch weiß das irgend jemand sonst“<sup>35</sup>. Auch ist es fraglich, ob ihr Bericht ebenso schwer wiegt wie einer, der unter Mitarbeit wenigstens eines Vertreters einer Großmacht in dem Ausschuß abgefaßt würde. Vielleicht ist das der Grund, weshalb Mr. Pearson trocken gesagt haben soll, daß er und seine Kollegen vielleicht als „drei blinde Mäuse“ enden würden. Auf alle Fälle hat der Ausschuß einen Fragebogen mit zweiunddreißig Teilen ausgearbeitet, der im Sommer an die Mitgliedsregierungen verteilt wurde. Der Ausschuß ist im September zusammengekommen, um im Lichte der erhaltenen Antworten für das Dezembertreffen des Rates einen Bericht vorzubereiten<sup>36</sup>. Man kann Vermutungen darüber anstellen, ob es ihnen gelingen wird, etwas Fleisch auf die nackten Knochen des Artikels 2 zu bringen. Aber es ist jetzt wenigstens anerkannt, daß es an der Zeit ist, aus der NATO ebenso ein Instrument für die Vertiefung des Gemeinschaftsgeistes unter ihren Partner-Nationen wie ein Zentrum der Sicherheitsplanung zu machen.

### Die kanadisch-amerikanischen Beziehungen

Jeder Kanadier wird anerkennen, daß die kanadisch-amerikanischen Beziehungen den wichtigsten Einzelaspekt der Außenpolitik seines Landes bilden. Die meisten werden aber dieses Problem immer noch in den hergebrachten Bahnen betrachten, d. h. ihre Aufmerksamkeit auf die anstehenden Fragen der Zölle, des Verkehrs, der Fischerei und Energie konzentrieren, die lange Zeit die Betroffenen beider Länder stark beschäftigt haben. Der Ausbau des St.-Lorenz-Seeweges, gemeinsame Maßnahmen, die zur Erhaltung ihrer Fischgründe erforderlich waren, der dringende Bedarf beider Länder nach der hydroelektrischen Energie aus dem Columbia-Fluß, der durch ihre Gebiete fließt, die Ausfuhr von Erdgas, die andauernden Bemühungen amerikanischer Erzeuger, die Konkurrenz kanadischer Erzeugnisse mit ihren eigenen zu beschränken, dies alles sind Themen, die einem sehr schnell in den Sinn kommen. Sie können gemeinsamen Kommissionen übertragen werden oder einem gemeinsamen Regierungsausschuß für Handel und Wirtschaftsfragen oder einer ad hoc-Kommission, wie es vor kurzem in Verbindung mit den sogenannten internationalen Wasserwegen geschehen ist. Außerdem sind die wirtschaftlichen Probleme gewachsen, und zwar auf Grund des größeren Bedarfs der Vereinigten Staaten an kanadischen

Mineralien und Holzserzeugnissen, der Dollarknappheit in den meisten Teilen der Welt und der größeren Abhängigkeit Kanadas von amerikanischem Kapital bei der Expansion seiner Wirtschaft. Demzufolge sehen die Kritiker der Regierungspolitik, wenn sie einmal nicht über die Bereitschaft der Regierung klagen, zu viele Eier in den amerikanischen Korb zu legen, mit Bestürzung den zunehmenden Strom amerikanischen Kapitals über die Grenze — nicht weniger als 6 Milliarden Dollar im Jahre 1955 — und die dem entsprechende amerikanische Kontrolle über einige kanadische Schlüsselindustrien.

So wichtig diese „Brot und Butter“-Fragen sind und auch weiterhin sein werden, so sind es doch nicht diejenigen, die in Ottawa die größte Besorgnis erregen. Was den Experten im Ostflügel des Parlamentsgebäudes (wo das Auswärtige Amt untergebracht ist) graue Haare wachsen läßt, ist das unge löste Problem, wie man Washington klarmachen kann, daß die neue Partnerschaft beständiger Pflege durch beide Länder bedarf und nicht nur durch den Juniorpartner der Firma. In den „guten alten Tagen“ der britischen Kolonialmacht mochte Kanada hoffen, Washington gegen London auszuspielen oder umgekehrt, da sich die Kräfte einigermaßen das Gleichgewicht hielten. Aber jene Tage sind für immer



vorüber, und die Vereinigten Staaten sind der Koloß der westlichen Welt geworden, auf den jeder seiner Verbündeten, außer Kanada, sich für direkte wirtschaftliche Hilfe zur Aufrechterhaltung seiner militärischen Einrichtungen verlassen muß. Zum ersten Male in ihrer Geschichte sind Kanada und sein mächtiger Nachbar Partner in einer Weltorganisation, den Vereinten Nationen, in einer Verteidigungsorganisation, der NATO, und in einem zweiseitigen Bündnis, um das Gebiet zu schützen, das im Jahre 1940 als „die Nordhälfte der westlichen Hemisphäre“ umschrieben wurde. Es gereicht beiden Ländern zur Ehre, daß Kanada dabei kein Satellit oder „Ja-Sager“ geworden ist — trotz aller sowjetischen Behauptungen des Gegenteils.

Die Kanadier haben sich mit der Tatsache versöhnt, daß über 10 000 amerikanische Soldaten — vor allem Techniker, die allerdings auf ihrem Boden stationiert sind — im allgemeinen nicht auffallen. Das ist der Preis, der für die gemeinsame Verteidigung des Nordens, die in einem Zeitalter von Atombomben, Riesenflugzeugen und Raketen so große Bedeutung angenommen hat, gezahlt werden muß. Der Ausbau dreier Radarlinien — wobei die nördlichste DEW (distant early warning = vorgeschobene Frühwarnung) ganz und gar aus amerikanischen Mitteln gebaut wird — ist so rasch wie möglich vorangegangen, und es bestand dabei nur ein Minimum von Besorgnis, daß die kanadische Souveränität hierdurch gefährdet werden könnte. Bis jetzt gibt es auf diesem Kontinent nichts, was SHAPE in Europa entspräche, aber es besteht kein Zweifel, daß die militärischen Pläne im gemeinsamen Handeln weit vorangekommen sind und bereit sein werden, wenn das Schlimmste geschehen sollte. Da unser Land sich bewußt ist, daß es nicht neutral bleiben kann, wenn die Vereinigten Staaten in einen großen Krieg gestürzt werden sollten, möchte die kanadische Regierung so weit wie möglich sichergehen, daß wir, um einen amerikanischen Ausdruck zu benutzen, „beim Start dabei sind und nicht bei der Sturzlandung“. Diese Ueberzeugung war, wie wir gesehen haben, einer der Faktoren, die zur Mitgliedschaft in der NATO führten. Das ist der Grund, aus dem Außenminister *Pearson* als erster westlicher Staatsmann offen die Implikationen der beunruhigenden Rede von Außenminister *Dulles* vom Januar 1954 über die sofortige

Vergeltung „durch Mittel und an Orten unserer Wahl“ in Frage stellte<sup>37</sup>. Richtigerweise wollte *Pearson* wissen, was mit „Mittel“ und „unser“ gemeint war, und es gelang ihm, einige Klarheit über diese Rede zu erhalten, die der Vorgänger von *Dulles* später als „beinahe klassische Illustration der Art und Weise, wie ein Staatsmann unter freien Nationen nicht vorgehen sollte“, beschrieb<sup>38</sup>.

Mit diesem dringenden Bedürfnis, über wichtige amerikanische Erklärungen zur Außenpolitik rechtzeitig genau informiert zu werden, ist die Entschlossenheit gepaart, in Fragen, die, obwohl von Bedeutung, wahrscheinlich nicht zu katastrophalen Ergebnissen führen werden, anderer Meinung sein zu können. So beispielsweise ließ Kanada klar erkennen, daß es die amerikanischen Ansichten über Formosa, wie sie im Juni 1950 ausgesprochen wurden, oder über die strategische Bedeutung der Inseln Matsu und Quemoy, wie sie 1955 in Washington vorherrschten, nicht teilte. Es war eher bereit als die Vereinigten Staaten, die Tatsache der Existenz des kommunistischen China anzuerkennen. Aus Rücksicht auf die Wünsche einer Regierung, die in dieser Sache eine so feste Haltung eingenommen hat, hat Kanada die Regierung in Peking bis jetzt noch nicht anerkannt. Aber von Zeit zu Zeit weisen die kanadischen Staatsmänner auf die Notwendigkeit hin, diese Fragen mit jener Regierung zu besprechen, und sie geben zu bedenken, daß der Augenblick für „eine weitere und gründliche Ueberprüfung dieses Problems“<sup>39</sup> herankommen könnte. Eine solche Entschlossenheit, in der Anschauung unabhängig zu bleiben, und eine solche Bereitschaft, ein konstruktiver Kritiker, wenn nicht überhaupt die Stimme der „loyalen Opposition“ zu sein, ist manchmal verständlicherweise aufreizend für diejenigen in Washington, welche die Dinge rasch erledigt haben wollen. Aber die Kanadier glauben weiterhin an das, was der Präsident der Universität von Britisch-Columbia bei einer Feier der Universität Rochester im Juni 1956 zum Ausdruck gebracht hat:

„Es ist gut für Kanada, besonders gut für die Vereinigten Staaten und sogar gut für die übrige Welt, daß Kanadas Nation und Volk andersartig, eigenständig, unabhängig und autonom sind und bleiben, statt eine wirtschaftliche Kolonie oder eine farblose Kopie der Vereinigten Staaten zu werden“<sup>40</sup>.

### Kanada im Commonwealth

Als Premierminister *St. Laurent* im Juli 1956 von der Premierministerkonferenz nach Ottawa zurückkehrte, erklärte er im Unterhaus, daß „die eigentlichen Probleme des Commonwealth nicht viel Aufmerksamkeit erfordern. Es funktioniert, wie wir es von ihm erwarten, und paßt sich den wechselnden Verhältnissen an“<sup>41</sup>. Ob er mit „wir“ die Konferenz oder die kanadische Regierung meinte, geht nicht

klar aus dem Zusammenhang hervor, aber es besteht kein Zweifel, daß Kanada mit der Art des Funktionierens des Commonwealth vollkommen zufrieden ist<sup>42</sup>. Der Grund zu dieser Einstellung ist nicht schwer zu verstehen. Das heutige Commonwealth mit seiner losen Form der Assoziierung, der informellen Diskussion und dem vollständigen Fehlen jeder Art von zentralisierter Institution, sei es Sekre-



tariat oder Generalstab, ist genau die Einrichtung, nach der die kanadischen Führer in den vergangenen sechzig Jahren tastend gesucht haben. Es stimmt mit der ständigen Sicherstellung des Rechts auf vollständige Handlungsfreiheit und mit dem Wunsche nach Gleichheit des Status überein, welche die kanadische Politik bei den Kolonial- und Empire-Konferenzen seit 1897 kennzeichneten. Es kommt der tiefverwurzelten kanadischen Besorgnis entgegen, durch listige Politiker in Whitehall in imperialistische Unternehmungen verstrickt zu werden, verhindert aber nicht die freiwillige Zusammenarbeit mit dem „Old Country“ — wie Kanadier britischer Abstammung sagen würden —, wenn es in Gefahr ist. Die separate Kriegserklärung Kanadas im Jahre 1939, die Betonung, die man während des ganzen Krieges darauf legte, die Politik durch fortlaufende Regierungskonferenzen statt durch ein einziges Empire-Kriegskabinet wie in den Jahren 1917/18 zu führen, und die ausdrückliche Erwähnung der „Außenpolitik“ der Commonwealth-Länder in einem nach der Premierministerkonferenz von 1944 veröffentlichten Communiqué bedeuteten, daß in Zukunft keine zwingende Notwendigkeit mehr für weitere Bemühungen besteht, den kanadischen Begriff des Commonwealth zu unterstreichen.

Aus diesem Grunde kann nicht behauptet werden, daß Kanada seit 1945 in der Entwicklung weiterer technischer Einzelheiten im Commonwealth führend gewesen wäre. Nach der Meinung eines amerikanischen Historikers spielt Kanada bei den häufigen Nachkriegskonferenzen des Commonwealth die Rolle „eines weisen, wohlhabenden und freundlichen älteren Veters“.<sup>43</sup> Ein etwas kritischerer kanadischer Gelehrter, Edgar *McInnis*, beschreibt sein Land als einen „wohlwollenden Zuschauer“, der sich damit begnügt, „unsere Partner auf dem Pfade der Tugend zu ermutigen“ oder „sie zu warnen, wenn sie in Gefahr sind, auf Irrwege zu geraten“, der aber keine Initiative ergreift, da, wie er sich ausdrückt, „... wir im großen ganzen nicht das Gefühl haben, daß uns die Verantwortung in größerem Maße zufällt“.<sup>44</sup> Vielleicht ist *McInnis* in seiner Behauptung etwas zu weit gegangen. Es ist wahr, daß Großbritannien für die Politik, die zur völligen Unabhängigkeit Indiens, Pakistans und Ceylons führte, und für den Entschluß dieser Länder, dafür im Commonwealth zu bleiben, verantwortlich zeichnete. Es ist aber auch kein Geheimnis, daß bei dem Entschluß Indiens, eine Republik zu werden und trotzdem im Commonwealth zu bleiben, es die kanadische Regierung war, die bei der Konferenz von 1949 in der Lage war — um mit Mr. *Pearson* zu sprechen —, „einige Vorschläge zu machen, die das Auffinden einer Formel erleichterten“, welche das Problem löste<sup>45</sup>. Kanada selbst war der Krone fest verbunden, „einem Bindeglied zwischen uns, das uns sehr teuer

ist“, wie der kanadische Premierminister sagte, aber es war sich bewußt, wie wichtig es ist, die neuen asiatischen Staaten im Commonwealth zu halten. Solange Indien bereit war, den Herrscher als „Haupt des Commonwealth“ anzuerkennen — ein Ehrentitel, der keine neuen konstitutionellen Machtbefugnisse mit sich brachte —, wurde nicht von ihm verlangt, der Krone untertan zu sein, wie es in den Verhandlungen mit Irland in den zwanziger Jahren der Fall gewesen war.

Australien und Ceylon muß das Verdienst zugeschrieben werden, daß sie bei der Colombo-Konferenz von 1950 für eine Initiative des Commonwealth plädierten, den unterentwickelten Staaten von Südostasien wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Das Ergebnis davon war der Colombo-Plan des folgenden Jahres, eines der phantasievollsten und erfolgreichsten Experimente in internationaler Zusammenarbeit seit dem Kriege. Dabei hat aber Kanada den größten Bargeldbeitrag aller Commonwealth-Staaten zu den Kosten des Planes geleistet (das Vereinigte Königreich leistete seinen Teil durch beschleunigte Freigabe von Sterling-Guthaben). Zu Ende des laufenden Finanzjahres wird Kanada nach zweiseitiger Erörterung der vorgeschlagenen Projekte mit den einzelnen Empfänger-Regierungen Hilfe im Werte von 160 Millionen Dollar geleistet haben, in der Hauptsache an Indien, Pakistan und Ceylon<sup>46</sup>. Kein anderes Projekt für internationale Hilfe hat im Unterhaus und im ganzen Land so einstimmige Unterstützung gefunden. Es mag sogar Zeiten gegeben haben, in denen Außenminister *Pearson* durch die Unterstützung seiner politischen Gegner beinahe in Verlegenheit gebracht worden sein muß, wenn sie auf immer noch größere Bewilligungen für den Colombo-Plan drangen und der Finanzminister düster auf die gewaltigen Zunahmen der Verteidigungsvoranschläge blickte und darum kämpfte, die Last der Regierungsausgaben für den Steuerzahler zu mildern.

Es bestehen sehr praktische Gründe für die kanadischen Bemühungen, das Halten der asiatischen Staaten im Commonwealth zu begünstigen, das zur Zeit die einzige internationale Institution ist, die Sprecher Asiens und des Westens auf ungezwungener und freundschaftlicher Basis zusammenführt. In einem Zeitalter, in dem das Phänomen des asiatischen Nationalismus ein bedeutungsvoller Faktor in der internationalen Politik ist, ist es von größtem Wert, daß drei Premierminister aus diesem Bereich, die 450 Millionen Menschen vertreten, häufig mit ihren Kollegen aus anderen Commonwealth-Ländern mit ganz anderen Traditionen in einer Atmosphäre völliger Offenheit zusammenkommen können. Was solche Diskussionen erleichtert, ist die Tatsache, daß alle Teilnehmer, so verschiedenartig auch ihre Herkunft sein mag, ein demokratisches, parlamentarisches Erbe gemeinsam haben. Sie „sprechen alle dieselbe



Sprache“, nicht nur im buchstäblichen Sinne, sondern auch in ideeller Hinsicht. Sie treffen sich nicht, um Entscheidungen zu treffen, sondern um ihre Politik zu erörtern und so weit wie möglich zu einem gemeinsamen Verstehen des in Frage stehenden Problems zu gelangen. Meinungsaustausch bedeutet nicht notwendigerweise Gleichheit der Politik, kann aber die Klarstellung der Haltung zu Fragen, wie beispielsweise der neuen Taktik der Sowjetunion oder der Richtung der chinesischen Politik, zur Folge haben. Er erleichtert die Anstrengungen der Commonwealth-Staaten, Spannungen zu mildern oder Konflikte zu begrenzen, wie es in Korea und Indochina geschehen ist.

Die Tatsache, daß manche Commonwealth-Staaten es für ratsam halten, einer Verteidigungsorganisation beizutreten, die nicht ausschließlich Commonwealth-Charakter hat, sei es nun NATO, ANZUS, SEATO oder Bagdad-Pakt, während andere, wie Indien, leidenschaftlich für eine „unabhängige“ Politik sind, mindert nicht den Wert der Kontakte, die das Commonwealth ermöglicht. Deshalb ist Kanada gegen jede Tendenz, im Commonwealth eine „innere“ und eine „äußere“ Gruppe zu haben, je nach der Bereitwilligkeit, genau bestimmte Verpflichtungen zur Verteidigung einzugehen. In gleicher Weise würde es den Eintritt der Goldküste oder irgendeiner anderen Kolonie willkommen heißen, sobald sie völlige Selbstregierung erreicht haben. Es darf nicht vergessen werden, daß Meinungsaustausch, wie er beschrieben wurde, sich nicht auf periodisch sich wiederholende Treffen von Premierministern, Finanzministern, Außenministern oder Beamten beschränkt. Er findet auch bei Tagungen der Vereinten Nationen statt. Er kann in London während einer Krise stattfinden, wenn die Hohen Kommissare der verschiedenen Mitgliedsregierungen sich mit dem Premierminister oder dem Außenminister treffen. Häufig findet er auch in Washington statt. Als beispielsweise Sir Oliver Franks dort britischer Botschafter war, traf er sich, außer in den Sommermonaten, alle vierzehn Tage mit seinen sieben Commonwealth-Kollegen. Bei

solchen Zusammentreffen, schrieb er, „sprachen wir nicht durch die Blume“.<sup>47</sup> Aus dieser Erfahrung gewann Sir Oliver einen besseren Eindruck von dem wirklichen Wesen des Commonwealth und eine „neue Einsicht der Macht und des positiven Einflusses der Commonwealth-Länder in der Welt“. Selbstverständlich würde jeder Kanadier, der jenen Treffen beiwohnte, der gleichen Meinung sein. Sollten derartige Gespräche in Karatschi oder Neu-Delhi oder Colombo stattfinden, so wäre es nicht egozentrisch, zu behaupten, daß Kanada bei solchen Gelegenheiten eine besonders vorteilhafte Stellung einnähme. Als die den Vereinigten Staaten am nächsten verwandte Nation ist es besser als jede andere Commonwealth-Regierung in der Lage, die Politik dieses Landes zu verstehen und zu erklären. Gleichzeitig bewahrt seine Vergangenheit, in der es seine Unabhängigkeit entschlossen behauptete, Kanada vor dem Verdacht, nur ein Sprachrohr der Regierung der Vereinigten Staaten oder ein „Werkzeug von Wall Street“ zu sein. Da es tatkräftigen Beweis seines wirklichen Interesses am Wohlstand seiner asiatischen Partner gegeben hat, kann es von ihnen nicht als gleichgültig gegenüber ihren großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten angesehen, andererseits aber auch nicht imperialistischer Motive verdächtigt werden. Aus diesem Grunde ist es Kanada immer noch möglich, in Gesprächen mit seinen asiatischen Partnern eine bedeutende Rolle zu spielen, wobei es gleichzeitig eine der aktivsten Commonwealth-Regierungen bei der Entwicklung von Beziehungen außerhalb des Commonwealth gewesen ist. Die Kanadier werden sich dieser Tatsache in zunehmendem Maße bewußt. Ihre Einstellung ist in recht lebhaften Farben in einem Leitartikel der größten Zeitschrift des Landes gut beschrieben:

„Als ein Land, das reich genug ist, beneidet zu werden, aber klein genug, nicht gefürchtet zu sein, hat Kanada eine Rolle zu spielen, die keine andere Nation so gut ausfüllen kann wie die unsrige. Die westlichen Hoffnungen, die Freundschaft der nichtgebundenen asiatischen Völker zu gewinnen und zu halten, können in unverhältnismäßig hohem Maße von Kanada abhängen“.<sup>48</sup>

### Kanadas Stellung in der Welt

Aus dem bereits Gesagten sollte klar sein, daß die kanadische Diplomatie in den letzten zehn Jahren aus der Haltung der Vorsicht und der Vermeidung von Verpflichtungen, welche die Vorkriegsjahre kennzeichnete, einen weiten Weg gegangen ist. Die ängstliche Besorgnis um die Wahrung der kanadischen Einheit, die eine so auffallende Erscheinung der dreißiger Jahre war, ist durch die offensichtliche, allgemeine Unterstützung des kräftigen Widerstands gegen die sowjetische imperialistische Politik beinahe gänzlich verschwunden. Gegen diese Bedrohung ihrer Freiheit sind die Englisch und Französisch sprechen-

den Kanadier völlig einig. Es bestehen zwar noch Meinungsverschiedenheiten über die wirksamsten militärischen Methoden zur Ausführung jener Politik; sie spiegeln sich in dem Fehlen jeder Form militärischer Dienstpflicht im Frieden wider. Aber bisher war Kanada in der Lage, seinen Zusagen an die NATO, seiner größten einzelnen Verpflichtung, auf der Grundlage des freiwilligen Militärdienstes nachzukommen.

Ohne Zweifel sind sich die kanadischen Diplomaten dauernd der Notwendigkeit bewußt, mit den Vereinigten Staaten in außenpolitischen Fragen eng



und wirksam zusammenzuarbeiten, ohne auf die Behauptung eines unabhängigen Urteils und, wenn nötig, einer unterschiedlichen Politik zu verzichten. Da aber nicht einmal die Vereinigten Staaten in dieser Welt untereinander abhängiger Staaten „im Alleingang“ vorgehen können, ist es die Hoffnung Kanadas, daß seine Vertreter eine helfende, wenn nicht sogar hervorragende Rolle bei der Entwicklung der Koalitionsdiplomatie spielen können. Dafür mag Kanadas Erfahrung im Zustandebringen von Kompromissen im Inland und bei der Formung des gegenwärtigen Commonwealth sich als wertvolle Hilfe erweisen.

Im großen ganzen wird die kanadische Regierung in ihrer Außenpolitik an der Entwicklung im Nordatlantikgebiet und in Westeuropa am stärksten interessiert bleiben. Kanada wird jedoch durch seine Bande zum Commonwealth und infolge der unausweichlichen Tatsache, daß der aggressive Kommunismus ein globales Phänomen geworden ist, zunehmend auch in asiatische Angelegenheiten einbezogen. Aus diesem Grunde hält Kanada es für um so wichtiger, die nichtgebundenen Nationen Asiens durch Wort und Tat davon zu überzeugen, daß die demokratischen Nationen des Westens ihre verlässlichsten Freunde sind. Auf Grund seiner Größe, seiner Hilfsquellen und der Tatsache, daß es keine Kolonialmacht ist, hat Kanada hier eine besondere Wirkungsmöglichkeit. Die Erkenntnis der Tatsache, daß empfindliche asiatische Völker, begierig nach einem gerechten Anteil an den Gütern des Lebens und voll des entflammten Nationalstolzes, die vorsichtigste Behandlung erfordern, ließ Kanada versuchen, eine mitfühlende Rolle als Mittler und uneigennütziger Dritter zu spielen, wann immer es möglich war. Das hat aber die positive Unterstützung der Prinzipien der UN-Charta nicht ausgeschlossen, wenn diese willkürlich verletzt wurden wie in Korea. Die Er-

fahrung in Korea und der Aufstieg des kommunistischen China als der potentiell größten einzelnen Macht in Asien haben aber in Kanada keinen so tiefen Groll ausgelöst wie in den Vereinigten Staaten.

Mit dem Mittleren Osten hatte Kanada in früheren Zeiten nahezu keinen Kontakt. Auch dort übte es seine Rolle als Mittler in der Anfangszeit der Staatsgründung Israels aus. Seine unmittelbaren Verpflichtungen sind vor einiger Zeit mit dem Eintritt der Türkei in die NATO angewachsen. Aber der Impuls, der Australien und Neuseeland veranlaßte, in der gegenwärtigen Suezkanal-Krise so prompt für das Vereinigte Königreich einzustehen, konnte in Ottawa trotz des Murrens einiger konservativer Parlamentsmitglieder nicht in gleicher Weise aufkommen. Im allgemeinen kann angenommen werden, daß Kanada eine internationale Verwaltung des Kanals begünstigt; jedoch sieht es das Problem vor allem als nordamerikanischer NATO-Partner, der fest an die Vereinten Nationen als ein Forum zur Aussprache und womöglich Klärung von Streitfragen glaubt.

Die Kanadier haben sich endlich in die Tatsache gefügt, daß ihr Land jetzt und in Zukunft schwere internationale Verantwortungen auf sich nehmen muß. Wenn sie auch aufrichtig bemüht sind, jede Geste der Sowjetunion in Richtung auf einen gütlichen Vergleich ernstlich zu prüfen, so sind sie doch noch nicht überzeugt, daß ein wirklicher Wechsel der sowjetischen Zielsetzung stattgefunden habe. Sie sind sehr begierig, mit ihren Freunden und Alliierten in der NATO, den Vereinten Nationen und im Commonwealth nach den besten Mitteln zu suchen, mit denen die freien Völker der Welt ihren Institutionen weiterhin Stärke und Vitalität verleihen können.

Abgeschlossen im September 1956

Übersetzung des Manuskripts aus dem Englischen:  
Maria von Handel, Freiburg.

### Anmerkungen

<sup>29)</sup> Zitiert in „Canada and the United Nations, 1947“, Ottawa 1948, S. 179.

<sup>30)</sup> Aus St. Laurents Rede vor dem Unterhaus am 29. April 1948.

<sup>31)</sup> Canada, House of Commons Debates, 20. Januar 1955, S. 401.

<sup>32)</sup> General Pearkes, der militärische Experte der Progressive Conservative Party, gab am 19. Juli 1956 in einer Debatte über Verteidigungsvorschläge im Unterhaus dieser Tendenz Ausdruck.

<sup>33)</sup> *Statements and Speeches*, Nr. 55/44 vom 8. Dezember 1955, S. 7.

<sup>34)</sup> L. B. Pearson, „After Geneva“ in: *Foreign Affairs*, Bd. 34, Oktober 1955, S. 21–23; „The Atlantic Community“ in: *Statements and Speeches*, Nr. 56/5 vom 30. April 1956.

<sup>35)</sup> Blair Fraser, „Backstage in Paris“ in: *Maclean's Magazine*, 23. Juni 1956, S. 75. Vgl. auch *The Economist*, Editorials and Notes of the Week, 5. u. 12. Mai 1956.

<sup>36)</sup> *NATO Letter*, 4. Jg., 1. Juli 1956, S. 1–2; Pressekonferenz Pearsons, Nr. 1, 11. Juli 1956, S. 1–3; „Some Aspects of Canadian Foreign Policy“ in: *Statements and Speeches*, Nr. 56/18, S. 7–8. *Zusatz der Schriftleitung:* Der inzwischen veröffentlichte Bericht der „Drei Weisen“ ist auf S. 9562 bis 9571 dieser Folge wiedergegeben.

<sup>37)</sup> Pearson sprach am 15. März 1954 vor dem Nationalen Presseklub in Washington; siehe *Statements and Speeches*, Nr. 54/16.

<sup>38)</sup> Dean Acheson, „A Democrat Looks at His Party“, New York 1955, S. 101.

<sup>39)</sup> L. B. Pearson in: *Statements and Speeches*, Nr. 55/30 vom 25. August 1955, S. 2.

<sup>40)</sup> Zitiert in *Time*, 25. Juni 1956. Siehe ebenso Carey B. Joynt, „Canadian Dilemma“ in: *World Affairs Quarterly*, Bd. XXVII, Juli 1956, S. 171–179; F. H. Soward, „The Changing Relations of Canada and the United States Since the Second World War“ in: *The Pacific Historical Review*, Bd. XXII, Mai 1953, S. 155–165.

<sup>41)</sup> Canada, House of Commons Debates (Unrevised Edition), 9. Juli 1956, S. 5674.

<sup>42)</sup> Das Canadian Institute of Public Opinion hat in den letzten dreizehn Jahren regelmäßig die öffentliche Meinung über die Frage Mitgliedschaft im Commonwealth, völlige Unabhängigkeit oder Anschluß an die Vereinigten Staaten erfragt. Die diesjährige Befragung ergab die bisher höchste Mehrheit für das Commonwealth, mit den üblichen regionalen Verschiedenheiten von 70 vH in Ontario bis zu 33 vH in Quebec. *Vancouver Herald*, 16. Juli 1956.



<sup>43)</sup> Alzada Comstock, „Canada and the Commonwealth“ in: *Current History*, Bd. 29, Juli 1955, S. 7—8.

<sup>44)</sup> Edgar McInnis, „The Commonwealth Today“, Sackville, N. D., S. 37.

<sup>45)</sup> L. B. Pearson, „The Development of Canadian Foreign Policy“ in: *Foreign Affairs*, Jg. 39, Oktober 1951, S. 21.

<sup>46)</sup> Zur gleichen Zeit war Kanada einer der drei oder vier größten Spender des Programms der Technischen Hilfe der Vereinten Nationen für unterentwickelte Länder.

<sup>47)</sup> Sir Oliver Franks, „Britain and the Tide of World Affairs“, London 1955, S. 17.

<sup>48)</sup> *Maclean's Magazine*, 28. April 1956.

## Redaktionelle Schlußbemerkung

Der obige Beitrag wurde im September 1956, also vor Beginn der kritischen Entwicklung in Ungarn und im Mittleren Osten, abgeschlossen. Leider war der Verfasser nicht mehr in der Lage, die Haltung seines Landes zu diesen Ereignissen in den Beitrag einzubeziehen, da er Anfang November zum kanadischen Delegierten bei der Elften Vollversammlung der Vereinten Nationen ernannt wurde und seither an den Beratungen in New York teilnimmt.

Durch seine Initiative in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Schaffung einer internationalen Streitmacht hat Kanada einen wesentlichen Beitrag zur Beendigung der Feindseligkeiten im Mittleren Osten geleistet. Zu den Ereignissen in Ungarn hat die kanadische Regierung ihre Haltung sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen als auch außerhalb der Weltorganisation in unmißverständlicher Weise dargelegt.

## Kanada und die Suezkrise

Die kanadische Politik hinsichtlich der Entwicklung im Mittleren Osten stand im Mittelpunkt einer Sondersitzung des kanadischen Parlaments, die am 26. November 1956 mit einer Thronrede des Generalgouverneurs eröffnet wurde.

Von seiten der parlamentarischen Opposition wurde die Haltung der kanadischen Regierung scharf kritisiert. In einem Entschließungsantrag wurde der Regierung vorgeworfen, die Handlungen Großbritanniens und Frankreichs, die nach Ansicht der Opposition lediglich dazu gedient hätten, eine Ausdehnung des Krieges im Gebiet von Suez zu verhindern, grundlos verdammt und sich ins Fahrwasser der „unrealistischen“ Politik der Vereinigten Staaten begeben zu haben. Außerdem habe die Politik der Regierung zu einer Demütigung Kanadas durch das Diktat des Präsidenten Nasser geführt.

Ministerpräsident Louis St. Laurent nahm noch am gleichen Tag Gelegenheit, diese Anschuldigungen Punkt für Punkt zu widerlegen. Eine umfassende Erklärung zu der Lage im Mittleren Osten gab Außenminister Lester B. Pearson am 27. November ab<sup>9)</sup>. Auch er befaßte sich mit den Anschuldigungen der Opposition und erklärte:

„Die Opposition . . . unterstützt offensichtlich jeden Schritt, den Großbritannien und Frankreich bei ihrer Intervention in Ägypten im Anschluß an den israelischen Angriff unternommen haben, einer Intervention, die nach einem zwölfstündigen Ultimatum mit Land-, See- und Luftstreitkräften durchgeführt wurde. Die Opposition vertritt die Ansicht, daß wir als Regierung diese Schritte sofort hätten billigen und Großbritannien und Frankreich in den Vereinten Nationen, selbst in solchen Angelegenheiten und Resolutionen, die von keinem einzigen Mitgliede der Vereinten Nationen unterstützt wurden, unterstützen sollen.“

Wir haben eine solche Politik nicht befolgt, und ich werde versuchen, die Gründe hierfür darzulegen. Um dies zu tun, erscheint es mir jedoch erforderlich, einige der Hintergründe aufzuzeigen, die zum Verständnis der jüngsten Ereignisse beitragen werden.“

Pearson verwies zunächst auf die unfreundliche Haltung Ägyptens gegenüber den Westmächten und auf den wachsenden sowjetischen Einfluß im Mittleren Osten. Diese Entwicklung habe ihren Höhepunkt mit der Besitzergreifung des Suezkanals durch Präsident Nasser gefunden. Sodann erinnerte der kanadische Außenminister daran, daß es in den anschließenden Beratungen nicht gelungen sei, eine internationale Lösung dieses Problems mit internationalen Mitteln zu finden, und daß zwischen Washington und London und Paris keine Übereinstimmung in dieser Frage geherrscht habe. Die Lebenswichtigkeit des Suezkanals für Westeuropa sei in Washington vielleicht nicht ganz richtig eingeschätzt worden. Kanada habe den Ereignissen im Mittleren Osten jedenfalls nicht gleichgültig gegenübergestanden und die Wichtigkeit des Problems nicht nur für Westeuropa, sondern auch für Kanada erkannt.

„Es war unsere Ansicht, daß diese Frage so schnell wie möglich vor die Vereinten Nationen gebracht werden sollte, um dort nach einer Lösung zu suchen, daß alles getan werden müsse, um Meinungsverschiedenheiten und Unterschiede in der Politik zwischen Washington, London und Paris in einer so lebenswichtigen Angelegenheit zu vermeiden, und daß von keiner Seite Maßnahmen ergriffen werden sollten, die nicht mit der Charta der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen wären, da andernfalls das Land, das zu solchen Maßnahmen greifen würde — gleichgültig, wie freundschaftlich es zu uns steht —, vor die Vereinten Nationen gebracht werden und von dem Land beschuldigt werden würde, gegen das die Aktion unternommen wurde. Dieser Fall ist nun eingetreten, und wir haben versucht, mit unseren Freunden darüber zu sprechen, ehe der Fall eintrat.“

<sup>9)</sup> Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Statements and Speeches* Nr. 56/35 und 56/36.



Pearson erinnerte dann an die Beschlüsse des Sicherheitsrats in der Suezfrage, die kurz vor dem israelischen Angriff auf Ägypten gefaßt wurden. Kanada habe gehofft, daß durch die Gespräche im Sicherheitsrat, noch mehr aber durch die Erörterungen im Generalsekretariat der Vereinten Nationen, eine für alle Teile befriedigende Lösung erzielt werden könne. Die kanadische Regierung habe zu jener Zeit, also etwa ein bis zwei Wochen vor dem israelischen Angriff, keine Kenntnis von einer akuten Verschlechterung der Lage gehabt, noch habe sie Informationen über sowjetische Komplotte im Mittleren Osten besessen.

Der kanadische Außenminister schilderte sodann die Hintergründe für den israelischen Angriff auf Ägypten. Die kanadische Regierung habe sich zwar bemüht, für den durch Provokation ausgelösten Schritt Israels Verständnis zu zeigen, aber sie müsse dennoch bedauern, daß es zu dem Angriff gekommen sei.

„Zu diesem Zeitpunkt intervenierten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit der Begründung, daß es notwendig sei, die Kampfhandlungen vom Suezkanal fernzuhalten und dadurch den Kanal offenzuhalten. Sie wünschten, so wurde in Paris und London erklärt, einen Schild zwischen die sich gegenüberstehenden Streitkräfte zu stellen.“

Dies sei, so sagte Pearson, der einzige Grund gewesen, der damals von Großbritannien und Frankreich genannt wurde oder seither formell vorgebracht worden sei, um die Intervention zu rechtfertigen.

„Um dieses Ziel zu erreichen, sandten die britische und die französische Regierung, wie wir wissen, ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum an Ägypten und Israel. Israel, dessen Truppen zu diesem Zeitpunkt etwa zehn Meilen vor dem Suezkanal standen, nahm das Ultimatum an, aber Ägypten, von dem verlangt wurde, seine Truppen hinter den Suezkanal zurückzuziehen, lehnte ab. Nach dieser Ablehnung intervenierten britische und französische Luftstreitkräfte und später auch Landstreitkräfte.“

Die kanadische Regierung sei von dieser Aktion völlig überrascht worden. Es hätten weder Beratungen mit anderen Mitgliedern des Commonwealth stattgefunden, noch sei die kanadische Regierung im voraus unterrichtet worden. In diesem Sinne seien die Beratungen zwischen London und Paris einerseits und den Hauptstädten des Commonwealth und — was vielleicht noch wichtiger sei — Washington andererseits zusammengebrochen. Das Commonwealth habe sich zu einem bestimmten Zeitpunkt nach der Landung britischer und französischer Streitkräfte praktisch am Rande der Auflösung befunden.

„Wenn britische und französische Streitkräfte die Kämpfe fortgesetzt hätten, nachdem die Regierungen Ägyptens und Israels die Feuereinstellung angenommen hatten, dann glaube ich, daß das Commonwealth dieser Belastungsprobe nicht mehr hätte standhalten können; daß sich die asiatischen Mitglieder des Commonwealth nicht länger in der Lage gesehen hätten, unter diesen Umständen im Verband des Commonwealth zu verbleiben. Diese Erklärung findet ihre Bestätigung in Berichten aus Neu-Delhi, Karatschi und Colombo.“

Die kanadische Regierung habe sich jedoch bemüht, eine Politik zu betreiben, um das Commonwealth zusammenzuhalten und die Partner der westlichen Allianz wieder zueinanderzuführen und letztlich eine friedliche Lösung des Konflikts zu ermöglichen.

„Als Mitglied der Vereinten Nationen mußte unsere Politik in dieser Angelegenheit darauf abgestellt sein, den Versuch zu unternehmen, durch die Vereinten Nationen den Kämpfen ein Ende zu setzen. Wie hätten wir irgendeinen anderen Kurs einschlagen können, ohne unsere Verpflichtungen gegenüber der Charta zu verraten? Wir waren aber auch, wie viele, wenn auch nicht alle Delegierten bei den Vereinten Nationen, bemüht, die Entstehung eines chaotischen Vakuums in jenem Teil der Welt zu verhindern, sobald die Kampfhandlungen eingestellt wurden. Wir waren uns darüber klar, daß, wenn es nicht gelänge, diese Probe zu bestehen, die Vereinten Nationen fehlgeschlagen sein würden.“

Bei den Vereinten Nationen bemühten wir uns ebenfalls darum, daß die Situation, die zur Aggression geführt hatte, ernsthaft in Erwägung gezogen und konstruktive Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Wiederholung einer solchen Situation zu verhindern, und daß wir tiefer in diese Frage eindringen sollten als lediglich in die Fakten der militärischen Aktion. Ich hoffe, daß dies schnellstens in der Vollversammlung der Vereinten Nationen geschehen wird. Es befinden sich bereits zwei entsprechende Resolutionen auf der Tagesordnung.

Außerdem waren wir bestrebt, alles zu tun, um jede formale Verurteilung Großbritanniens und Frankreichs als Aggressoren im Sinne der Charta zu vermeiden und zu verhindern, daß Sanktionen gegen sie verhängt würden. Darüber hinaus war es unser Anliegen, die seit Oktober gestörten Verbindungen und Kontakte zwischen Washington, London und Paris wiederherzustellen, und zwar in der Form einer ständigen freundschaftlichen diplomatischen Fühlungnahme zwischen den westlichen Alliierten.

Es war, insbesondere für einen Kanadier, gewiß eine Angelegenheit von dringender und besorgniserregender Wichtigkeit — und ich habe dies auch öffentlich vor den Vereinten Nationen zum Ausdruck gebracht —, daß sich die Vereinigten Staaten in diesem Streitfall auf der einen und Großbritannien und Frankreich, unsere beiden Mutterländer, auf der anderen Seite befanden. Wir waren besonders besorgt darüber, weil es in New York Leute gab und auch noch gibt, die diese Spaltung schadensfroh ausnutzen.

Nachdem ich den Zusammenbruch der Beratungen erwähnt habe, muß ich gerechterweise hinzufügen, daß dieser Zusammenbruch der Beratungen und der Uebereinstimmung in den vergangenen Monaten nicht ausschließlich der Fehler Großbritanniens und Frankreichs war. Kein anderes Mitglied — in der Tat kein Mitglied der westlichen Allianz —, ist frei von Verantwortung, und insbesondere nicht die Vereinigten Staaten, die das größte und mächtigste Mitglied dieser Gruppe sind. Daher glauben und glauben wir auch heute noch, daß dies weder die Zeit noch die Gelegenheit ist, eine Haltung überlegener Tugend oder behaglicher Selbstzufriedenheit über die Rechtschaffenheit unserer eigenen Situation einzunehmen. Wir waren und sind der Meinung, daß es sich nur darum handeln kann, ohne Krieg und ohne Verletzung



der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen aus der Krise herauszukommen und dann die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, so daß die westliche Koalition in Zukunft, wenn andere Probleme auftauchen — und das werden sie zwangsläufig —, nicht mehr zerfällt.“

Der Außenminister bezeichnete die von Kanada vor den Vereinten Nationen vertretene Haltung als objektiv und unabhängig:

„Glauben Sie mir, die arabischen und asiatischen Länder, einschließlich der asiatischen Mitglieder des Commonwealth, beobachteten uns genau so sorgfältig, wie sie auch andere Delegationen beobachteten, um festzustellen, ob unsere Politik auch auf den von mir erwähnten Erwägungen beruhte oder ob wir nur automatisch einer anderen Macht folgten. Hätten wir nur das geringste Anzeichen gegeben, das den Eindruck gerechtfertigt hätte, wir unterstützten ohne Einschränkung Großbritannien und Frankreich in ihrer Taktik und Haltung, dann hätten wir unseren Freunden nicht mehr von Nutzen sein können, noch wären wir in der Lage gewesen, die Rolle zu spielen, die zu spielen wir zumindest versuchten...“

Kanada habe sich bemüht, Großbritannien und Frankreich soweit wie möglich zu helfen. Diese Haltung sei sowohl in London als auch in Paris anerkannt worden.

Sodann wandte sich *Pearson* der Schilderung des Ablaufs der Verhandlungen zur Beilegung der Suezkrise im Rahmen der Vereinten Nationen zu und sagte, die kanadische Delegation habe schon in ihrer

ersten Erklärung darauf hingewiesen, daß die Vollversammlung ihre Aufgabe nicht erfülle, wenn keine Vorkehrungen getroffen würden, um eine Wiederholung der Anwendung von Gewalt zu verhindern: wenn sie nichts tue, um in dieser Krise eine Streitmacht der Vereinten Nationen aufzustellen.

Nach eingehenden Beratungen mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, mit Washington und London und nach Erörterungen mit der kanadischen Regierung in Ottawa brachte Außenminister *Pearson* am Abend des 3. November bei der Vollversammlung eine Resolution für die Aufstellung einer Streitmacht der Vereinten Nationen ein, deren inzwischen erfolgte Verwirklichung als einer der bisher größten Erfolge der Vereinten Nationen angesehen werden muß\*.

Kanada kommt nicht nur das Verdienst zu, die Initiative zur Aufstellung dieser Streitmacht ergriffen zu haben, es gehört auch dem dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Seite stehenden Beratern den Ausschuß für die Fragen der Internationalen Streitmacht an — von den sieben Mitgliedern\*\* dieses Ausschusses sind allein vier Vertreter von Commonwealthländern — und stellt durch General *Burns* den Oberbefehlshaber für die Streitkräfte der Vereinten Nationen im Mittleren Osten, denen auch kanadische Truppen angehören.

### Die kanadische Haltung zu den Ereignissen in Ungarn

Anläßlich der Sondersitzung des kanadischen Parlaments, teilte Ministerpräsident *Louis St. Laurent* am 26. November 1956 mit, daß er während der kritischen Entwicklung in Ungarn den sowjetischen Botschafter zu sich gebeten und diesem ein Schreiben an Ministerpräsident *Bulgadin* übergeben habe. In diesem Schreiben vom 13. November 1956 forderte *St. Laurent* die sowjetische Regierung auf, den Resolutionen der Vereinten Nationen schnellstens Folge zu leisten. Weiter hieß es in dem Schreiben:

„Die kanadische Regierung und das kanadische Volk haben nicht die Absicht, die von den Völkern Osteuropas gewählte Regierungsform zu beeinflussen. Unser einziges Ziel ist, daß sie in dieser Wahl frei sein sollten und daß die so gewählte Regierung ihren eigenen unabhängigen Weg geht, wobei sie die gleichen Rechte aller ihrer Nachbarn respektiert und sich nur um die Sorgen und Wünsche ihres eigenen Volkes kümmert, und zwar in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen.“

Eine besonders prägnante Darlegung der Haltung der kanadischen Regierung zu der Lage in Ungarn gab Außenminister *Pearson* am 27. November 1956 vor der Sondersitzung des Parlaments in Ottawa:

„Die jüngsten Handlungen der Sowjetunion in Ungarn werfen ein grausiges Licht auf die Beteuerungen, die wir gehört haben, wonach der Stalinismus nunmehr tot und die friedliche Koexistenz angebrochen ist. Es hat aber keine bezeichnendere Bloßstellung der zugrunde

liegenden und, wie ich fürchte, immer noch vorherrschenden Ziele und Methoden sowjetischer Macht gegeben. Sowjetische Panzer und sowjetische Geschütze haben ungarische Freiheitskämpfer geötet; aber es gelang ihnen nicht und wird ihnen nicht gelingen, die ungarische Freiheit zu töten.

Was können wir hier in Kanada und in den Vereinten Nationen tun? Wir können den Opfern dieses Terrors helfen... Wir können die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung, das Gewissen der Welt, die moralische Stärke der Weltmeinung weiterhin durch die Vereinten Nationen, so wie wir es tun, auf die wilden Aktionen der Sowjetunion lenken. Wir können unser Bestes tun, um den Ungarn auf diese Weise zu helfen und die Vereinten Nationen in der Rolle von Beobachtern und Untersuchern nach Ungarn zu bringen. Wir müssen unsere Bemühungen auf dieses Ziel hin fortsetzen; wir würden dem ungarischen Volk aber nicht helfen — ich glaube, wir würden ihm schaden —, wenn wir Versprechungen einer Befreiung durch Gewalt machen würden, die zu erfüllen wir in diesem Augenblick nicht in der Lage sein würden. Es liegt jedoch, wie ich glaube, einige Hoffnung in den zunehmenden Anzeichen, daß Osteuropa jetzt beginnt, sich von den Fesseln der russischen Sklaverei und Unterdrückung zu befreien. Und diese Entwicklung zeigt sich gegenwärtig bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen.“

H. V.

\* Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 24/1956, S. 9448.

\*\* Ceylon, Indien, Pakistan, Brasilien, Kolumbien, Norwegen und Kanada. Vorsitzender des Ausschusses ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen.



## Europas Stellung im Weltkapitalverkehr

Von Dr. Lutz Köllner

### Vorbemerkung

Zwölf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellt sich die Frage nach der künftigen Bedeutung der Rolle Europas im Weltkapitalverkehr mit besonderer Dringlichkeit. Der Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Produktionsstätten darf als abgeschlossen gelten. Mehr noch: die europäische Industrie befindet sich, im ganzen gesehen, seit Jahren in einem kraftvollen Aufschwung, der in einigen Ländern zeitweise bereits die Gestalt einer konjunkturellen Hochspannung annimmt. Damit drängen sich die Fragen des Kapitalexportes wieder stärker in den Vordergrund, nachdem im ersten Nachkriegsjahrzehnt recht einseitig überseeische Kapitalien nach Europa eingeströmt waren. Diese Mittel, zumeist in dem Begriff „amerikanische Auslandhilfe“ zusammengefaßt, haben wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas anzuregen.

Neben die mehr ökonomischen Gründe, die für eine verstärkte Kapitalausfuhr der europäischen Volkswirtschaften sprechen, nämlich konjunkturpolitische und, heute stärker als früher, auch beschäf-

tigungspolitische Absichten, treten politische Notwendigkeiten von nicht minderer Bedeutung. Gilt es doch, den Anschluß nicht zu verpassen bei den, fast möchte man sagen, sich täglich neu und vielfältiger erschließenden Möglichkeiten einer mithelfenden Finanzierung der vielgenannten wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete, die man sinnvoller als „Entwicklungsländer“ bezeichnen sollte. Die tiefgreifenden Wandlungen im Aufbau und im Ablauf der Weltwirtschaft blieben nach der Beendigung des letzten Krieges in Europa und ganz besonders in Westdeutschland fast unbemerkt, standen doch die einzelnen nationalwirtschaftlichen und später die ersten gemeinsamen europäischen Anstrengungen um den Wieder- und Neuaufbau der Industriekörper zu sehr im Banne der wirtschaftlichen Not, die der Krieg den Völkern zurückgelassen hatte. Von der politischen Entwicklung her hat sich gerade in jüngster Zeit die Frage nach einem neuen, erweiterten europäischen Kapitalexport mit der Notwendigkeit zu politischer Selbstbehauptung vermischt.

### Europas sinkender Anteil am Weltkapitalmarkt

Nichts beleuchtet mehr die zurückfallende politische Bedeutung Europas im Kräftespiel der Welt als die Entwicklung des Anteils des europäischen Kapitals in anderen Erdteilen. Klammert man den letzten großen Beitrag Europas zu den internationalen Kapitalbewegungen, die große Kapitalflucht, vor allem aus Deutschland, in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, einmal aus<sup>1</sup>, so ergibt sich folgendes Bild:

Vor dem Ersten Weltkrieg waren Großbritannien, Frankreich und Deutschland die wichtigsten Kapitalausfuhrländer. Schätzungen der Vereinten Nationen belaufen sich auf über 33 Milliarden Dollar, welche die genannten drei Länder zu Beginn des Ersten Weltkrieges an andere Volkswirtschaften ausgeliehen hatten, davon Großbritannien allein etwa 18 Milliarden Dollar. Für die verflossenen hundert Jahre läßt sich nun stets ein Kapitalfluß von den industriell

entwickelteren zu den weniger entwickelten Ländern nachweisen. „Die Bedeutung des Kapitalverkehrs liegt in der Tatsache, daß die Peripherie der Weltwirtschaft immer wieder mit den Kapitalüberschüssen der industriellen Zentren entwickelt wird<sup>2</sup>.“ So finanzierte das früh industrialisierte Großbritannien Europa und Uebersee, wobei es eine besondere Neigung zu Eisenbahninvestitionen entwickelte. Frankreich hingegen blieb auch im Kapitalexport seiner herkömmlichen Rentnergesinnung treu: das französische Publikum zeichnete mit Vorliebe festverzinsliche ausländische Papiere, deren Gegenwerte überdies nicht immer unmittelbar der wirtschaftlichen Entwicklung nutzbar gemacht wurden. Deutschland hatte vor 1914 die Hälfte seines Auslandskapitals in Europa selbst untergebracht.

Für die Vereinigten Staaten vollzog sich während

<sup>1</sup>) Beispielsweise nach Schweden, vornehmlich aber auch in die Vereinigten Staaten, wo die Sterilisierung des zufließenden Goldes besondere währungspolitische Maßnahmen erforderlich werden ließ. Gelegentlich wurde in Südamerika auch Flucht-

kapital zur Anlage in neuen Industrien verwandt — eine bei der Beweglichkeit, die diesen Kapitalien eigen ist, nicht immer sehr dauerhafte Finanzierungsgrundlage.

<sup>2</sup>) A. Predöhl in: *Außenwirtschaft*, Göttingen, 1949, Seite 65.



des Ersten Weltkrieges der Umschlag vom Schuldner zum Gläubigerland. Waren die Vereinigten Staaten noch bis 1914 überwiegend ein Kapitaleinfuhrland gewesen, so gingen sie als bedeutendster Kriegslieferant der Entente als Gläubiger aus den Ereignissen hervor, eine Stellung, die sie sich sehr schnell noch ausweiten konnten. Einmal begann ein mächtiger Kapitalstrom von den Vereinigten Staaten nach Mittel- und Südamerika zu fließen, zum anderen beteiligte sich amerikanisches Kapital an der weiteren europäischen industriewirtschaftlichen Entwicklung. Nach der Neubewertung der Mark kam bekanntlich auch viel US-Kapital nach Deutschland, dessen Abruf Jahre später die Weltwirtschaftskrise nach Deutschland mit hineinziehen half. Heute sind die Vereinigten Staaten die bedeutendsten Kapitalgeber in der Welt. Die Stellung Europas ist stark zurückgesunken. Die europäischen Länder zehrten zum Teil von früheren Auslandsanlagen, soweit nicht durch die politischen

Ereignisse europäische, auch vornehmlich deutsche Vermögenswerte im Ausland verlorengingen<sup>3</sup>. An neuem Kapitalexport konnte sich Europa in den vergangenen 25 Jahren nur innerhalb gewisser Grenzen beteiligen. Das Besondere ist, daß Nordamerika heute ständig weitere Kredite ausleiht, ohne geschichtlichen Vorbildern zu folgen und sich eine passive Handelsbilanz zu leisten, die sich aus den Rückflüssen der Kapitalertragsbilanz finanziert. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren praktisch alle Volkswirtschaften Europas an die Vereinigten Staaten verschuldet: die Sieger auf Grund der vorangegangenen einseitigen militärischen Lieferungen, die Besiegten auf Grund aufgelaufener und zurückgestauter Verpflichtungen aus der Vorkriegszeit und der neu einsetzenden Marshallplanhilfe. Ueber die langfristige Verschuldung hinaus wurde die Dollarlücke in der laufenden Außenbilanz Europas das handelspolitische Thema Nr. 1 während des ersten Nachkriegsjahrzehnts.

### Möglichkeiten und Grenzen europäischer Kapitaleistungen nach Übersee

Die Besinnung über die künftige Rolle Europas im Weltkapitalverkehr, die allenthalben spürbar ist, darf an der Erkenntnis einiger grundlegender Wandlungen nicht vorübergehen, die in der räumlichen Verteilung des Weltkapitalbedarfs und im technischen Ablauf der Kapitalausfuhr Platz gegriffen haben. Was den Kapitalbedarf anbelangt, so gibt es hierüber verständlicherweise nur Schätzungen, die immer nur unter bestimmten Voraussetzungen, beispielsweise hinsichtlich der Investitionsrate, des Bevölkerungswachstums, der Zunahme im Realeinkommen der kapitalimportierenden Länder, vornehmlich also der Entwicklungsländer, Gültigkeit haben können. Zudem ist es immer nur möglich, den Anfangsbedarf an Kapital abzuschätzen; über den laufenden Mehrbedarf entscheiden Umfang und Geschwindigkeit der mit der Erstausrüstung an Kapital eingeleiteten wirtschaftlichen Entfaltung der bisher überwiegend agrarischen Volkswirtschaften in Uebersee.

Vor allem in Ostasien dürfte der Kapitalbedarf recht hoch liegen. Während Südamerika mit seinen wenigen Menschen teilweise über einen nicht unerheblichen Kapitalstock pro Kopf verfügt, ist die Kapitalausstattung in den übevölkerten Gebieten Mittel- und Ostasiens denkbar gering. Nur schätzungsweise 5 vH der privaten US-Kapitalanlagen waren 1953 im Fernen Osten investiert, hingegen etwa 40 vH in Lateinamerika. Der durchschnittliche jährliche Kapitalbedarf wirtschaftlich unentwickelter Gebiete bei einer angenommenen Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung um 2 vH jährlich wurde 1951 von den Vereinten Nationen wie folgt geschätzt:

Südamerika . . . . .	2,540	Milliarden Dollar
Afrika, ohne Aegypten . . . .	2,308	" "
Mittlerer Osten, mit Aegypten . . . .	1,300	" "
Süd-Zentral-Asien . . . . .	5,320	" "
Ferner Osten, ohne Japan . . . .	7,666	" "

Insgesamt . . . . . 19,134 Milliarden Dollar

Jedoch nicht nur die Richtung des notwendigsten weltwirtschaftlichen Kapitalbedarfs gilt es im Auge zu behalten, sondern auch die neuen Formen, in denen sich heute zwischenstaatliche Kredit- und Kapitalbewegungen darstellen. Die erste grundlegende Veränderung in der Technik des Kapitalexportes brachte bereits das Abgehen von der Goldwährung Anfang der dreißiger Jahre mit sich. Sie blieb in der Praxis fast unbemerkt, da mit dem Verzicht auf das bis dahin im echten Sinne internationale Währungssystem die Einführung einer mehr oder minder straffen Devisenbewirtschaftung in den führenden Industrieländern verbunden war. Lediglich im wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttum lebten neue Gedanken zur Technik des Kapitaltransfers auf.

Aber auch die Nationalökonomien konnten die nunmehr verschleierte Probleme des internationalen Kapitalverkehrs nicht immer in voller Schärfe ins Auge fassen. Stets hatten umwälzende militärische und politische Ereignisse die ökonomischen Schwierigkeiten großer Kapitalbewegungen in den Vordergrund gerückt. Insbesondere die Reparationsleistungen zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Kriege von 1870/71 und nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges hatten das Gespräch um die Folgen derartiger einseitiger volkswirtschaftlicher Kapitalverschiebungen belebt. So widmete sich verständlicherweise die nationalökonomische Literatur überwiegend den Fragen, die mit der Technik

<sup>3</sup>) Karl Peters, „Veränderungen der internationalen Kapitalposition Großbritanniens“ in Europa-Archiv 6—7/1956, S. 8705.



bedeutsamer einseitiger Kapitalströme zusammenhängen, ohne dabei immer den gesamten gedanklichen Zusammenhang des internationalen Kapitalverkehrs im Auge behalten zu können. An der Stelle einer erforderlichen umfassenden Theorie zwischenstaatlicher Kredit- und Kapitalbeziehungen stand häufig lediglich das technische Transferproblem. Das Abgehen von der Goldwährung brachte zunächst den Fortfall jener kurzfristigen Ausgleichsbewegungen mit sich, die — jenseits der bekannten Goldpunkte — dem Ausgleich der Zahlungsbilanz dienten. Im Zuge der Autarkiepolitik einiger europäischer Länder versiegte auch ein Teil jener Kapitalquellen, die den internationalen Kreditmärkten langfristiges Kapital zur Verfügung gestellt hatten. Als nach dem Zweiten Weltkriege die Fäden der internationalen Kapitalverflechtung wieder neu geknüpft wurden, hatte sich die Welt außerhalb Europas beträchtlich gewandelt.

Deutschland empfindet verständlicherweise das Jahr 1945 als einen besonders tiefgreifenden Einschnitt in den Ablauf seiner Geschichte. In der Vorstellung des Deutschen verbindet sich die Erinnerung an dieses Jahr vornehmlich mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das westliche Ausland erlebte zu gleicher Zeit den Beginn eines neuen Abschnittes seiner Kolonialgeschichte. In den ersten Nachkriegsjahren erreichten die Bemühungen um politische Selbständigkeit in den bisherigen Kolonialländern und sonstigen abhängigen Gebieten eine Reihe von bedeutsamen Höhepunkten. Erinnert sei an die Teilung des ehemaligen Kaiserreiches Indien, an die Loslösung Indonesiens vom holländischen Mutterland und an die Entwicklung in Ägypten. Der Nationalstolz der jungen Völker trieb die Welle der Industrialisierung überall mächtig voran; die günstigen Handelsbedingungen für Rohstoffe während der bekannten Korea-Hausse führten sie auf dem einmal eingeschlagenen Weg weiter. Zugleich aber wurde immer deutlicher, daß neue Formen der kapitalmäßigen Bindungen zu den Entwicklungsländern gefunden werden mußten, die der neuen politischen Stellung und den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung trugen. Folgende wesentliche neue Tendenzen hatten sich mittlerweile herausgebildet<sup>4</sup>:

Der Umfang an ausländischen Staatsanleihen in den Händen des Publikums ist in den verflossenen 25 Jahren beträchtlich zurückgegangen. Die vordringenden direkten Staatskredite sind zumeist mit politischen Absichten verbunden oder nicht immer frei von versteckten politischen Nebenzwecken. Eine gewisse Zunahme haben die direkten Auslandsinvesti-

tionen erfahren, häufig auch Realinvestierung genannt. Insbesondere seit der Zeit vor dem letzten Kriege stiegen die im Ausländerbesitz befindlichen Anlagen in aller Welt an. Untersuchungen zeigen, daß dies eine Folge der Hemmungen im Zinsen- und Rückzahlungsdienst in den Jahren des Krieges und hinterher ist. Ueberwiegend handelte es sich demnach um unfreiwillig investierte Gelder. Lediglich die Welt-Petroleumindustrie finanziert sich noch international. Demgegenüber haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten räumliche Verflechtungen im Kapitalverkehr stärker herausgegliedert als früher. Insbesondere ist die kapitalmäßige Bindung Südamerikas an Nordamerika gewachsen, während der britische Anteil an Auslandsinvestitionen in Südamerika weiter gefallen ist<sup>5</sup>. Hingegen haben sich die Kapitalbeziehungen zwischen den noch bestehenden Kolonialreichen sowie zwischen den abhängigen Gebieten und ihren Mutterländern aus verschiedenen Gründen zum Teil gefestigt. Ostasien und die unter dem politischen Einfluß der Sowjetunion stehenden Staaten erhielten kaum Kapital. Die privaten Anlageinvestitionen im Auslande haben in den wirtschaftlich schon entwickelteren, häufig auch als halbkapitalistisch bezeichneten Ländern stärker zugenommen als in den wirtschaftlich weniger entwickelten Volkswirtschaften. Der Anteil des privaten Auslandskapitals an öffentlichen oder gemeinnützigen Investitionen ist in allen Schuldnerländern zurückgefallen.

Schon während des Krieges leitete die Verhandlungen von Bretton Woods die Vorstellung, daß neue Institutionen und neue Techniken den Weltkapitalverkehr der Zukunft würden mitsteuern müssen. Im Grunde genommen war bereits das amerikanische Gesetz über die Pacht- und Leih-Lieferungen aus dem Jahre 1941 von der Absicht erfüllt, für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg jene erdrückenden Transferprobleme nicht wieder emporwuchern zu lassen, die nach dem Ersten Weltkriege das weltwirtschaftliche Gefüge bis in seine Grundfesten erschüttert hatten. Neben den Weltwährungsfonds, der dem kurzfristigen Zahlungsverkehr für nur vorübergehend unausgeglichene Zahlungsbilanzen seiner Mitgliedsländer zu dienen bestimmt wurde, trat die neue Institution der Weltbank, die insbesondere Staatskredite zur Behebung langfristiger, struktureller Zahlungsbilanzungleichgewichte ausleiht. In letzter Zeit hat sie sich stärker den Entwicklungskrediten zugewandt, worin sie von der neueren International Finance Corporation unterstützt wird, die auch an Private Entwicklungskredite begibt.

<sup>5</sup> Die Geschichte des Perón-Regimes in Argentinien ist eng verknüpft mit der Verstaatlichung der zum Teil versteckt in britischen Händen befindlichen Eisenbahnen des Landes. Ähnlich lagen bis vor neun Jahren die Verhältnisse in Uruguay. Vgl. L. Köllner, „Die Industrialisierung Uruguays“, Münster 1956.

<sup>4</sup> Vgl. „The International Flow of Private Capital, 1946 to 1952“, herausgegeben von den Vereinten Nationen, New York 1954.



Bei all den angedeuteten Wandlungen muß beachtet werden, daß sich der Kapitalexport nunmehr unter den Bedingungen gesteuerter Papierwährungen vollziehen muß. Im allgemeinen sind die Wechselkurse fest oder nur innerhalb gewisser Grenzen beweglich. Im System der weltweiten Goldwährung war bekanntlich zumeist eine Versendung von Gold erforderlich, um dem monetären Transfer einen Güterfluß folgen zu lassen. Die bewegten Goldmengen bewirkten im exportierenden Land eine Verminderung, im goldimportierenden Land eine Ausweitung des Goldbestandes. In gleicher Richtung bewegten sich, im Ausmaß bestimmt durch die jeweils vorliegenden Deckungssätze, die Geldmengen der beteiligten Volkswirtschaften. So kam es mit Hilfe der Zinspolitik der Zentralbanken zu sinkenden Preisen im Kapitalexportland und zu steigenden Preisen im Empfängerland. War eine Reihe weiterer Bedingungen gegeben, so konnte der Güterfluß tatsächlich in Gang kommen, da infolge der Goldverschickung die Exportpreise im Gläubigerland mittlerweile gefallen waren. Der monetäre Transfer lockte den sogenannten Realtransfer hervor. Zwar vollzog sich dieser Vorgang keineswegs immer so reibungslos wie hier geschildert; wichtig war jedoch, daß den beteiligten Zentralnotenbanken kein Einfluß auf den weiteren Verlauf des güterwirtschaftlichen Kapitalexportes zustand, wenn die Goldbewegung erst einmal erfolgt war.

Im System gesteuerter Papierwährungen, die ein Mittel der nationalen Wirtschafts- und Währungspolitik sind, dürfte heute kaum noch eine Volkswirtschaft sich bereit finden, über einen allgemein absinkenden Preisspiegel als ausgesprochen außenwirtschaftspolitisches Ziel dem güterwirtschaftlichen Kapitalexport zum Erfolg zu verhelfen. Insbesondere die Vollbeschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik der alten Industriestaaten neigt dazu, den Geldspielraum stets voll auszuschöpfen und die Preise nach oben zu tragen. Zudem greifen neuere wirtschaftstheoretische Ansichten in der Öffentlichkeit mehr und mehr um sich, die glauben, sich auf den Nachweis stützen zu können, daß eine marktwirtschaftlich ausgestaltete Volkswirtschaft überhaupt nur unter dem ständigen Druck leicht steigender Preise weiterwachsen könne, ein Vorgang, der sich als langfristige Erscheinung allerdings außerhalb des Bewußtseins des Verbrauchers abspielen dürfte. Für die Technik des Kapitalexportes bedeutet dieser Vorgang, daß die Möglichkeiten für ein Mißlingen des Sachkapitaltransfers, d. h. des güterwirtschaftlichen Handelsbilanzüberschusses, heute größer sind als früher. Das gilt in der Hauptsache für den freien, privaten Kapitalverkehr. Steigen nämlich in der Zeit zwischen Kreditvereinbarung und Kauf die Preise im Gläubigerlande an, so verschlechtern sich die Einkaufsmöglichkeiten des Schuldners<sup>6</sup>. Er kann sich dagegen durch vorherige

Preisabsprachen, Wertsicherungs- oder Dollarklauseln decken. Nicht immer jedoch gelingt dies. Vermutlich ist auch das ein Grund für die zunehmenden staatlichen Entwicklungskredite am internationalen Kapitalmarkt, da sich der Staat meistens besser gegen derartige, das Gelingen des Kapitalexportes störende Preisbewegungen absichern kann. Je stärker die europäischen Länder ihren Kapitalexport „inflationär“ finanzieren, um so größer sind die Schwierigkeiten, ihn güterwirtschaftlich durchzuführen. Bei zunehmend beweglichen Wechselkursen taucht ein weiteres Hindernis auf, indem sich bei einer bereits stark aktiven Handelsbilanz der Währungskurs immer mehr zugunsten des Inlandes und immer stärker zuungunsten des Auslandes entwickelt. Eine dauernde hochaktive Handelsbilanz bei beweglichen Wechselkursen verschlechtert demnach die weiteren Möglichkeiten des realen Kapitaltransfers für alle die Fälle, in denen, aus welchen Gründen auch immer, ein Zeitraum sich zwischen Kreditierung und Güterexport schiebt. Auch ist jede Volkswirtschaft abhängig von der Entwicklung in ihren Konkurrenzländern. Indirekt können die *terms of trade* eines europäischen Industrielandes in den Augen des überseeischen Auslandes eine Umbewertung erfahren, wenn beispielsweise die Preisebenen in den Nachbarländern mittlerweile verhältnismäßig günstiger liegen als im ersten Lande. Es ist einleuchtend, daß derartige ökonomische Verschiebungen nur dann von wirklicher Bedeutung für den Kapitalexport sind, wenn keine genauen und eindeutigen kaufvertraglichen Abmachungen zwischen europäischem Kreditor und überseeischem Debitor bestehen. Sie sind jedoch dann von Wichtigkeit, wenn die über Ausfuhrerlöse erzielten Valutaüberschüsse im Ausland frei verfügbar gehandelt werden können, wenn im Zeitpunkt des monetären Transfers der Empfänger und künftige Abnehmer des realen Transfers demnach noch unbestimmt ist. Gerade im Übergang zur Konvertierbarkeit der Währungen wächst die Bedeutung dieses Zusammenhanges. Im multilateralen Handels- und Zahlungsverkehr wird die Richtung, aus der die Güternachfrage auf das kapitalexportierende Land stößt, zunehmend unbestimmt. Unter diesem Blickwinkel kommt den konjunktursteuernden überstaatlichen Krediten an Entwicklungsländer eine besondere Bedeutung zu. Niemand kann heute sagen, wieviel Kapital in die ständige Manövriermasse der Weltkapitalmärkte einfließen wird, ohne überhaupt zum Gütertransfer zu führen; denn die „Kassenbestände“ der internationalen Kreditmärkte haben in den vergangenen drei Jahrzehnten erhebliche Einbußen erlitten.

<sup>6</sup>) Das gilt nur für den geplanten, d. h. vorher vereinbarten zwischenstaatlichen Kredit, andernfalls stellt sich eine ungeplante Kreditierung, sprich Zahlungsverzug, als unbeabsichtigter Exportüberschuß dar.



## Die besondere Lage der Bundesrepublik

Anknüpfend an die zuletzt angeschnittenen Fragen hier noch einige Hinweise zur westdeutschen Situation: Im Zuge des Konjunkturaufschwunges fiel der Bundesrepublik in den letzten Jahren ein beträchtlicher Außenhandelsüberschuß zu, der jedoch nicht die Form echten Kapitalexportes angenommen hat. Im Gegenteil, das vorhandene deutsche Auslandsvermögen erlitt durch den Krieg schwerste Einbußen, womit die Bereitschaft zur privaten Auslandsanlage entmutigt wurde<sup>7</sup>.

Das Besondere der westdeutschen konjunkturellen Lage muß nun unter anderem bekanntlich in dem verhältnismäßig niedrigen Preisspiegel gesehen werden, der sich in der Bundesrepublik im Vergleich zu ihren westlichen Nachbarn als Ergebnis einer langjährigen, zielbewußten preisstabilisierenden Währungspolitik entwickeln konnte. Insofern nimmt Deutschland, preislich gesehen, eine durchaus günstige Stellung gegenüber den Ueberseeländern ein. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich hierbei um einen augenblicklichen Zustand handelt, der sich innerhalb kürzerer Zeit zu ändern vermag. Um eine Deflation, wie sie in der theoretischen Literatur vielfach gefordert wird, brauchte sich Westdeutschland also nicht zu bemühen, um den Kapitalexport güterwirtschaftlich „gelingen“ zu lassen. In einem gewissen Sinne ist der Gütertransfer ja auch schon erfolgt, nur schlägt er sich eben als Außenhandelsüberschuß nieder und nicht als volkswirtschaftlicher Kapitalexport. Insofern ist — theoretisch gesprochen — der reale Transfer dem monetären vorausgeeilt. Andererseits würde die aus konjunkturpolitischen Gründen vor einigen Monaten besprochene Aufwertung der Deutschen Mark die weiteren realen Exportmöglichkeiten (bewußt) beschneiden.

Von den Entwicklungsländern selbst würde die Bundesrepublik zweifellos gerne als künftiger Kapitalgeber gesehen werden. Das hat nicht nur ökonomische Gründe, weil man sich von einem kreditierten Einkauf von Investitionsmitteln aus Westdeutschland eine besonders prompte und präzise Bedienung verspricht. Deutschland hat heute vielmehr auch den politischen Vorteil, unbelastet von den Hemmungen bisheriger Kolonialbeziehungen ins Entwicklungsgeschäft einzutreten. Insoweit verfügt es über einen erheblichen Vorsprung gegenüber den Kolonialmächten. Da sich in den Entwicklungsländern der Wunsch nach Industrialisierung häufig genug mit einem wachsenden Nationalismus verbindet, der nach „unpolitischen“ Krediten trachtet, darf dieser Gesichts-

punkt nicht unterschätzt werden. Die westdeutsche Industrie scheint durchaus bereit zu sein, derartige Möglichkeiten zu nutzen. Die Entwicklung zugunsten des internationalen Entwicklungs- und Lieferkredites als der heute immer mehr üblichen äußeren Form des Kapitalexportes macht es der westdeutschen Industrie teilweise unmöglich, sich an der Industriefinanzierung in Uebersee wesentlich zu beteiligen. Da es sich bei den erforderlichen Erstinvestitionen der Entwicklungsländer zumeist um recht kostspielige und langfristige Anlagen handelt, ziehen sich nach den Erfahrungen des Punkt-4-Programmes die Kreditfristen immer mehr in die Länge. So sind Zahlungsziele von fünf, zehn und noch mehr Jahren im Handelsgeschäft mit den jungen Ueberseeländern heute keine Seltenheit mehr. Selbst unter normalen Umständen dürfte kaum ein Industriezweig in der Lage sein, derartige Kredite einzuräumen, ohne nicht zugleich seine Liquidität und vermutlich auch seine eigene Investitionstätigkeit erheblich anzuspannen beziehungsweise einzuschränken. Eine möglichst schnelle Ablösung der gewährten Zahlungsziele durch zusätzliche Bankkredite wurde daher aus Industriekreisen wiederholt gefordert<sup>8</sup>. Unter dem Stichwort Exportfinanzierung finden sich dazu in der Wirtschaftspresse immer wieder neue Vorschläge. Denn das bisherige System der AKA wird von den Beteiligten wohl als bewährt, gegenüber den großen künftigen Anforderungen jedoch als zu eng angesehen. Tatsächlich vermag die Ausfuhr-Kredit AG. nur Exportkredite von 6 Monaten bis zu 4 Jahren zu vermitteln<sup>9</sup>. Seit einiger Zeit betätigt sich auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau auf dem Gebiete der langfristigen Exportfinanzierung. Aus dem ERP-Sondervermögen und aus anderen mehr oder weniger einmaligen Quellen wurden Beträge zur Verfügung gestellt. Der deutschen Industrie scheint die Gründung einer leistungsfähigen Exportfinanzierungsbank vorzuschweben, etwa nach dem Vorbild der amerikanischen Export-Import-Bank. Dieses Institut lieh die beträchtliche Summe von etwa 7 Milliarden Dollar zur Finanzierung langfristiger Exportgeschäfte aus, womit es die von der Weltbank gewährten Beträge bei weitem übertraf<sup>10</sup>. Mehrfach wurde angeregt, eine Exportanleihe aufzulegen. Dabei geht es um nichts anderes als die Verlagerung der knappen Mittel des westdeutschen Kapitalmarktes von der Inlandsinvestition zum Kapitalexport. Eine derartige Anleihe ist bisher mit Erfolg nicht aufgelegt worden, nicht zuletzt deshalb, weil eine steuervergünstigende Ausstattung nicht erreicht werden konnte.

<sup>7</sup>) Hierüber E. Schütte, „Das deutsche Vorkriegsvermögen im Ausland“ in: *Wirtschaftsdienst*, Mai 1955, S. 273 ff.

<sup>8</sup>) Vgl. Memorandum des BDI zur langfristigen Exportfinanzierung, Köln 1956.

<sup>9</sup>) Näheres: „Die Exportfinanzierung in Westdeutschland“ in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 344/1954.

<sup>10</sup>) Einzelheiten: Jahresberichte der Weltbank; ferner: „Die Weltbank“, Bericht einer deutschen Delegation, Köln 1955.



Auch wurde beispielsweise der Vorschlag entwickelt, in dem Augenblick die Kreditierung im Entwicklungsgeschäft auf die Banken zurückzuverlagern, in dem die technische Garantie der gelieferten Anlagen abläuft, also etwa nach ein oder zwei Jahren. Unter den Plänen für neue Export-

finanzierungsinstitute finden sich auch Hinweise auf die frühere, erst vor kurzer Zeit rechtlich aufgelöste Deutsche-Gold-Diskontbank. Dieses Institut hatte, in den zwanziger Jahren gegründet, seinerzeit der Deutschen Reichsbank einige Aufgaben aus dem Bereiche der Ausfuhrkreditierung abgenommen.

### Devisenüberschüsse, aber kein konsolidierter Kapitalexport

Im Zusammenhang mit einem künftigen deutschen Kapitalexport in die Entwicklungsländer nehmen einen besonderen Platz die zum Teil schon seit Jahren aufgelaufenen Devisenüberschüsse Westdeutschlands ein. Der augenblickliche Bestand beträgt etwa 17 Milliarden DM von den Exporteuren abgerechnet und nicht wieder verwandte Devisenforderungen ans Ausland, davon über 5,5 Milliarden in Gold, also ohne Einschränkung jederzeit multilateral benutzbar. Das westdeutsche Außenhandelsvolumen im Jahre 1955 belief sich auf rund 25 Milliarden DM. Es gibt eine Reihe von Vorschlägen, die gelegentlich angeregt wurden, um diese Devisenbestände in die Form eines echten Kapitalexportes umzugießen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich die Forderungsüberschüsse in den Händen der BdL und nicht mehr bei den Exporteuren befinden. Während die Goldbestände dem Auslande zum Einkauf in der Bundesrepublik unmittelbar zur Verfügung gestellt werden könnten, müßten die Papierdevisen den Weg in eine nominelle Anlage im Auslande finden. In welcher äußeren Form die zeitweise Kapitalüberlassung sich auch darstellen würde, jedenfalls dürfte es sich in beiden Fällen zunächst nicht um einen privaten Kredit oder Kapitalexport handeln. Der Staat, beziehungsweise die Notenbank, müßte die Rolle des Kreditgebers übernehmen. Ein Kapitalexport aus den Devisenüberschüssen qua aktiver Handelsbilanz durch den Staat (nach Vereinbarung mit der obersten Währungsbehörde, der Zentralnotenbank) weicht jedoch recht erheblich vom bekannten Bilde des Kapitaltransfers ab. Nicht in Anspruch genommene Forderungen an das Ausland würden durch einen Wechsel im Devisenbesitz im Gläubigerlande dem Land mit der passiven Zahlungsbilanz nochmals zur Verfügung gestellt. In diesem Grenzfall bleibt der Gütertransfer ganz aus, wenn man eben nicht geneigt ist, den vorangegangenen volkswirtschaftlichen Exportüberschuß als solchen anzusehen. Verkaufte die Notenbank ihre Devisenbestände aufs neue an Inländer mit der Auflage, die Forderungen im Auslande werbend anzulegen, beispielsweise durch Effektenkauf, so wäre dies ebenfalls eine Form des Kapitalexportes, bei dem die Güterausfuhr, von der volkswirtschaftlichen Außenbilanz her gesehen, vorausgegangen wäre. Konjunkturpolitisch betrachtet, würde eine derartige Verwendung der Devisenüberschüsse in erster Linie kaufkraftabschöpfend wirken, wobei jedoch auch das in der

Hochkonjunktur stets gefährdete Sparvolumen eine Verminderung erfahren könnte. So gesehen, erscheint die Verwendung der Devisenüberschüsse zum Wareneinkauf ein sichererer konjunktur- und preisstabilisierender Weg. Auch darf die Bereitschaft des Publikums, Auslandsanlagen zu erwerben, nicht zu hoch eingeschätzt werden, solange Verstaatlichungen, Enteignungen, Eingriffe in den Zinsendienst usw. in vielen Entwicklungsländern an der Tagesordnung sind. Die Unverletzlichkeit des privaten Eigentums im Auslande gilt mit Recht als die wichtigste Voraussetzung für einen Kapitalexport des privaten Sparers.

Abgesehen von den rechtsinstitutionellen Schwierigkeiten, die den Vorschlägen für einen Kapitalexport aus Devisenüberschüssen entgegenstehen, ist zu beachten, daß Westdeutschland seine Papier-Devisenüberschüsse überwiegend aus dem inner-europäischen Handelsverkehr bezieht und nicht im Austausch mit den Entwicklungsländern selbst. Die Bedeutung dieser Schwierigkeit sinkt, je mehr sich ein multilateraler Zahlungsverkehr in der Welt durchsetzt. Im Grunde dürfte der Kapitalexport aus Devisenüberschüssen ein besonderer Fall sein, der sich aus den bisher einmaligen Gegebenheiten der westdeutschen Situation ableitet. Auch wird mit Recht darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik die Forderungsüberschüsse auch noch anderweitig verwenden könne. Einmal nämlich, wie erwähnt, zu erhöhten Einfuhren aus konjunkturpolitischen Gründen, um die Güterversorgung in der Hochkonjunktur preisstabilisierend auszuweiten (eine besondere Frage bleibt dabei der Einkauf militärischer Ausrüstungen). Zweitens durch einen vermehrten Schuldendienst im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens. Tatsächlich scheint die zuletzt genannte Verpflichtung im Bewußtsein des westdeutschen Staatsbürgers nur locker verankert zu sein.

Schon vor einer Reihe von Jahren wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschlands Möglichkeiten zur Kapitalausfuhr insbesondere in der technischen und beratenden Hilfe bestünden, die unsere Volkswirtschaft den jungen Entwicklungsländern angedeihen lassen könnte. Tatsächlich ist die Bedeutung der technischen Beratung im Dienstleistungsverkehr der Welt in den letzten Jahren ständig angestiegen. So forderte der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht vor einiger Zeit folgerichtig, auch die Bundesrepublik solle stärker als bisher Ingenieure ins Ausland, insbesondere in die



wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete entsenden. Bezahlen könne man diesen Dienstleistungsverkehr aus eben jenen Devisenüberschüssen, die für die westdeutsche Binnenkonjunktur seit längerer Zeit ein rechtes Danaergeschenk geworden sind. Die amerikanischen Erfahrungen zeigen, daß der Beratungsdienst häufig weitere Exportaufträge nach sich ziehen kann. Eine derartige Verwendung von Devisenüberschüssen könnte daher langfristige Wirtschaftsbeziehungen einleiten, wobei der anfängliche Staatskredit nur eine erste Anregung bedeuten würde. Ein solches Vorgehen käme den vielfach geäußerten Neigungen der Entwicklungsländer nach neuen Formen der Kapitaleinfuhr entgegen, nachdem das Kolonialzeitalter die konzernabhängige Tochtergesellschaft in Uebersee so stark in Mißkredit gebracht hat.

Wenn auch eine Reihe von Gründen die Möglichkeiten einer künftigen westdeutschen Kapitalausfuhr durchaus in einem günstigen Licht erscheinen lassen müssen, insbesondere auch, wenn man an die im Ausland sehr geschätzten qualitativen Leistungsmöglichkeiten des neuerrichteten westdeutschen Produktionskörpers denkt, so stellen sich doch einem zügigen Kapitalfluß neben den Schwierigkeiten der betrieblichen Exportfinanzierung noch andere gewichtige Hindernisse entgegen. Da ist zunächst wieder die augenblickliche Konjunkturlage, die eine zusätzliche Ausweitung des Kreditvolumens für langfristige Erschließungsinvestitionen in Uebersee im Interesse einer Politik der Preisstabilisierung wenig wünschenswert erscheinen läßt. Dieser Hinweis verkehrt sich ins Gegenteil, wenn die Konjunktur einmal weniger spannungsgeladen am Vollbeschäftigungsniveau verlaufen sollte. Die Frage, ob der Kapitalexport in einer Depression als „Lebensretter“ der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsweise auftreten könne, wird auch heute noch in den Wirtschaftswissenschaften lebhaft diskutiert. In diesem Zusammenhang ist das Vorgehen der Weltbank bemerkenswert, die in den letzten Jahren Kapitalgeber und Warenlieferant bei ihren Entwicklungskrediten bewußt auseinanderfallen läßt. Darin kann in gewissen Grenzen eine neue Möglichkeit für eine internationale Konjunkturpolitik liegen. Die Volkswirtschaften, die sich im konjunkturellen Aufschwung befinden, könnten den

monetären, die Volkswirtschaften, in denen eine „recession“ oder ein konjunktureller Niedergang Platz greift, könnten den güterwirtschaftlichen Transfer besorgen. Auf diese Weise würden beispielsweise die Vereinigten Staaten mithelfen können, das europäische Gleichgewicht zu sichern.

Auf lange Sicht darf auch der innerdeutsche Kapitalbedarf nicht unterschätzt werden. Noch ist zwar nicht bekannt, wie groß die volkswirtschaftliche Finanzierungsmasse einmal sein muß, um die vielbesprochene Automation zu bezahlen. Auch läßt sich noch nicht übersehen, wieviel Kapital erforderlich sein wird, um eine mögliche Produktionsumstellung im westdeutschen Industriekörper zu finanzieren, was erforderlich werden wird, wenn im Zuge einer fortschreitenden Industrialisierung in Uebersee der Welthandel und damit die Exportindustrie der älteren Industriestaaten eine grundlegende strukturelle Wandlung erfahren werden. Jedenfalls entwickelt sich hier ein langfristiger Kapitalbedarf, dessen Größenordnung von der Dynamik des technischen Fortschrittes im eigenen Lande und der industriellen Entfaltung der wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete in Uebersee abhängig sein dürfte und der jedenfalls allen Bemühungen um eine Ausweitung der westdeutschen Kapitalausfuhr eine strenge Grenze ziehen wird.

Ein Ueberschreiten dieser Grenze wäre vielleicht möglich, wenn man an eine — allerdings erst in ihren Umrissen entworfene — europäische Kapitalpartnerschaft bei der Finanzierung der industriellen Entwicklung der bisherigen Agrarländer denkt. Im gegenwärtigen Zeitpunkt käme das der Flucht nach vorn in ein neues, wenn auch übernationales Finanzierungsinstitut gleich. Ein gestückelter europäischer Kapitalexport würde finanzierungstechnisch allerdings Konvertierbarkeit der Währungen wenigstens im Teilbereich der langfristigen europäischen Exportgeschäfte verlangen. So gesehen, könnte dann aber auch der freie Kapitalmarkt die gleichen Aufgaben übernehmen. Ueberhaupt dürfte im Aufbau eines leistungsstarken, von staatlichen Eingriffen unbehelligten Kapitalmarktes eine Grundvoraussetzung für eine Beteiligung der Volkswirtschaften Europas an der Finanzierung des wirtschaftlichen Fortschrittes in der Welt liegen.



## Die Ergebnisse der Ministertagungen der WEU und der NATO in Paris vom 10. bis zum 14. Dezember 1956

### Kommuniqué der Tagung des Rates der Westeuropäischen Union am 10. Dezember

Der Rat der Westeuropäischen Union ist am 10. Dezember unter Vorsitz des Außenministers der Niederlande, Herrn Luns, in Paris zusammengetreten. Die Bundesrepublik Deutschland war vertreten durch Herrn von Brentano, Belgien durch Herrn Paul-Henri Spaak, Frankreich durch Herrn Pineau, Italien durch Herrn Martino, Luxemburg durch Herrn Bech und das Vereinigte Königreich durch Herrn Selwyn Lloyd. Ferner haben an einem Teil der Sitzung die Herren Wilgress für Kanada und Perkins für die Vereinigten Staaten als Beobachter teilgenommen.

Die Prüfung gewisser politischer Aspekte des Problems der Verteidigung des Westens, die anlässlich der Sitzung des Rates am 15. September begonnen worden war, wurde fortgeführt. Der Rat hat die bedeutenden Probleme zur Sprache gebracht, denen sich die westliche Welt heute gegenüber sieht, und sich dabei ganz besonders mit der Lage in Osteuropa befaßt.

Der Rat hat verschiedene Vorschläge geprüft, die ihm unterbreitet wurden; insbesondere solche von Herrn Martino bezüglich des weitergehenden Ausbaus der WEU. Weitere Anregungen werden von den Regierungen vorgelegt werden, und ein Bericht über diese Frage wird vom Generalsekretariat im Laufe der nächsten drei Monate ausgearbeitet werden.

Der Rat hat ferner gewisse Empfehlungen geprüft, die ihm von der Versammlung der WEU übermittelt wurden, und Einigkeit über den wesentlichen Inhalt der an die Versammlung zu richtenden Antwort erzielt.

Die Minister haben die Grundsätze für die Festsetzung der Stärke und Bewaffnung der bodenständigen Verteidigungskräfte und der Polizeikräfte geprüft, die von den Hohen Vertragsschließenden Parteien auf dem europäischen Kontinent unterhalten werden (Artikel 5 des Protokolls II zu den Pariser Verträgen).

Die sieben Außenminister haben unter anderem ein Protokoll betreffend den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zu zwei Sozialabkommen, die im Jahre 1950 von den damaligen Mitgliedern des Brüsseler Vertrags abgeschlossen wurden, unterzeichnet. Diese Abkommen betreffen die Grenzarbeiter und die Gastarbeiter.

Schließlich hat der Rat Herrn Heinrich Böx (Deutschland) zum stellvertretenden Generalsekretär der WEU ernannt.

Quelle: Service d'Information et de Presse des französischen Außenministeriums, abgedruckt in *La Documentation Française*, Textes du Jour, Nr. 446, vom 18. Dezember 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

### Kommuniqué der Tagung des Nordatlantikrates vom 11. bis zum 14. Dezember

1. Der Nordatlantikrat tagte vom 11. bis zum 14. Dezember unter dem Vorsitz des Außenministers von Italien, Professor Gaetano Martino, und faßte Beschlüsse zur Festigung der militärischen und nichtmilitärischen Zusammenarbeit innerhalb der Allianz.

2. In der soeben beendeten Sitzung fanden die Minister in den Erfahrungen der vergangenen Meinungsverschiedenheiten über die Politik der NATO-Mitgliedstaaten die Bestätigung der Notwendigkeit, daß alle Mitgliedstaaten wirksame Methoden der politischen Konsultation und Zusammenarbeit entwickeln. Sie bekräftigten erneut ihre Entschlossenheit, in Einigkeit und Freundschaft zusammenzuarbeiten, um die Ziele der Allianz zu verwirklichen und die Allianz als unerläßliche Institution für Sicherheit und Frieden in jeder Hinsicht zu stärken.

3. Als wesentlichen Schritt vorwärts beim Ausbau der NATO auf nichtmilitärischem Gebiet billigte der Rat die Empfehlungen des Dreier-Ausschusses in seinem Bericht an den Rat<sup>o</sup>. Damit sprach sich der Rat für umfassendere und engere Konsultation zwischen den Mitgliedstaaten in politischen Fragen aus. Der Rat billigte ferner Ab-

machungen, die zur Regelung von Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten beitragen sollen, und beschloß Maßnahmen für die Stärkung der inneren Organisation der NATO sowie für die weitere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf gewissen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten. Der Bericht ist vom Dreier-Ausschuß zur Veröffentlichung freigegeben worden.

4. Der Rat prüfte die internationale Lage und erörterte freimütig die Probleme, vor welche die atlantische Allianz sich gestellt sieht. Im Verlaufe dieser Aussprache beschlossen die Minister in der Erkenntnis, daß ihre Ansichten im allgemeinen übereinstimmen, daß Einzelfragen in den kommenden Monaten durch fortdauernde Konsultation im Rat gelöst werden sollen.

5. Die Mitglieder der atlantischen Allianz sind in erster Linie über die Bedrohung der Sicherheit des NATO-Bereichs beunruhigt. Der Rat erörterte die Bedrohung,

<sup>o</sup>) Der Dreier-Ausschuß bestand aus den Außenministern Gaetano Martino (Italien), Lester B. Pearson (Kanada) und Halvard Lange (Norwegen). Sein Bericht ist auf S. 9562 bis S. 9571 dieser Folge wiedergegeben.



die ein sowjetisches Eindringen in den Mittleren Osten für die NATO bedeuten würde. Angesichts der Tatsache, daß Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in diesem Gebiet wesentlich für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens sind, kam der Rat überein, die Entwicklung in diesem Gebiet unter scharfer und fortgesetzter Beobachtung zu halten.

6. Die Mitglieder des Rates betonten insbesondere die Notwendigkeit eines schnellen Fortschreitens der Räumung des Suezkanals gemäß der Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 2. November dieses Jahres. Die Minister unterstrichen ferner die dringende Notwendigkeit, durch Vermittlung der Vereinten Nationen Verhandlungen einzuleiten und beschleunigt abzuschließen, durch die der vollständige und freie Betrieb des Kanals wiederhergestellt werden soll. Sie schlossen sich den im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 13. Oktober vereinbarten sechs Prinzipien als Grundlage für die Ausarbeitung einer dauerhaften Regelung an. Sie waren sich auch über die dringende Notwendigkeit einig, durch die Vereinten Nationen eine dauerhafte politische Regelung zwischen Israel und den arabischen Staaten herbeizuführen einschließlich einer gerechten Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge. Die Notwendigkeit einer angemessenen Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebiets wurde anerkannt.

7. Die Mitglieder des Rates haben die Ereignisse in Ungarn mit Bestürzung und Abscheu verfolgt. Die brutale Unterdrückung des heldenhaften ungarischen Volkes steht in krassm Gegensatz zu den öffentlichen Beteuerungen der Sowjets. Der Rat bekräftigte erneut die Überzeugung seiner Mitgliedsregierungen, daß die Vereinten Nationen ihre Bemühungen fortsetzen sollten, mit Hilfe des Drucks der öffentlichen Meinung der Welt die Sowjets zum Abzug ihrer Truppen aus Ungarn und zur Wiedergutmachung des dem ungarischen Volke zugefügten Unrechts zu veranlassen. Die Völker Osteuropas sollten das Recht haben, ihre Regierungen frei und unbeeinflusst von äußerem Druck und der Anwendung oder Androhung von Gewalt zu wählen und die politische und soziale Ordnung, unter der sie leben wollen, selbst zu bestimmen.

8. Die Minister prüften die Auswirkungen der sowjetischen Politik und des sowjetischen Vorgehens in Europa und in anderen Teilen der Welt auf die NATO. Auf Grund ihrer Beurteilung der sowjetischen Politik waren sie sich vollkommen über die Notwendigkeit einig, jeder Bedrohung entgegenzutreten, welche die Sicherheit und die Freiheit der Atlantischen Gemeinschaft gefährden würde. In diesem Zusammenhang billigte der Rat eine Direktive für die zukünftige militärische Planung, wobei die fortgesetzte Verstärkung des sowjetischen Potentials und die für die Verteidigung der NATO zur Verfügung stehenden verschiedenen neuen Waffentypen berücksichtigt wurden. Die Konzeption der vorgeschobenen Verteidigung wird in der Strategie der NATO beibehalten werden. Der Rat prüfte den Bericht über die Jahreserhebung 1956 und billigte die Aufstellungsziele für die Streitkräfte für die Jahre 1957, 1958 und 1959.

9. Der Rat gab seinem tiefen Bedauern über den Entschluß Lord Ismays Ausdruck, im kommenden Frühjahr aus seinem Amt als Generalsekretär der Organisation auszuschcheiden, und würdigte die ausgezeichneten Dienste, die er der Allianz geleistet hat. Der Außenminister Bel-

giens, Herr Paul-Henri Spaak, wurde zum Nachfolger von Lord Ismay ernannt.

10. Der Rat faßte die folgenden beiden Entschlüsse.

**Entschlußung  
über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und  
Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern der  
Nordatlantikpakt-Organisation**

Da die Parteien des Nordatlantikvertrages in Artikel I dieses Vertrages die Verpflichtung übernommen haben, „jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sein mögen, durch friedliche Mittel in der Weise zu regeln, daß Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit unter den Völkern nicht gefährdet werden“;

da die Parteien ferner die Verpflichtung übernommen haben, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen von ihnen oder allen zu fördern;

da die Einigkeit und Stärke der NATO in der Verfolgung dieser Ziele unerläßlich bleiben für eine andauernde Zusammenarbeit auf militärischem und nicht-militärischem Gebiet;

bekräftigt der Nordatlantikrat erneut die Verpflichtung aller seiner Mitglieder nach Artikel I des Vertrags, jeden Streitfall zwischen ihnen durch friedliche Mittel beizulegen;

beschließt er, daß jeder solche Streitfall, der nicht auf direktem Wege geregelt werden konnte, dem Vermittlungsverfahren im Rahmen der NATO unterbreitet werden soll, bevor die Mitgliedsregierungen irgendeine andere internationale Behörde anrufen; ausgenommen sind Streitfälle rechtlicher Art, die einem Gerichtshof unterbreitet werden können, und diejenigen Streitfälle wirtschaftlicher Art, deren Beilegung am besten zunächst in den geeigneten wirtschaftlichen Sonderorganisationen versucht werden sollte;

erkennt er das Recht und die Pflicht der Mitgliedsregierungen und des Generalsekretärs an, dem Rat Angelegenheiten zur Kenntnis zu bringen, die ihrer Meinung nach die Solidarität oder Wirksamkeit der Allianz bedrohen könnten;

ermächtigt er den Generalsekretär, Mitgliedsregierungen, die an einem Streitfall beteiligt sind, jederzeit informell seine guten Dienste anzubieten und mit dem Einverständnis dieser Regierungen Untersuchungs-, Vermittlungs-, Schlichtungs- oder Schiedsverfahren einzuleiten bzw. zu erleichtern;

berechtigt er den Generalsekretär, zu dem im vorigen Absatz angeführten Zweck, falls er es für notwendig hält, höchstens drei der Ständigen Vertreter hinzuzuziehen, die er in jedem einzelnen Falle auswählen wird.

**Entschlußung  
zu dem Bericht des Dreier-Ausschusses über die  
nichtmilitärische Zusammenarbeit in der NATO**

Nachdem der Nordatlantikrat auf seiner Tagung in Paris am 5. Mai einen aus den Außenministern Italiens, Kanadas und Norwegens bestehenden Ausschuß eingesetzt hatte, der den Rat über die Mittel und Wege zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit innerhalb der NATO auf nichtmilitärischem Gebiet und zur Herbeiführung einer stärkeren Einigkeit innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft beraten sollte;



nachdem der Dreier-Ausschuß nun über die ihm zugewiesene Aufgabe Bericht erstattet und dem Rat eine Anzahl von Empfehlungen über Mittel und Wege zur Verbesserung und Ausweitung der Zusammenarbeit auf nicht-militärischem Gebiet innerhalb der NATO unterbreitet hat;

nimmt der Nordatlantikat den Bericht des Dreier-Ausschusses zur Kenntnis;

billigt er dessen Empfehlungen;

ersucht er den Ständigen Rat, die in dem Bericht enthaltenen Grundsätze und Empfehlungen unter Berücksichti-

gung der von den Regierungen abgegebenen Stellungnahmen zu verwirklichen;

ersucht er den Generalsekretär, weitere spezifische Vorschläge, die für die Verwirklichung dieser Empfehlungen erforderlich werden könnten, dem Rat zur Prüfung vorzulegen und regelmäßig über die Befolgung dieser Empfehlungen durch die Regierungen Bericht zu erstatten; ermächtigt er den Dreier-Ausschuß, seinen Bericht zu veröffentlichen.

Quelle: NATO Information Division, Press Release Nr. M2(56)3 vom 14. Dezember 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

## Bericht des Dreier-Ausschusses\* betreffend die nicht-militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO

### Kapitel 1: Allgemeine Einleitung

1. Der von dem Nordatlantikat in seiner Sitzungsperiode im Mai 1956 gebildete Ausschuß für nicht-militärische Zusammenarbeit war gebeten worden: „den Rat über Mittel und Wege zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit im Rahmen der NATO auf nicht-militärischem Gebiet sowie zur Herbeiführung einer größeren Einigkeit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft zu beraten“.

2. Der Ausschuß hat diese Aufgabenstellung so ausgelegt, als verlange sie 1) Prüfung und Neubestimmung der Ziele und Bedürfnisse der Allianz, insbesondere angesichts der gegenwärtigen internationalen Entwicklung, und 2) Abgabe von Empfehlungen zur Festigung ihrer inneren Solidarität, ihres inneren Zusammenhanges und ihrer Einigkeit.

3. Der Ausschuß gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Bericht und die Empfehlungen, welche er nunmehr vorlegt, zum besseren Verständnis der rein auf Verteidigung und aufbauende Ziele gerichteten Zwecke der NATO in Staaten beitragen, die der NATO nicht angehören, und somit Maßnahmen zur Verminderung der internationalen Spannung erleichtern und fördern werden. Die Ereignisse der letzten Monate haben diese Spannung erhöht und die nach Stalins Tod gesteigerte Hoffnung geschwächt, eine sichere und ehrenhafte Grundlage für eine Koexistenz auf der Basis des Wettbewerbs und schließlich auf der Basis der Zusammenarbeit mit der Welt des Kommunismus zu finden. Die Bemühungen in dieser Richtung müssen jedoch weitergehen.

4. Die Beziehungen zwischen den Bündnispartnern sind ebenfalls schweren Belastungen unterworfen worden. Dieser Bericht wurde von dem Dreierausschuß im wesentlichen in seinen Sitzungen und im Laufe der Regierungsberatungen im letzten September ausgearbeitet. Die späteren Ereignisse haben den Ausschuß in seiner Überzeugung bestärkt, daß die atlantische Gemeinschaft eine größere Einigkeit nur erreichen kann, wenn sie ständig daran arbeitet, eine gemeinsame Politik durch umfassende und rechtzeitige Konsultationen in Fragen von gemeinsamem Interesse zu erzielen. Solange dies nicht geschieht, ist der ganze Rahmen der Zusammenarbeit in der NATO, der so viel zur Sache der Freiheit beigetragen hat und von so lebenswichtiger Bedeutung für ihre Förderung in der Zukunft ist, in Gefahr.

5. Das Fundament der NATO, auf dem allein ein starker Oberbau errichtet werden kann, ist die politische Verpflichtung, die ihre Mitglieder für eine Kollektivverteidi-

gung übernommen haben: jeden Angriff auf eines von ihnen als Angriff auf alle anzusehen, der auf die Kollektivaktion aller stoßen wird. Es ist gelegentlich die Tendenz zu beobachten, daß die weitreichende Bedeutung dieser Verpflichtung übersehen wird, insbesondere in Zeiten, in denen die Gefahr ihrer Anwendung sich verringert zu haben scheint.

6. Mit dieser politischen Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung als Grundstein der Außen- und Verteidigungspolitik ihrer Mitgliedstaaten verfügt die NATO über eine solide Grundlage ihres Bestehens. Es trifft natürlich zu, daß die Mittel und Wege, durch welche die Verpflichtung zu erfüllen ist, sich ändern werden in dem Maße, in dem sich die politischen oder strategischen Gegebenheiten ändern, und in dem Maße, in dem die Bedrohung des Friedens ihre Art oder ihre Richtung ändert. Jedoch brauchen etwa erforderlich werdende Änderungen der Planung und der strategischen Politik die NATO oder das Vertrauen ihrer Mitglieder in die NATO und das Vertrauen zueinander nicht zu schwächen, vorausgesetzt, und diese Voraussetzung ist allerdings entscheidend, daß jedes Mitglied seinen Willen und seine Fähigkeit behält, seinen vollen Teil zur Erfüllung der politischen Verpflichtung zu Kollektivmaßnahmen gegen eine Aggression beizutragen, die es übernahm, als es den Vertrag unterzeichnete; und unter der weiteren Voraussetzung — die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß dies gleichfalls von Bedeutung ist —, daß alle Änderungen der nationalen Strategie oder Politik, welche die Koalition betreffen, erst nach gemeinsamer Prüfung vorgenommen werden.

7. Das Wesentliche für eine gesunde und entwicklungsfähige NATO ist die rückhaltlose Anerkennung der politischen Verpflichtung zur Kollektivverteidigung durch alle Mitglieder und das Vertrauen, das jedes zu dem Willen und der Fähigkeit des anderen besitzt, diese Verpflichtung im Falle eines Angriffs zu erfüllen.

8. Dies ist unser bestes derzeitiges Abschreckungsmittel gegen eine militärische Aggression und demzufolge die beste Versicherung, daß die übernommenen Verpflichtungen nicht in Anspruch genommen zu werden brauchen.

9. Diese abschreckende Rolle der NATO, die auf Solidarität und Stärke begründet ist, kann jedoch nur dann ausgeübt werden, wenn die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten eng und diese willig zur Mitarbeit sind. Eine Allianz, in der die Mitglieder die gegenseitigen Interessen außer acht lassen oder sich in politische oder wirtschaftliche Konflikte verwickeln oder gegenseitiges Mißtrauen hegen, kann weder für Abschreckungs- noch für Verteidigungszwecke wirksam sein. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben dies immer klarer gemacht.

10. Auf der Suche nach den Mitteln und Wegen zur Festigung der Einigkeit und des Verständnisses innerhalb

\* Veröffentlicht in Paris am 14. Dezember 1956. Der Ausschuß bestand aus den Außenministern Gaetano Martino (Italien), Lester B. Pearson (Kanada) und Halvard Lange (Norwegen).



der NATO ist es zweckmäßig, sich den Ursprung und die Ziele der Organisation ins Gedächtnis zurückzurufen.

11. Der im Jahre 1949 in Washington unterzeichnete Vertrag stellte eine kollektive Antwort auf die Furcht vor einer militärischen Aggression durch die Streitkräfte der UdSSR und ihrer Alliierten dar; wir hatten die Erfahrung gemacht, daß eine rein nationale Antwort den Sicherheitsanforderungen nicht genügte. Die Streitkräfte der UdSSR und ihrer Alliierten waren von überwältigender Stärke. Die Bedrohung Griechenlands, die Einnahme der Tschechoslowakei, die Blockade Berlins und der Druck auf Jugoslawien zeigten, daß sie auch aggressive Ziele verfolgten.

12. Wenn auch die Furcht das Hauptagens für die Schaffung der NATO gewesen sein mag, zugrunde lag dabei auch — bewußt oder unbewußt — die Erkenntnis, daß es in einer immer kleiner werdenden atomaren Welt weise und zeitgemäß sei, eine engere Verbindung der gleichgesinnten atlantischen und westeuropäischen Nationen nicht nur für Verteidigungszwecke herbeizuführen, und daß eine teilweise Souveränitätspoolung zum gegenseitigen Schutz ebenfalls ganz allgemein den Fortschritt und die Zusammenarbeit fördern werde. Die beteiligten Regierungen und Völker fühlten, daß diese engere Einheit natürlich und wünschenswert sei, daß die gemeinsamen kulturellen Traditionen, die freien Institutionen und die demokratischen Begriffe, die bedroht waren und von dem Bedrohenden zur Vernichtung bestimmt waren, Dinge seien, die auch die NATO-Staaten nicht zu ihrer Verteidigung, sondern auch zu ihrer Weiterentwicklung enger zusammenbringen mußten. Kurz, es hatte sich neben der Erkenntnis einer unmittelbaren gemeinsamen Gefahr das Gefühl der atlantischen Gemeinschaft entwickelt.

13. Ein derartiges Gefühl war sicherlich nicht entscheidend oder gar der Hauptimpuls bei der Schaffung der NATO. Dennoch ließ es die Hoffnung entstehen, daß die NATO über den unmittelbaren Notstand hinaus, der sie entstehen ließ, wachsen werde.

14. Diese Hoffnung hatte ihren Ausdruck in der Präambel und in den Artikeln 2 und 4 des Vertrages gefunden. Diese beiden Artikel, die in ihrer Formulierung begrenzt, aber zum mindesten mit dem Versprechen der großen Linie einer atlantischen Gemeinschaft erfüllt sind, wurden aufgenommen wegen des beherrschenden Gefühls, daß die NATO mehr werden sollte als ein militärisches Bündnis. Sie waren Ausdruck der sehr realen Sorge, daß, wenn die NATO diese Probe nicht bestände, sie mit der unmittelbaren Krise, die zu ihrer Entstehung geführt hatte, wieder verschwinden werde, selbst wenn die Notwendigkeit für sie so groß wäre wie zuvor.

15. Von Anbeginn der NATO an stand es also fest, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung die erste und dringendste Notwendigkeit war, daß dies aber nicht genug sei. Seit Unterzeichnung des Vertrages ist es immer klarer geworden, daß die Sicherheit heute weit mehr ist als eine rein militärische Angelegenheit. Die Vermehrung der politischen Konsultationen und die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Entwicklung der Hilfsquellen, der Fortschritt der Bildung und des Verständnisses der Öffentlichkeit, all dies kann ebenso wichtig, vielleicht sogar noch wichtiger für den Schutz der Sicherheit einer Nation oder eines Bündnisses sein als der Bau eines Schlachtschiffes oder die Ausrüstung einer Armee.

16. Diese beiden Aspekte der Sicherheit, nämlich der zivile und der militärische Aspekt, können nicht mehr länger getrennt innerhalb von Staaten oder zwischen einzelnen Staaten erörtert werden. Vielleicht hat die NATO diese unerläßliche Verknüpfung noch nicht voll erkannt oder noch nicht genügend getan, um jenen engen und

ständigen Kontakt zwischen ihren zivilen und militärischen Stellen herbeizuführen, der erforderlich ist, wenn die Organisation stark und ausdauernd sein soll.

17. Die nordatlantische Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet jedoch, von der Einigkeit ganz abgesehen, ist nicht in einem Tage oder durch eine Erklärung zu erreichen, sondern dadurch, daß Jahre hindurch und durch eine ganze Reihe nationaler Handlungen und politischer Akte die Gewohnheiten, Traditionen und Präzedenzfälle für eine derartige Zusammenarbeit und Einigkeit geschaffen werden. Das Verfahren wird im günstigsten Falle langsam und schrittweise vor sich gehen — langsamer, als uns lieb ist. Wir können zufrieden sein, wenn es stetig und sicher ist. Dies wird jedoch nur dann der Fall sein, wenn die Mitgliedsregierungen, besonders die mächtigeren, bereit sind, in weit größerem Ausmaß als bisher mit der NATO und durch sie für ein höheres Ziel zu arbeiten als lediglich für die Zwecke einer kollektiven militärischen Verteidigung.

18. Wenn auch die Mitglieder der NATO untereinander bereits die verschiedensten Formen einer nicht-militärischen Zusammenarbeit entwickelt haben und zu den aktivsten und konstruktivsten Teilnehmern verschiedener internationaler Organisationen gehören, hat die NATO als solche bisher gezögert, sich auf diesem Gebiet zu betätigen, insbesondere im Hinblick auf Wirtschaftsfragen. Ihre Mitglieder waren mit Recht der Auffassung, daß Ueberschneidungen vermieden werden müssen und daß andere bestehende internationale Organisationen die Aufgaben erfüllen müssen, die auf diese Weise am besten erledigt werden können.

19. Seit kurzem haben jedoch die Mitgliedstaaten der NATO die Ziele und Notwendigkeiten der Organisation geprüft und erneut beurteilt, und zwar angesichts bestimmter Aenderungen der sowjetischen Taktik und der sowjetischen Politik, die seit dem Tode Stalins eingetreten sind, und angesichts der Auswirkungen des gegenwärtigen Durcheinanders in Osteuropa, das hierdurch entstanden ist.

20. Diese Aenderungen haben die Notwendigkeit einer kollektiven militärischen Verteidigung nicht geringer gemacht, aber sie haben die NATO vor eine zusätzliche Herausforderung gestellt, die im wesentlichen nicht-militärischer Art ist. Die NATO muß die wirkliche Art der Ereignisse erkennen, die sich abgespielt haben. Ein wesentlicher Aspekt der neuen sowjetischen Politik, die Koexistenz auf Wettbewerbsgrundlage, ist ein Versuch, den positiven Initiativen der Nationen des Westens zu begegnen, die darauf gerichtet sind, in freierheitlicher Atmosphäre das Los der wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten zu verbessern und ein gerechtes und gegenseitig vorteilhaftes Handelssystem zu errichten, von dem alle Staaten profitieren können. Die Sowjetunion scheint jetzt eine Politik einzuschlagen, durch die diese Staaten durch wirtschaftliche Mittel und durch politischen Umsturz umgarnt und an das gleiche kommunistische Joch geschmiedet werden sollen, von dem bestimmte Mitglieder des sowjetischen Blocks sich nunmehr zu befreien bestrebt sind. Die Mitglieder der NATO dürfen in ihrer Wachsamkeit gegenüber dieser Form der Durchdringung nicht nachlassen.

21. Inzwischen sind einige der unmittelbaren Befürchtungen einer in großem Maßstabe durchgeführten militärischen Aggression gegen Westeuropa geringer geworden. Dieser Prozeß ist dadurch erleichtert worden, daß sich herausgestellt hat, daß die sowjetische Regierung erkannt hat, daß jede solche Aggression auf eine sichere, schnelle und vernichtende Gegenaktion stoßen würde und daß es in einem Kriege dieser Art, in dem auf beiden Seiten Atomwaffen eingesetzt werden würden, keine Sieger geben würde. Mit dem verstärkten sowjetischen



Nachdruck auf nicht-militärische oder para-militärische Methoden wird eine Ueberprüfung der Fähigkeit der NATO erforderlich, der Drohung einer Durchdringung unter der Maske der Koexistenz, unter besonderer Betonung eines katastrophenlosen Konflikts, wirksam entgegenzutreten.

22. Bestimmte Fragen gewinnen nunmehr eine neue Bedeutung. Haben sich die Erfordernisse und die Ziele der NATO geändert, oder sollten sie geändert werden? Arbeitet die Organisation angesichts der veränderten Umstände des Jahres 1956 befriedigend? Wenn nein, was kann getan werden? Dann gibt es die noch weitergehende Frage: „Kann eine lose Assoziierung souveräner Staaten überhaupt ohne das starke Bindemittel der Furcht zusammenhalten?“

23. Der Ausschuß hat diese Fragen in der Ueberzeugung geprüft, daß die Ziele, welche die Regierungen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages anstrebten, gültig geblieben sind und daß die NATO für ihre Mitgliedstaaten jetzt noch ebenso wichtig ist, wie sie es damals war.

24. Das erste dieser Ziele ist, wie bereits ausgeführt, die Sicherheit auf der Grundlage einer kollektiven Aktion mit ausreichenden Streitkräften sowohl für die Abschreckung als auch für die Verteidigung.

25. Sicherlich bleiben die Einigkeit und die Stärke der NATO bei der Verfolgung dieser Ziele ebenso wesentlich, wie sie dies im Jahre 1949 waren. Die sowjetische Taktik mag sich geändert haben, aber die sowjetische bewaffnete Macht und ihre Endziele sind unverändert geblieben. Darüber hinaus haben die jüngsten Ereignisse in Osteuropa gezeigt, daß die Sowjetunion unter bestimmten Umständen nicht zögern wird, sich der Gewalt und der Gewaltandrohung zu bedienen. Daher darf die militärische Stärke der NATO nicht verringert werden, wenn auch ihr Charakter und ihr Potential ständig den sich ändernden Verhältnissen angepaßt werden müssen. Die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Seite der NATO stellt eine wesentliche Ergänzung — und nicht einen Ersatz — für eine ständige Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Verteidigung dar.

26. Trotz der jüngsten Ereignisse mögen die sowjetischen Führer ein größeres Gewicht auf politische, wirtschaftliche und propagandistische Aktionen legen. Es gibt jedoch keinen Beweis dafür, daß dadurch die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus militärischer Stärke in modernster Form als Grundlage für die sowjetische Aktivität auf diesen anderen Gebieten beeinträchtigt wird.

27. Wir würden jede Änderung der sowjetischen Politik begrüßen, wenn sie wirklich auf eine Verringerung der internationalen Spannungen gerichtet wäre, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Schwächung und schließlich die Auflösung der NATO ein wesentliches kommunistisches Ziel bleibt. Wir müssen daher so lange auf der Hut sein, wie die sowjetischen Führer entschlossen bleiben, ein Uebergewicht der militärischen Macht zur Erfüllung ihrer eigenen politischen Ziele und der ihrer Alliierten aufrechtzuerhalten.

28. Dies führt uns wiederum zu dem zweiten und langfristigen Ziel der NATO: der Entwicklung einer atlantischen Gemeinschaft, deren Wurzeln tiefer liegen als sogar die der Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung. Das bedeutet nichts Geringeres als die ständige Assoziierung der freien atlantischen Völker zur Förderung ihrer größeren Einheit und zum Schutze und zur Förderung der Interessen, die sie als freie Demokratien gemeinsam besitzen.

29. Wenn wir dieses langfristige Ziel sicher erreichen wollen, dann müssen wir verhindern, daß die zentrifugalen Kräfte der Opposition oder der Gleichgültigkeit die Allianz schwächen. Die NATO ist durch die Drohungen

oder Angriffe ihrer Feinde weder vernichtet noch im geringsten geschwächt worden. Sie ist gelegentlich infolge der Lethargie oder der Selbstgefälligkeit ihrer Mitglieder gestrauchelt; weitere Gründe dafür lagen in Meinungsverschiedenheiten oder in der Uneinigkeit ihrer Mitglieder und darin, daß engstirnige nationale Erwägungen dem Interesse der Gesamtheit vorangestellt wurden. Die NATO könnte durch derartige Tendenzen, wenn man sie bestehen ließe, vernichtet werden; um diese Tendenzen zu bekämpfen, muß die NATO von ihren Mitgliedern weit mehr als bisher für eine aufrichtige und echte Konsultation und Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse benutzt werden. Hierfür ist der Entschluß wichtiger als Entschließungen; der Wille wichtiger als Worte.

30. Das Problem liegt jedoch noch tiefer: Die NATO-Staaten stehen einer politischen und militärischen Bedrohung gegenüber. Sie entstammt den revolutionären Lehren des Kommunismus, die nach der sorgfältigen Planung der kommunistischen Führer viele Jahre hindurch die Saat der Unwahrheit über unsere freie und demokratische Lebensweise verbreitet haben. Die beste Antwort auf diese Lügen ist der ständige Beweis der Ueberlegenheit unserer eigenen Institutionen über die der Kommunisten. Wir können durch Worte und Taten zeigen, daß wir den politischen Fortschritt, die wirtschaftliche Weiterentwicklung und eine auf ordentliche Weise durchgeführte soziale Änderung begrüßen und daß die wirklichen Reaktionäre von heute die kommunistischen Regime sind, die als Anhänger eines unbeugsamen doktrinarischen wirtschaftlichen und politischen Schemas erfolgreicher bei der Zerstörung der Freiheit als bei deren Förderung waren.

31. Wir müssen uns allerdings darüber klar sein, daß die über unsere Institutionen verbreiteten Unwahrheiten gelegentlich hingenommen wurden und daß es selbst in der nicht-kommunistischen Welt Menschen gibt, die unter dem systematischen Einfluß der kommunistischen Propaganda unsere eigene Analyse der Ziele und Werte der NATO nicht akzeptieren. Sie glauben, daß die NATO zwar in der Ära des Stalinismus eine nützliche Verteidigungs- und Abschreckungsrolle gespielt habe, daß sie aber nun nicht mehr notwendig sei, auch nicht für die Sicherheit ihrer Mitglieder, und daß sie nun die Tendenz habe, zu einer Sammelstelle für die Stärke und die Hilfsquellen der „Kolonial“-Mächte zur Verteidigung von Empire-Privilegien, rassistischer Ueberlegenheit und einer atlantischen Hegemonie unter Führung der Vereinigten Staaten zu werden. Die Tatsache, daß wir wissen, daß diese Auffassungen falsch und ungerechtfertigt sind, bedeutet nicht, daß die NATO und ihre Regierungen nicht alles tun müssen, um sie zu berichtigen und ihnen entgegenzuwirken.

32. Die NATO darf nicht vergessen, daß sich der Einfluß und die Interessen ihrer Mitglieder nicht auf das im Vertrag umschriebene Gebiet beschränken und daß die gemeinsamen Interessen der atlantischen Gemeinschaft durch Entwicklungen außerhalb des Vertragsgebiets ernsthaft beeinträchtigt werden können. Daher müssen sie sich zwar bemühen, ihre Beziehungen untereinander zu verbessern und ihre eigene Einigkeit zu festigen und zu vertiefen, aber sie müssen sich auch damit befassen, ihre Politik in bezug auf andere Gebiete unter Berücksichtigung der weiteren Interessen der gesamten internationalen Gemeinschaft aufeinander abzustimmen; dies kann insbesondere durch die Arbeit in den Vereinten Nationen und an anderen Orten für die Beibehaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit und für die Lösung der Probleme, die jetzt die Welt trennen, geschehen.

33. Folgt die NATO diesem Kurs, so kann sie beweisen, daß sie mehr ist als eine Verteidigungsorganisa-



tion, die nur handelt und reagiert, je nachdem, ob die Befürchtungen und Gefahren, die sich aus der sowjetischen Politik ergeben, größer oder geringer sind. Sie kann ihren Wunsch zu voller Mitarbeit mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft dadurch beweisen, daß sie die Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen verwirklicht. Sie kann beweisen, daß es ihr nicht bloß darum geht zu verhindern, daß der kalte Krieg zum heißen wird, oder daß sie sich dann verteidigen wird, wenn eine solche Tragödie eintreten sollte, sondern daß es ihr noch mehr darum geht, die politische und moralische Initiative zu ergreifen, um es allen Staaten zu ermöglichen, sich in Freiheit zu entwickeln und einen sicheren Frieden für alle Nationen herbeizuführen.

34. Daß wir den friedlichen Charakter irgendwelcher sowjetischer Schachzüge vorsichtigerweise nicht unbestritten als gegeben hinnehmen, daß wir uns weigern, unsere Verteidigung aufzugeben, bevor wir davon überzeugt sind, daß die Bedingungen für ein internationales Vertrauen wiederhergestellt sind, wird von allen aufrechten und gutwilligen Menschen, besonders nach den Ereignissen in Ungarn, verstanden werden. Was nicht verstanden werden würde, wäre jede fehlende Bereitschaft auf unserer Seite, Wege und Mittel zu suchen, die Schranken niederzureißen, um dieses Vertrauen zu schaffen.

35. Der Zusammenschluß der atlantischen Nationen für gute und konstruktive Zwecke — der das Grundprinzip und Grundideal der NATO-Konzeption ist — muß auf tieferen und dauerhafteren Grundlagen beruhen als auf den Meinungsverschiedenheiten und Gefahren der letzten zehn Jahre. Es handelt sich hier um eine historische und nicht um eine zeitgenössische Entwicklung, und wenn sie ihren wirklichen Zweck erfüllen soll, muß sie in diesem Licht angesehen werden, und es müssen die notwendigen Schlußfolgerungen daraus gezogen werden. Eine Beurteilung aus dem gegenwärtigen Geschehen heraus genügt nicht.

36. Die fundamentale historische Tatsache, die dieser Entwicklung zugrunde liegt, ist die, daß der Nationalstaat, an sich und ausschließlich auf nationaler Politik und nationaler Macht aufbauend, im Atomzeitalter für den Fortschritt oder auch nur für das Überleben nicht ausreicht. Wie es die Gründer des Nordatlantikvertrages voraussehen, verlangt die wachsende gegenseitige Abhängigkeit von Staaten auf politischem und wirtschaftlichem wie auf militärischem Gebiet ein ständig sich erhöhendes Maß internationalen Zusammenhangs und internationaler Zusammenarbeit. Manche Staaten mögen in der Lage sein, sich eines gewissen Maßes politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu erfreuen, wenn alles gut geht. Jedoch kann kein Staat, so mächtig er auch sein mag, seine Sicherheit und seinen Wohlstand durch nationales Vorgehen allein garantieren.

37. Dieser Faktor bildet die Grundlage unseres Berichts und der darin enthaltenen Empfehlungen, die in den folgenden Kapiteln dargelegt sind.

38. Es war nicht schwer, diese Empfehlungen zu geben. Es wird weit schwieriger für die Mitgliedsregierungen sein, sie in die Tat umzusetzen. Das wird auf ihrer Seite die feste Überzeugung erfordern, daß die Verwandlung der atlantischen Gemeinschaft in eine vitale und kraftvolle politische Realität so wichtig wie jedes rein nationale Anliegen ist. Hierzu ist vor allem der Wille erforderlich, diese Überzeugung zu einem Bestandteil praktischer Regierungspolitik zu machen.

## Kapitel 2: Politische Zusammenarbeit

### I. Einleitung

39. Soll die Konzeption der atlantischen Gemeinschaft lebens- und entwicklungsfähig sein, so müssen die Be-

ziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der NATO auf der soliden Grundlage des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens beruhen. Ohne das kann es keine konstruktive oder solide politische Zusammenarbeit geben.

40. Die Vertiefung und die Festigung dieser politischen Zusammenarbeit bedeuten nicht die Schwächung der Bindungen von NATO-Mitgliedstaaten mit anderen befreundeten Staaten oder mit anderen internationalen Vereinigungen, insbesondere den Vereinten Nationen. Die Mitgliedschaft bei der NATO ist weder exklusiv noch restriktiv. Auch darf die Entwicklung einer atlantischen Gemeinschaft im Rahmen der NATO nicht die Bildung noch engerer Beziehungen zwischen einigen ihrer Mitglieder verhindern; z. B. innerhalb von Gruppen von europäischen Staaten. Die Bewegung in Richtung auf eine atlantische Zusammenarbeit und europäische Einheit sollte parallel und ergänzend und nicht konkurrierend oder im Widerstreit vor sich gehen.

41. Eine wirksame und konstruktive internationale Zusammenarbeit erfordert die Entschlossenheit, zur Lösung gemeinsamer Probleme zusammenzuarbeiten. Zwischen den NATO-Mitgliedern gibt es besondere Bindungen, besondere Anreize hierzu und besondere Sicherheitsinteressen, die diese Aufgaben leichter machen müßten, als dies sonst der Fall wäre. Aber ihre erfolgreiche Lösung wird weitgehend von dem Ausmaß abhängen, in dem die Mitgliedsregierungen in ihrer eigenen Politik und bei ihrem eigenen Vorgehen die Interessen der Allianz berücksichtigen. Hierzu ist nicht nur erforderlich, daß die Verpflichtung zur Konsultation und Zusammenarbeit, wann immer diese notwendig sind, akzeptiert wird, sondern auch die Entwicklung von Praktiken, durch welche die Erfüllung dieser Verpflichtung zu einem normalen Teil der Regierungstätigkeit wird.

42. Es ist leicht, sich zu dem Grundsatz der politischen oder wirtschaftlichen Konsultation im Rahmen der NATO zu bekennen. Es ist schwer und hat sich in der Praxis als unmöglich erwiesen, dieses Bekenntnis in die Wirklichkeit umzusetzen, wenn die echte Überzeugung fehlt. Die Konsultation innerhalb eines Bündnisses ist mehr als ein bloßer Austausch von Informationen, obgleich auch dieser nötig ist. Sie bedeutet mehr als die Unterrichtung des NATO-Rats über nationale Entscheidungen, die bereits getroffen wurden; sie bedeutet mehr als den Versuch, für diese Beschlüsse eine Unterstützung zu erlangen. Sie bedeutet die gemeinsame Erörterung in den ersten Stadien der Formung der Politik und bevor sich die nationale Einstellung fixiert hat. Im günstigsten Falle wird dies zu kollektiven Entscheidungen in Fragen von gemeinsamem Interesse für die Allianz führen. Im ungünstigsten Falle wird dadurch sichergestellt, daß kein Mitglied etwas unternimmt, ohne die Auffassung der anderen Mitglieder vorher zu kennen.

## II. Konsultation auf dem Gebiete der Außenpolitik

### A. Ausmaß und Art der politischen Konsultation

43. Die wesentliche Rolle der Konsultation bei der Förderung der politischen Zusammenarbeit wurde klar umrissen durch einen früheren NATO-Ausschuß, der sich im Jahre 1951 mit der Nordatlantischen Gemeinschaft befaßte:

„Die Schaffung einer stärkeren Koordination der Außenpolitik der Mitglieder des Nordatlantikvertrages durch Entwicklung der ‚Gewohnheit der Konsultierung‘ in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse würde die Solidarität der Nordatlantischen Gemeinschaft weitgehend festigen und die individuelle und kollektive Fähigkeit ihrer Mitglieder erhöhen, den friedlichen Zwecken zu dienen, für welche die NATO errichtet wurde... Auf politischem Gebiet bedeutet dies, daß zwar jede nordatlantische Regierung ihre



volle Handlungs- und Entscheidungsfreiheit im Hinblick auf ihre eigene Politik behält, daß aber das Ziel darin besteht, durch den Austausch von Informationen und Auffassungen ein möglichst weites Gebiet des Einvernehmens bei der Formulierung der Gesamtpolitik zu erreichen... Wie in Artikel 4 des Vertrages ausdrücklich anerkannt, ist den Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die für die Mitglieder der NATO von vordringlicher und besonderer Bedeutung sind, sowie 'Notstands'-Situationen, in denen es erforderlich sein kann, sich gegenseitig über das nationale Verhalten, das die Interessen der Mitglieder der NATO in ihrer Gesamtheit berühren könnte, zu konsultieren. Jedoch besteht weiterhin die Notwendigkeit einer wirksamen Konsultation im Frühstadium aktueller Probleme, damit eine nationale Politik entwickelt werden kann und Maßnahmen auf Grund der vollen Kenntnis der Haltung und der Interessen aller NATO-Mitglieder getroffen werden können. Wenn auch alle Mitglieder der NATO dafür verantwortlich sind, ihre Partner in geeigneten Fragen zu konsultieren, so liegt doch ein großer Teil der Verantwortung für diese Konsultation zwangsläufig bei den mächtigeren Mitgliedern der Gemeinschaft.

44. Diese Worte wurden vor fünf Jahren geschrieben. Sie sind heute wahrer denn je. Wenn wir sagen können, daß die NATO sie nicht unberücksichtigt gelassen hat, so müssen wir auch anerkennen, daß sich die Praxis der Konsultation im NATO-Rat nicht so entwickelt hat, daß den Forderungen der politischen Änderungen und Welttendenzen Rechnung getragen wurde. Wir stehen heute vor der Notwendigkeit, mehr zu tun, als lediglich das Ausmaß zu erweitern und die Art der Konsultation zu vertiefen. Es ist dringend notwendig, daß alle Mitglieder die Konsultation innerhalb der NATO zum integralen Bestandteil ihrer nationalen Politik machen. Ohne dies ist die Existenz der Nordatlantischen Gemeinschaft in Gefahr.

45. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die kollektive Erörterung nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur gegenseitigen Abstimmung der Politik ist. Wo gemeinsame Interessen der atlantischen Gemeinschaft auf dem Spiele stehen, muß die Konsultation immer darauf gerichtet sein, zeitgerecht zu einer Vereinbarung über die gemeinsamen Linien der Politik und des Handelns zu gelangen.

46. Eine derartige Vereinbarung ist selbst bei engster Zusammenarbeit und Konsultation nicht leicht zu erreichen. Es ist jedoch für das atlantische Bündnis wesentlich, daß eine stetige und kontinuierliche Anstrengung gemacht wird, sie herbeizuführen. Es darf keine Einigkeit in Verteidigungsfragen und dafür Uneinigkeit auf dem Gebiet der Außenpolitik geben.

47. Natürlich gibt es auf diesem Gebiet bestimmte praktische Grenzen der Konsultation. Sie liegen ausreichend zutage, so daß es nicht erforderlich ist, sie mit Worten zu unterstreichen. Es besteht geringere Gefahr dafür, daß diese Grenzen verkleinert oder umgangen werden, als daß sie übertrieben und dazu benutzt werden, Praktiken zu rechtfertigen, die das gemeinsame Interesse unnötig außer acht lassen.

48. Eine dieser Grenzen besteht in der unumstrittenen Tatsache, daß die letzte Verantwortung für Entscheidungen und Handlungen immer noch bei den nationalen Regierungen liegt. Es ist vorstellbar, daß sich eine Lage äußerster Dringlichkeit ergibt, in der von einer Regierung Maßnahmen getroffen werden müssen, bevor eine Konsultation mit den anderen möglich ist.

49. Eine weitere Begrenzung liegt in der Schwierigkeit oder besser darin, daß es unklug wäre, im voraus alle die Gegenstände und alle die Situationen zu spezifizieren,

in denen eine Konsultation erforderlich ist, oder die Angelegenheiten, die die NATO angehen, nach Gebieten oder nach Gegenständen von den Angelegenheiten von rein nationalem Interesse zu trennen oder aber die Verpflichtungen und Aufgaben der Konsultation im einzelnen zu definieren. Diese Dinge müssen sich aus der Praxis ergeben. In diesem Prozeß ist die Erfahrung eine bessere Richtschnur als jedes Dogma.

50. Das Wesentliche ist, daß die Mitgliedsregierungen bei allen Gelegenheiten und unter allen Umständen, bevor sie handeln oder noch bevor sie sich äußern, die Interessen und die Erfordernisse der Allianz vor Augen haben müssen. Wenn sie nicht den Wunsch und den Willen haben, dies zu tun, dann sind weder Entschlüsse noch Empfehlungen oder Erklärungen des Rats oder eines Ratsausschusses von großem Wert.

51. In der Annahme jedoch, daß dieser Wille und dieser Wunsch vorhanden sind, werden die nachstehenden Grundsätze und Praktiken auf dem Gebiet der politischen Konsultation empfohlen:

a) Die Mitglieder müssen den Rat von jeder Entwicklung unterrichten, die das Bündnis in bedeutsamer Weise angeht. Sie müssen dies nicht als bloße Formalität, sondern als Vorstufe zu einer wirksamen politischen Konsultation tun.

b) Die einzelnen Mitgliedsregierungen und der Generalsekretär müssen das Recht haben, zur Erörterung im Rat jedes Thema anzuschneiden, das von gemeinsamem Interesse für die NATO ist und nicht rein innerstaatlichen Charakter trägt.

c) Eine Mitgliedsregierung darf ohne angemessene Vorauskonsultation sich zu keiner festen Politik entschließen oder sich zu wesentlichen Dingen äußern, die das Bündnis oder eines seiner Mitglieder in bedeutsamer Weise angehen, es sei denn, daß die Umstände eine derartige vorgängige Konsultation offensichtlich und nachweisbar unmöglich machen.

d) Bei der Gestaltung ihrer Politik sollten die Mitglieder die Interessen und Auffassungen anderer Regierungen, insbesondere der unmittelbar betroffenen, in Rechnung ziehen, soweit diese Interessen und Auffassungen im Rahmen der NATO-Konsultation zum Ausdruck gekommen sind, selbst dann, wenn im Rat keine gemeinschaftliche Auffassung und keine Übereinstimmung erzielt wurden.

e) Ist eine Übereinstimmung erzielt worden, so muß sie bei der Gestaltung der nationalen Politik berücksichtigt werden. Wird aus nationalen Gründen die Übereinstimmung im Rat nicht berücksichtigt, so muß die beteiligte Regierung dem Rat eine Erklärung dafür abgeben. Noch wichtiger ist es, daß, falls sich aus einer Aussprache im Rat eine vereinbarte und formelle Empfehlung ergeben hat, die Regierungen diese bei allen nationalen Maßnahmen oder Handlungen, die mit dem Gegenstand der Empfehlung im Zusammenhang stehen, in vollem Umfange berücksichtigen.

#### B. Jährliche politische Lagebeurteilung

52. Um das Konsultationsverfahren zu festigen, wird empfohlen, daß die Außenminister bei jeder Frühjahrstagung einen Ueberblick über den politischen Fortschritt des Bündnisses geben und prüfen, in welcher Richtung weitergearbeitet werden soll.

53. Um diese Aussprache vorzubereiten, müßte der Generalsekretär einen Jahresbericht vorlegen,

a) in dem die wichtigsten politischen Probleme des Bündnisses analysiert werden;

b) in dem das Ausmaß genannt wird, in welchem die Mitgliedsregierungen bei derartigen Problemen einander konsultiert und zusammengearbeitet haben;

c) der Bericht muß ferner die Probleme und die mög-



lichen Entwicklungen herausstellen, die eine künftige Konsultation erfordern, damit Schwierigkeiten beseitigt und positive, konstruktive Initiativen ergriffen werden können.

54. Ueber die Ständigen Vertreter sollen die Mitgliedsregierungen dem Generalsekretär die Informationen und die Unterstützung, einschließlich der Unterstützung durch Sachverständige, geben, deren er gegebenenfalls bei der Ausarbeitung seines Berichts bedarf.

### C. Vorbereitung politischer Konsultationen

55. Eine wirksame Konsultation erfordert ferner die sorgfältige Planung und Ausarbeitung der Tagesordnung für Ratssitzungen sowohl bei Ministersitzungen als auch bei ständiger Sitzung. Politische Fragen, die zur Erörterung im Rat aufgeworfen werden, sollen soweit wie möglich vorher geprüft und erörtert werden, damit die Vertreter über die nötigen Unterlagen über die Auffassung ihrer eigenen und der anderen Regierungen verfügen. Gegebenenfalls müssen Entwürfe von Entschlüssen im voraus als Unterlage für die Aussprache ausgearbeitet werden. Für die jährliche politische Lagebeurteilung, die im Vorabschnitt erwähnt wurde, wird ebenfalls eine zusätzliche Vorarbeit erforderlich sein.

56. Um die Ständigen Vertreter und den Generalsekretär bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für die politische Konsultation zu unterstützen, sollte dem Rat ein Ausschuss von politischen Beratern aus jeder Delegation beigegeben werden, der, falls erforderlich, durch Sachverständige aus den Hauptstädten ergänzt wird. Er würde unter dem Vorsitz eines vom Generalsekretär ernannten Mitglieds des Internationalen Sachverständigenstabs zusammentreten; zu seinen Aufgaben würden laufende Untersuchungen, wie etwa die Untersuchung über die Tendenzen der sowjetischen Politik, gehören.

### III. Friedliche Regelung von Streitfällen zwischen Mitgliedstaaten

57. Bei der Entwicklung einer wirksamen politischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO ist es von entscheidender Bedeutung, daß ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern vermieden und bei ihrem Auftreten schnell und befriedigend geregelt werden. Die Regelung der Streitfälle ist in erster Linie unmittelbar Aufgabe der beteiligten Mitgliedsregierungen, und zwar nach Artikel 33 der Satzung der Vereinten Nationen und nach Artikel 1 des Nordatlantikvertrags. Um die Zuständigkeit der NATO bei der Behandlung von Streitfällen zu klären, die unmittelbar nicht geregelt werden konnten, und um die NATO in die Lage zu versetzen, erforderlichenfalls bei der Regelung derartiger Streitfälle zu helfen, empfiehlt der Ausschuss, daß der Rat nach Artikel 1 des Vertrages eine Entschliebung der nachstehenden Art annimmt:

a) In der Entschliebung soll die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, jeden Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege zu regeln, erneut bekräftigt werden.

b) Die Mitglieder erklären ihre Bereitschaft, jeden derartigen Streitfall, der nicht unmittelbar geregelt werden konnte, dem Vermittlungsverfahren im NATO-Rahmen vorzulegen, bevor an eine andere internationale Stelle herangetreten wird; ausgenommen sind Rechtsstreitigkeiten, die zur Vorlage an einen Gerichtshof geeignet sind, sowie Streitfälle wirtschaftlicher Natur, für die Regelungsversuche am besten zunächst bei der betreffenden wirtschaftlichen Sonderbehörde unternommen werden.

c) Es werden das Recht und die Pflicht der Mitgliedsregierungen und des Generalsekretärs anerkannt, dem Rat Angelegenheiten vorzulegen, die nach ihrer Auffassung die Solidarität oder Wirksamkeit des Bündnisses bedrohen.

d) Der Generalsekretär wird ermächtigt, seine guten Dienste jederzeit informell den streitenden Parteien anzubieten und mit deren Einverständnis Untersuchungs-, Vermittlungs-, Schlichtungs- oder Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten oder zu erleichtern.

e) Der Generalsekretär wird ferner ermächtigt, falls er es für den in (d) umrissenen Zweck für erforderlich hält, sich der Unterstützung von höchstens drei jeweils von ihm gewählten ständigen Vertretern zu bedienen.

### IV. Parlamentarische Gesellschaften und die Parlamentarier-Konferenz

58. Zu den besten Unterstützern der NATO und ihrer Ziele gehören diejenigen Parlamentsmitglieder, die selbst Gelegenheit hatten, etwas von ihrer Arbeit zu sehen und etwas von ihren Problemen zu hören und den Meinungsaustausch mit ihren Kollegen aus anderen Parlamenten zu pflegen. Insbesondere haben die Bildung nationaler parlamentarischer Gesellschaften sowie die Arbeit der Konferenz der Parlamentsmitglieder aus NATO-Staaten zur Entwicklung einer öffentlichen Unterstützung für die NATO und zur Solidarität ihrer Mitglieder beigetragen.

59. Um eine enge Beziehung der Parlamentarier mit der NATO aufrechtzuerhalten, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

a) daß der Generalsekretär weiterhin die Einrichtungen des NATO-Hauptquartiers der Parlamentarier-Konferenz zur Verfügung stellt und allen Sitzungsvorbereitungen jede nur mögliche Hilfe angedeihen läßt;

b) daß eingeladene Vertreter von Mitgliedsregierungen sowie der Generalsekretär und andere höhere zivile und militärische NATO-Beamte an bestimmten dieser Sitzungen teilnehmen. Auf diese Weise würden die Parlamentarier über die Lage der Allianz und deren Probleme informiert, und der Wert ihrer Aussprache würde erhöht.

## Kapitel 3: Wirtschaftliche Zusammenarbeit

### I. Einleitung

60. Politische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Gegensätze sind unvereinbar. Es muß daher auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet der echte Wunsch zur Zusammenarbeit unter den Mitgliedern vorhanden sein, und es muß eine auf der Anerkennung gemeinsamer Interessen beruhende Bereitschaft zur Konsultation in Fragen von gemeinsamem Interesse bestehen.

61. Diese von den Mitgliedern der NATO geteilten gemeinsamen Wirtschaftsinteressen verlangen:

a) gemeinsame und nationale Maßnahmen zur Schaffung einer gesunden und sich ausweitenden Wirtschaft sowohl zur Förderung des Wohlergehens und des Selbstvertrauens der atlantischen Völker als auch als wesentliche Unterstützung für eine angemessene Verteidigungsanstrengung;

b) die größtmögliche Freiheit des Handels- und Zahlungsverkehrs und der Freizügigkeit von Arbeitskräften und langfristigen Kapitals;

c) Unterstützung wirtschaftlich unterentwickelter Gebiete aus Gründen eines höheren eigenen Interesses und zur Förderung besserer Beziehungen unter den Völkern;

d) eine Politik, die unter den Bedingungen einer konkurrierenden Koexistenz die Ueberlegenheit freier Institutionen bei der Förderung menschlichen Wohlergehens und des wirtschaftlichen Fortschritts beweisen wird.

62. Eine Anerkennung dieser gemeinsamen NATO-Interessen und der kollektiven und individuellen Bemühungen, sie zu fördern, braucht keineswegs enge wirtschaftliche Beziehungen mit Nicht-NATO-Staaten zu präjudizieren. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft wie die politische Zusammenarbeit ist umfassender als in der NATO und muß dies auch bleiben.



Gleichzeitig haben die NATO-Staaten ein Interesse an allen Abmachungen über eine besonders enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gruppen europäischer Mitgliedstaaten. Es müßte möglich sein, und es ist wünschenswert, daß derartige Sonderabmachungen die weiteren Ziele des Artikels 2 unseres Vertrages eher fördern als zu ihnen in Widerspruch stehen, diese Ziele, die für die Stabilität und den Wohlstand nicht nur des nordatlantischen Raumes, sondern der gesamten nicht-kommunistischen Welt von grundlegender Bedeutung sind.

## II. NATO und andere Organisationen

63. Wenn auch die Ziele und Grundsätze des Artikels 2 von größter Bedeutung sind, ist es dennoch nicht erforderlich, daß die Mitgliedstaaten diese Ziele nur durch Maßnahmen im Rahmen der NATO selbst verfolgen. Es wäre nicht im Interesse der atlantischen Gemeinschaft, wenn sich die Arbeit der NATO mit der Arbeit anderer, für bestimmte Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bestimmter internationaler Organisationen überschneiden würde\*. Die Mitglieder der NATO spielen in all diesen Stellen, deren Mitgliedschaft im allgemeinen den verfolgten Zielen gut angepaßt ist, eine wichtige Rolle.

64. Auch scheint es keine wichtigen neuen Gebiete für eine kollektive wirtschaftliche Betätigung zu geben, bei denen die Mitwirkung der NATO selbst erforderlich wäre. Den gemeinsamen Wirtschaftsinteressen der Mitgliedstaaten wird in der Praxis häufig am besten durch ständige vermehrte Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene und im Rahmen anderer Organisationen als der NATO gedient werden. Diese Zusammenarbeit könnte indessen durch eine Konsultation im Rahmen der NATO verstärkt werden, wenn es sich um Wirtschaftsfragen von besonderem Interesse für die Allianz handelt; insbesondere um Fragen, die Auswirkungen politischer Art oder Auswirkungen auf die Verteidigung haben könnten oder welche die wirtschaftliche Gesundheit der gesamten atlantischen Gemeinschaft berühren. Dies wiederum verlangt eine beträchtliche Ausweitung des Informations- und Erfahrungsaustausches im Rahmen der NATO auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Diese wirtschaftliche Konsultation sollte darauf abzielen, eine gemeinsame Auffassung der Mitgliedsregierungen herbeizuführen, wenn es sich um Fragen handelt, die eindeutig mit den politischen und Sicherheitsinteressen des Bündnisses im Zusammenhang stehen. Maßnahmen, die als Folge dieser gemeinsamen Auffassung erforderlich werden, sollten normalerweise durch die Regierungen entweder unmittelbar oder durch andere internationale Organisationen getroffen werden.

65. Die NATO als solche sollte nicht den Versuch machen, mit diesen anderen Organisationen formelle Beziehungen herzustellen; die Abstimmung der Haltung und der Maßnahmen sollte den in den Organisationen vertretenen NATO-Regierungen überlassen bleiben. Auch ist es weder zweckmäßig noch wünschenswert, daß die NATO-Mitglieder in derartigen Organisationen einen „Block“ bil-

den. Dies würde lediglich andere befreundete Regierungen entfremden. Es sollte jedoch im Rahmen der NATO dann eine Konsultation stattfinden, wenn in anderen Organisationen Wirtschaftsfragen von besonderem politischen oder strategischen Interesse für die NATO auftreten, und insbesondere vor Sitzungen, bei denen Versuche gemacht werden könnten, das atlantische Bündnis zu sprengen oder zu schwächen oder seine Interessen zu schädigen.

## III. Konflikte in der Wirtschaftspolitik der NATO-Staaten

66. Die NATO hat ein positives Interesse an der Regelung wirtschaftlicher Streitfragen, die für das Bündnis schädliche politische oder strategische Auswirkungen haben könnten. Diese müssen unterschieden werden von Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Wirtschaftspolitik, die normalerweise durch unmittelbare Verhandlungen oder durch mehrseitige Erörterungen in anderen Organisationen behandelt werden können. Es hätte keinen Zweck, in der NATO lediglich die gleichen Argumente zu wiederholen, die in anderen und fachlich qualifizierteren Organisationen bereits vorgebracht wurden. Es sollte jedoch jedem Mitglied oder dem Generalsekretär freistehen, in der NATO Fragen aufzuwerfen, von denen sie glauben, daß die Prüfung an anderen Orten keinen richtigen Fortschritt macht und daß eine Konsultation im Rahmen der NATO Lösungen erleichtern werde, die zu den Zielen der atlantischen Gemeinschaft beitragen würden. Die Verfahren zur friedlichen Regelung politischer Streitfälle, die im vorausgegangenen Kapitel erörtert wurden, sollten auch für größere Streitfälle wirtschaftlicher Art, die sich zu einer Prüfung im Rahmen der NATO eignen, angewendet werden.

## IV. Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik

67. Ein Gebiet, das für die atlantische Gemeinschaft von besonderer Bedeutung ist, ist das der Wissenschaft und Technik. Während der letzten zehn Jahre hat sich immer deutlicher gezeigt, daß der Fortschritt auf diesem Gebiet bei der Entscheidung über die Sicherheit der Nationen und ihre Stellung in Weltangelegenheiten entscheidend sein kann. Dieser Fortschritt ist ebenfalls von lebenswichtiger Bedeutung, wenn die westliche Welt ihre angemessene Rolle im Zusammenhang mit wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten spielen will.

68. Auf dem allgemeinen Gebiet der Wissenschaft und Technik besteht eine besonders dringende Notwendigkeit zur Verbesserung der Qualität und zu einer Erhöhung des Nachwuchses an Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern. Die Zuständigkeit für die Rekrutierung, Ausbildung und Verwendung wissenschaftlichen und technischen Personals ist in erster Linie eine nationale und nicht eine internationale Angelegenheit. Auch ist dies nicht allein die Aufgabe von nationalen Regierungen. In Mitgliedstaaten mit föderalistischem System spielen die Länder- und Provinzregierungen die wichtigste Rolle, und viele der Universitäten und Hochschulen im atlantischen Raum sind unabhängige Institutionen, die einer eingehenden Regierungskontrolle nicht unterworfen sind. Gleichwohl könnten entsprechend abgestimmte Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit einzelne Mitgliedstaaten dazu anregen, eine positivere Politik einzuschlagen und in einzelnen Fällen sie in eine möglichst konstruktive Richtung zu führen.

69. In diesem Zusammenhang werden bereits bestimmte Arbeiten von anderen Organisationen durchgeführt. Der Fortschritt auf diesem Gebiet ist jedoch so entscheidend für die Zukunft der atlantischen Gemeinschaft, daß die NATO-Mitglieder dafür Sorge tragen sollten, daß jede Möglichkeit einer fruchtbaren Zusammenarbeit geprüft wird. Als erster konkreter Schritt hierfür wird daher

\*) Die wichtigsten Instanzen sind der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), dem alle NATO-Staaten als Voll- oder assoziierte Mitglieder angehören, sowie noch vier weitere: Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT); der Internationale Währungsfonds (IMF); die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD); die Internationale Finanzkorporation (IFC); ferner die verschiedenen sonstigen Dienststellen der Vereinten Nationen, darunter die Wirtschaftskommission für Europa. Verschiedene NATO-Mitglieder sind aktiv an dem Colombo-Plan zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Asien beteiligt. Die meisten Mitglieder sind aktiv an technischen Hilfsprogrammen und ferner an Erörterungen über Vorschläge zur Schaffung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen für Wirtschaftliche Entwicklung (SUNFED) beteiligt.



empfohlen, eine Konferenz einzuberufen, an der aus jedem Staat ein oder höchstens zwei hervorragende Autoritäten von privater oder Regierungsseite teilnehmen, a) um Informationen und Auffassungen über die dringlichsten Probleme der Rekrutierung, Ausbildung und Verwendung von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern auszutauschen sowie die besten lang- und kurzfristigen Mittel zur Lösung dieser Probleme zu prüfen; b) um engere Beziehungen unter den Teilnehmern zu fördern mit dem Ziele eines ständigen Erfahrungsaustausches und einer Förderung der konstruktiven Arbeit in den Mitgliedstaaten; c) um spezifische Maßnahmen für eine künftige internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im Rahmen der NATO oder sonstiger internationaler Organisationen vorzuschlagen.

#### V. Konsultation in Wirtschaftsfragen

70. Es besteht Einvernehmen darüber, daß die atlantische Gemeinschaft ein positives Interesse an der gesunden und beschleunigten Entwicklung in wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten innerhalb und außerhalb des NATO-Raums hat. Der Ausschuß ist indessen der Auffassung, daß die NATO nicht die geeignete Stelle zur Durchführung von Hilfsprogrammen für eine wirtschaftliche Entwicklung oder auch nur für eine systematische Abstimmung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten ist. Was die Mitgliedstaaten tun können und sollen, ist, sich gegenseitig und die Organisation über ihre Programme und Politik auf diesem Gebiet unterrichtet zu halten. Falls erforderlich, sollte die NATO prüfen, ob die bestehenden Maßnahmen im Hinblick auf die Interessen des Bündnisses ausreichen.

71. Die Wirtschaftsinteressen der atlantischen Gemeinschaft können nicht isoliert von den Tätigkeiten und der Politik des sowjetischen Blocks geprüft werden. Die Sowjets bedienen sich nur zu oft Wirtschaftsmaßnahmen, die dazu bestimmt sind, das westliche Bündnis zu schwächen oder in anderen Gebieten einen hohen Abhängigkeitsgrad von der sowjetischen Welt zu schaffen. In dieser Lage ist es jetzt wichtiger denn je, daß die NATO-Staaten aktiv ihre eigene konstruktive Handels- und Finanzpolitik entwickeln. Insbesondere sollten sie vermeiden, Situationen zu schaffen, aus denen die Staaten des Sowjetblocks zum Schaden der atlantischen Gemeinschaft und sonstiger nicht-kommunistischer Staaten Vorteile ziehen könnten. Auf diesem ganzen Gebiet der konkurrierenden wirtschaftlichen Koexistenz sollten die Mitgliedstaaten einander weitergehend konsultieren, um ihren Kurs bewußt und in voller Kenntnis der Sachlage festzulegen.

72. Innerhalb der NATO sind zahlreiche Abmachungen über eine regelmäßige wirtschaftliche Konsultation ausgearbeitet worden. Außerdem sind eine Anzahl von Wirtschaftsfragen auf ad hoc-Grundlage dem Rat zur Prüfung vorgelegt worden. Auf diesem Gebiet ist keine neue Organisation erforderlich. Indessen sollte wegen der Vielzahl der Themen für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch und eine regelmäßige Konsultation im obigen Sinne dem Rat ein Ausschuß von Wirtschaftsberatern beigegeben werden. Dieser Ausschuß sollte damit betraut werden, systematisch die oben umrissenen Fragen vorzuprüfen und die Aufgaben auszuführen, die ihm gegebenenfalls von dem Rat zugewiesen oder von diesem auf Ersuchen des Ausschusses genehmigt werden. Er würde gegebenenfalls weitere Funktionen des Ausschusses der technischen Berater wahrnehmen. Da der Ausschuß nicht voll beschäftigt wäre, könnten die Mitgliedsregierungen normalerweise in ihm durch Beamte vertreten sein, die im wesentlichen mit der Arbeit anderer internationaler Wirtschaftsorganisationen befaßt sind. Die Mitgliedschaft

sollte jedoch elastisch sein, so daß der Ausschuß jeweils aus Spezialisten aus den Hauptstädten für bestimmte zu prüfende Themen besteht.

#### Kapitel 4: Kulturelle Zusammenarbeit

73. Die Menschen und Institutionen der Atlantiknationen muß ein Gemeinschaftsgefühl verbinden. Dies wird nur insoweit vorhanden sein, als ein Bewußtsein für ihr gemeinsames kulturelles Erbe und für die Werte ihrer freien Lebensart und der Gedankenfreiheit vorhanden ist. Es ist daher für die NATO-Staaten wichtig, die kulturelle Zusammenarbeit unter ihren Völkern mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern, um ihre Einheit zu stärken und der Allianz die größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist besonders wichtig, daß diese kulturelle Zusammenarbeit nicht auf den Kontinent beschränkt bleibt. Dies schließt jedoch nicht aus, daß bestimmte Regierungen auf einer begrenzteren mehrseitigen oder gar zweiseitigen Ebene für den Ausbau ihrer eigenen kulturellen Beziehungen im breiteren Atlantik-Rahmen tätig sind. Der Ausschuß begrüßt die Maßnahmen zur kulturellen Zusammenarbeit innerhalb der Atlantikgemeinschaft, die von Privatleuten und nicht der Regierung angehörenden Gruppen in die Wege geleitet worden sind. Diese Maßnahmen müssen gefördert und ausgebaut werden.

74. Zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit regt der Ausschuß an, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten sich von nachstehenden allgemeinen Grundsätzen leiten lassen:

a) Die Tätigkeit der Regierung darf sich mit privaten Bemühungen nicht überschneiden, sondern muß diese unterstützen und ergänzen.

b) Die Regierungen der Mitgliedstaaten geben den Vorhaben den Vorrang, die einer gemeinsamen NATO-Aktion bedürfen, und tragen somit zu einer Stärkung des Gemeinschaftsgefühls bei.

c) bei neuen Bestrebungen auf kulturellem Gebiet kann die NATO die besten Erfolge erzielen, indem sie den Hauptnachdruck auf die Belebung und Förderung transatlantischer Kontakte legt.

d) Die finanziellen Auswirkungen kultureller Vorhaben sind realistisch zu beurteilen.

75. Zur Förderung des Bewußtseins und des Verständnisses für die NATO und die atlantische Gemeinschaft muß der Rat Abmachungen über NATO-Lehrgänge und Lehrerseminare ausarbeiten.

76. Die NATO und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen sonstige erzieherische und verwandte Tätigkeiten weiter ausbauen. Hierzu gehören z. B. Tätigkeiten im Rahmen des Stipendienprogramms der NATO; Schaffung von Lehrstühlen für Atlantische Studien; Einrichtung von Gastlehrstühlen; von der Regierung geförderte Programme für den Austausch von Persönlichkeiten, insbesondere auf transatlantischer Grundlage; Benutzung von NATO-Informationsmaterial in Schulen; Einführung besonderer NATO-Prämien für Studenten.

77. Die einzelnen Regierungen müssen engere Beziehungen zwischen der NATO und Jugendorganisationen aktiv fördern, und dem Internationalen Sachverständigenstab muß in diesem Zusammenhang ein Sachbearbeiter beigegeben werden. Konferenzen von Vertretern von Jugendorganisationen sind nach dem Vorbild der Konferenz vom Juli 1956 von Zeit zu Zeit unter der Schirmherrschaft der NATO abzuhalten.

78. Zur Erleichterung häufigerer Fühlungen zwischen den Völkern der NATO-Staaten müssen die Regierungen ihre Devisenpolitik sowie sonstige Maßnahmen, die Reisen in andere Staaten beschränken, überprüfen und nach Möglichkeit ändern.



79. In Anbetracht der Wichtigkeit, die der Förderung eines besseren Verständnisses und des guten Willens unter den NATO-Bediensteten beizumessen ist, ist es wünschenswert, im Zusammenwirken mit den militärischen Stellen den Austausch dieses Personals über den Rahmen normaler Ausbildungsprogramme hinaus zu erweitern. Die Regierungen könnten zunächst auf bilateraler Grundlage an die Verwirklichung dieses Austausches herangehen. Ferner müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten die Unterstützung der Atlantikvertrags-Gesellschaft und sonstiger freiwilliger Organisationen beim weiteren Ausbau dieses Austausches suchen.

80. Kulturelle Vorhaben, die dem gemeinsamen Nutzen dienen, müssen gemeinsam finanziert werden. Vereinbarte kulturelle Vorhaben, die von einer einzigen Mitgliedsregierung oder privaten Organisationen eingeleitet werden, wie z. B. das kürzlich in Oxford abgehaltene Seminar oder die von der Atlantikvertrags-Gesellschaft geförderte Studienkonferenz über „Die Aufgabe der Schule in der atlantischen Gemeinschaft“ müssen von der NATO finanzielle Unterstützung erhalten, wenn dies zur Ergänzung nationaler Hilfsmittel erforderlich ist.

### Kapitel 5: Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Informationswesens

81. Die Völker der Mitgliedstaaten müssen über die NATO unterrichtet sein, wenn sie diese unterstützen sollen. Sie müssen daher nicht nur über die Bestrebungen, sondern auch über ihre Leistungen unterrichtet werden. Der Inhalt für ein wirksames NATO-Informationsprogramm sowie die Mittel zu seiner Ausführung müssen vorhanden sein. Die Öffentlichkeit muß weitestgehend über die wichtigen Ergebnisse unterrichtet werden, die auf dem Wege der Konsultation im Rahmen der NATO erzielt worden sind.

82. Die Informationstätigkeit der NATO sollte sich in erster Linie an die öffentliche Meinung in dem Gebiet der NATO richten. Gleichzeitig ist es erforderlich, daß außerhalb des Gebiets der NATO Verständnis für die Ziele und Ergebnisse der Organisation besteht, wenn die NATO auf Wohlwollen stoßen will und wenn sie will, daß ihre Tätigkeit nicht falsch ausgelegt wird.

83. Die wichtige Aufgabe der Erläuterung und der Berichterstattung über das Wirken der NATO obliegt in erster Linie den nationalen Informationsbehörden. Sie können diese Aufgabe nicht ausüben, wenn die Mitgliedsregierungen keine genügenden Vorkehrungen zu diesem Zweck in ihren nationalen Programmen treffen. Es ist daher von allergrößter Bedeutung, daß diese Vorkehrungen getroffen werden. Die NATO kann und soll die nationalen Regierungen bei dieser Arbeit unterstützen. Die Förderung der Unterrichtung über die NATO und die atlantische Gemeinschaft sowie die Förderung des Verständnisses der Öffentlichkeit für sie müßten in der Tat ein gemeinsames Anliegen der Organisation und ihrer Mitglieder sein.

84. Es sollte eine der Funktionen der NATO sein, die Tätigkeit der nationalen Informationsstellen auf Gebieten, die alle interessieren, zu koordinieren. Die Regierungen sollten ihre Erfahrungen und Ansichten im Rahmen der NATO vereinen, um Unterschiedlichkeiten in der Bewertung und der Schwergewichtsfestlegung zu vermeiden. Dies ist besonders wichtig hinsichtlich der Verbreitung von Informationen über die NATO in anderen Staaten. Eine koordinierte Politik muß den defensiven Charakter unserer Allianz und die Bedeutung ihrer nicht-militärischen Seiten unterstreichen. Sie sollte sich ebenfalls auf die Beantwortung einer gegen die NATO gerichteten Propaganda und die Untersuchung kommunistischer Schritte und Äußerungen, die sich auf die NATO auswirken, erstrecken.

85. Die NATO-Informationsabteilung muß ihrerseits von den Regierungen sowohl die Mittel als auch deren Unterstützung erhalten, ohne die sie nicht in der Lage sein würde, diese neuen Aufgaben auszuüben — und auch nicht dazu aufgefordert werden sollte.

86. Zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen der NATO-Informationsabteilung und den nationalen Informationsstellen werden die folgenden besonderen Maßnahmen empfohlen:

a) Jede nationale Informationsbehörde sollte einen Beamten als Verbindungsmann zur NATO ernennen, der auch für die Verbreitung des NATO-Informationsmaterials zuständig sein würde.

b) Die Regierungen sollten der NATO die entsprechenden Informationsprogramme, deren Ausführung sie planen, zur Erörterung durch den Informations- und Kulturausschuß vorlegen. An diesen Erörterungen müßten Vertreter der nationalen Informationsbehörden teilnehmen.

c) Im Rahmen des Haushalts der NATO-Informationsabteilung sind Mittel für einen Uebersetzungsfonds bereitzustellen, damit NATO-Informationsmaterial für einen angemessenen Bedarf der Mitgliedsregierungen in andere Sprachen als die Amtssprachen der Allianz übersetzt werden kann.

d) Auf Ersuchen soll die NATO den nationalen Behörden besondere Untersuchungen über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zur Verfügung stellen.

87. Die von der NATO veranstalteten Journalistenreisen sollten erweitert werden, damit andere Personen, die sich in Stellungen befinden, in denen sie Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben, wie Gewerkschafts- und Jugendführer, Lehrer und Vortragsredner, beteiligt werden können. Engere Beziehungen zwischen privaten Organisationen, welche die NATO fördern, und der NATO-Informationsabteilung sollten ebenfalls unterstützt werden.

### Kapitel 6: Organisation und Funktionen

88. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die NATO in ihrer gegenwärtigen Form die von ihr verlangten nicht-militärischen Funktionen erfüllen kann. Strukturelle Änderungen sind nicht erforderlich. Die Maschinerie arbeitet zufriedenstellend. Es ist Sache der Regierungen, sie zu benutzen.

89. Gleichwohl werden bestimmte Verbesserungen in den Verfahren und in der Arbeitsweise der Organisation erforderlich werden, wenn die Empfehlungen dieses Berichts voll verwirklicht werden sollen. Die Vorschläge in diesem Kapitel sollen diesem Zweck dienen.

#### A. Ratssitzungen

90. Den Minister-Konferenzen sollte mehr Zeit eingeräumt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sonst wichtige Probleme der Tagesordnung nicht ausreichend geprüft werden können. Entscheidungen über einige dieser Probleme werden überhaupt nicht getroffen oder lediglich in unklarer Form erzielt.

91. Es sollten Bemühungen in die Wege geleitet werden, um eine Erörterung und nicht die Abgabe im voraus ausgearbeiteter politischer Erklärungen zu fördern. Die Vorbereitungen für die Sitzungen sollten mit diesem Ziel im Auge getroffen werden. Für die meisten Tagungen sollte die Anzahl der Anwesenden scharf beschränkt werden. Um eine freie Erörterung zu erleichtern, sollte eine konsequente Uebertragung in eine der Amtssprachen durch Dolmetscher der jeweiligen Delegationen vorgesehen werden, falls die Minister nicht Französisch oder Englisch zu sprechen wünschen.

92. Außenminister-Konferenzen sollten stattfinden, wann immer es erforderlich ist; gelegentlich auch außerhalb des NATO-Hauptquartiers. Die Minister könnten ferner



häufiger an den normalen Ratssitzungen teilnehmen, selbst wenn nicht alle von ihnen gleichzeitig an den Sitzungen teilnehmen können. Der Rat der Ständigen Vertreter kann wirksame Entscheidungen treffen: mit anderen Worten, der Rat als solcher hat die gleichen Befugnisse, wenn die Regierungen durch ihre Minister oder durch ihre Ständigen Vertreter vertreten sind. Es sollte also keine feste oder formelle Trennung zwischen Minister- oder sonstigen Sitzungen des Rats geben.

#### *B. Festigung der Verbindungen zwischen dem Rat und den Mitgliedsregierungen*

93. Für die in diesem Bericht vorgesehene Art der Konsultationen ist es unerlässlich, daß die Ständigen Vertreter in der Lage sind, mit voller Autorität zu sprechen und die Auffassung ihrer Regierungen wiederzugeben. Die Unterschiede in der geographischen Lage und im verfassungsmäßigen Aufbau machen einheitliche Maßnahmen in allen Mitgliedsregierungen unmöglich. In einigen Fällen wäre es vielleicht wünschenswert, einen hohen Beamten in der betreffenden Hauptstadt in erster Linie mit NATO-Angelegenheiten zu befassen. Damit würden einerseits die Konsultationen im Rahmen der NATO in den Fällen gefördert, in denen die nationale Politik sich auf die gemeinsamen Interessen der atlantischen Gemeinschaft auswirkt, und andererseits könnten die Ergebnisse dieser Konsultationen innerhalb der einzelnen Regierungen in wirksame Maßnahmen umgesetzt werden.

94. Um eine möglichst enge Verbindung zwischen der jeweiligen Auffassung in den Regierungen und Konsultationen im Rat sicherzustellen, wären gelegentliche Ratssitzungen unter Beteiligung besonders benannter Beamter oder der Ständigen Leiter der Außenministerien zweckmäßig.

#### *C. Vorbereitung der Ratssitzungen*

95. Die Punkte auf der Tagesordnung der Minister-Sitzungen müssen von den Ständigen Vertretern sorgfältig geprüft, und vor der Minister-Sitzung müssen einschlägige Vorschläge ausgearbeitet werden. Hierfür kann es gegebenenfalls wünschenswert sein, daß Regierungen Sachverständige in höherem Range entsenden, um über die Punkte der Tagesordnung zu beraten, bevor die Sitzung stattfindet.

96. Die Ausarbeitung von Fragen zur Erörterung im Rat sollte unter entsprechender Hinzuziehung der Ratsausschüsse der politischen und Wirtschafts-Berater erfolgen (Empfehlungen über die Bildung dieser Ausschüsse befinden sich in Kapitel 2, Absatz 56, und Kapitel 3, Absatz 72).

97. Bei Konsultationen über besondere Gegenstände sollten in stärkerem Maße Sachverständige aus den Hauptstädten herangezogen werden, um die Ständigen Vertretungen auf ad hoc-Grundlage bei der vorbereitenden Arbeit zu unterstützen. Informelle Erörterungen unter Sachverständigen mit gleichartigem Aufgabengebiet sind ein besonders wertvolles Mittel, die Haltung der Regierungen in den frühen Stadien der Politikformung aufeinander abzustimmen.

98. Die Mitgliedsregierungen sollten sich über die NATO „Grundmaterial“ zur Information über die Vorgeschichte des Problems gegenseitig zur Verfügung stellen. Dies würde dem Bündnis in seiner Gesamtheit bei der Prüfung von Problemen von gemeinsamem Interesse hel-

fen und die einzelnen Regierungen dabei unterstützen, die Gründe zu verstehen für die Haltung, die von einem Mitgliedstaat gegenüber einem bestimmten Problem eingenommen wird, für das er sich besonders interessiert, das aber auch in verschiedenem Ausmaße andere NATO-Mitglieder angeht.

#### *D. Der Generalsekretär und der Internationale Sachverständigenstab*

99. Um es der Organisation zu ermöglichen, ihren vollen Beitrag zu leisten, muß die Rolle des Generalsekretärs und des Internationalen Sachverständigenstabes weiter ausgebaut werden.

100. Es wird empfohlen, daß der Generalsekretär bei den Minister-Sitzungen ebenso wie jetzt bei den anderen Sitzungen den Vorsitz führt. Eine derartige Aenderung im Hinblick auf die Geschäftsordnung des Rates würde sich zwangsläufig aus den neuen Aufgaben des Generalsekretärs, die sich aus den Empfehlungen dieses Berichts ergeben, ableiten lassen. Sie wäre ferner gerechtfertigt durch die einzigartigen Gelegenheiten des Generalsekretärs, sich mit den Problemen und der Arbeit des Bündnisses in seiner Gesamtheit vertraut zu machen.

101. Es wäre jedoch auch jetzt noch wünschenswert, jedes Jahr einen Minister zum Ratspräsidenten in der gegenwärtigen alphabetischen Reihenfolge zu wählen. Dieser Minister würde als Präsident weiterhin während und zwischen den Minister-Sitzungen einen besonders engen Kontakt mit dem Generalsekretär haben und würde, wie zur Zeit, bei allen formellen Gelegenheiten als Sprecher des Rats auftreten. Er würde ferner bei der formellen Eröffnungs- und Schlußsitzung der Minister-Tagungen des Rats den Vorsitz führen.

102. Ferner:

a) muß der Generalsekretär veranlaßt werden, der NATO Themen zur Konsultation auf den in diesem Bericht erwähnten Gebieten vorzuschlagen; er muß für die Förderung und Leitung des Konsultationsverfahrens verantwortlich sein;

b) müssen angesichts dieser Aufgaben die Mitgliedsregierungen sich verpflichten, den Generalsekretär durch ihre Ständigen Vertretungen in vollem Umfange und ständig über die Auffassung ihrer Regierungen in Fragen von gemeinsamem Interesse für das Bündnis auf dem laufenden zu halten;

c) wird auf die zusätzlichen Aufgaben des Generalsekretärs hingewiesen, die im Zusammenhang mit der jährlichen politischen Lagebeurteilung (Kapitel 2, Absatz 52) und der friedlichen Regelung von Streitfällen (Kapitel 2, Absatz 57) empfohlen werden.

103. Das wirksame Funktionieren der NATO hängt weitgehend von der Leistungsfähigkeit, der Hingabe und der Dienstfreudigkeit ihres Sekretariats ab. Eine Annahme der Empfehlungen dieses Berichts würde das Sekretariat mit neuen Aufgaben und mit neuer Verantwortung belasten. Die Regierungen müssen daher bereit sein, dem Internationalen Sachverständigenstab jede notwendige Unterstützung in finanzieller und personeller Hinsicht zu gewähren. Falls dies nicht geschieht, werden die Empfehlungen des Berichts, selbst wenn sie von den Regierungen angenommen werden, niemals befriedigend durchgeführt werden können.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 238 vom 28. Dezember 1956.



## Vertrag zwischen der Sowjetunion und Polen vom 17. Dezember 1956 über den rechtlichen Status der zeitweilig in Polen befindlichen sowjetischen Truppen

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Polnischen Volksrepublik

haben in Uebereinstimmung mit der am 18. November 1956 in Moskau unterzeichneten gemeinsamen Erklärung beschlossen, diesen Vertrag zu schließen, und haben zu diesem Zweck ihre Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, D. T. Schepilow, den Minister für Verteidigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, G. K. Shukow;

die Regierung der Polnischen Volksrepublik den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Polnischen Volksrepublik, A. Rapacki, den Minister für nationale Verteidigung der Polnischen Volksrepublik, M. Spychalski;

die nach Austausch ihrer in guter Ordnung und gehöriger Form befundenen Vollmachten im folgenden übereingekommen sind.

### Artikel 1

Der zeitweilige Aufenthalt sowjetischer Truppen in Polen kann in keiner Hinsicht die Souveränität des polnischen Staats berühren und kann nicht zu ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Polnischen Volksrepublik führen.

### Artikel 2

1. Die zahlenmäßige Stärke der zeitweilig in der Polnischen Volksrepublik befindlichen sowjetischen Truppen und ihre Dislozierungsorte werden auf Grund besonderer Abkommen zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Polnischen Volksrepublik bestimmt werden.

2. Bewegungen der sowjetischen Truppen auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik außerhalb ihrer Dislozierungsstellen werden in jedem einzelnen Fall des Einverständnisses der Regierung der Polnischen Volksrepublik oder der von ihr ermächtigten polnischen Machtorgane bedürfen.

3. Uebungen und Manöver der sowjetischen Truppen außerhalb ihrer Dislozierungsorte erfolgen entweder auf Grund der mit den polnischen Machtorganen vereinbarten Pläne oder mit dem jeweiligen Einverständnis der Regierung der Polnischen Volksrepublik oder der von ihr ermächtigten polnischen Machtorgane.

### Artikel 3

Die auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen sowjetischen Truppen, die zu ihrem Bestand gehörenden Personen und die Familienangehörigen dieser Personen sind verpflichtet, die Vorschriften der polnischen Gesetze zu respektieren und zu befolgen.

### Artikel 4

1. Die Angehörigen der sowjetischen Truppen, die sich auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befinden, tragen die ihnen zustehende Uniform und besitzen und führen Waffen gemäß den in der Sowjetarmee bestehenden Bestimmungen.

2. Die Automobile und Motorräder der sowjetischen Truppeneinheiten müssen die Registrierungsnummer und ein deutliches Erkennungszeichen tragen. Die Registrierungsnummern und Erkennungszeichen werden vom Kommando der sowjetischen Truppen festgesetzt und den zuständigen polnischen Stellen zur Kenntnis gebracht.

3. Die zuständigen polnischen Stellen erkennen die Führerscheine, die den Personen, die zum Bestand der auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen sowjetischen Truppen gehören, von den zuständigen sowjetischen Stellen ausgestellt wurden, ohne Prüfung und ohne Gebühren als gültig an.

### Artikel 5

Die Bestimmungen über Fahrten der sowjetischen Truppeneinheiten wie auch der zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörenden Personen und der Familienangehörigen dieser Personen nach Polen oder aus Polen, die mit ihrem Aufenthalt auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik verbundenen Fragen wie auch die Art der betreffenden Dokumente werden durch ein besonderes Abkommen der Vertragschließenden Partner bestimmt.

### Artikel 6

Der Modus und die Bedingungen der Benutzung von Kasernenvierteln, Flugplätzen, Uebungsfeldern, Schießplätzen nebst Ausrüstungen und Anlagen, Einrichtungen, Transport- und Fernmeldemitteln, elektrischer Energie, Kommunal- und Handelsdiensten durch die sowjetischen Truppen einschließlich der Vergütungsbedingungen werden durch besondere Abkommen der zuständigen Stellen der Vertragschließenden Partner bestimmt.

### Artikel 7

Für den Bau von Häusern, Flugplätzen, Straßen, Brücken, beständigen Radioanlagen einschließlich der Bestimmung ihrer Frequenzen und ihrer Leistungsfähigkeit an den Dislozierungsstellen der sowjetischen Truppen ist das Einverständnis der zuständigen polnischen Machtorgane erforderlich. Solches Einverständnis ist auch für die Errichtung ständiger Stellen zur sozialen Betreuung der zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörenden Personen außerhalb der Dislozierungsstellen der sowjetischen Truppen erforderlich.

### Artikel 8

Im Falle der Räumung der von den sowjetischen Truppen benutzten Kasernenviertel, Flugplätze, Uebungsfelder und Schießplätze nebst ortsfesten Ausrüstungen und An-



lagen werden diese Objekte den polnischen Behörden in brauchbarem Zustand zurückgegeben werden.

Die Fragen, die mit der Uebergabe der von den sowjetischen Truppen auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik geräumten Objekte, darunter von den sowjetischen Truppen erbauter Objekte, an die polnischen Machorgane verbunden sind, werden durch besondere Abkommen bestimmt werden.

#### *Artikel 9*

Die Fragen der Jurisdiktion, die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik verbunden sind, werden auf folgende Weise geregelt:

1. Bei Verbrechen oder Vergehen, die von zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörenden Personen oder von ihren Familienangehörigen auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik begangen wurden, werden in der Regel die polnischen Gesetze angewandt und wirken polnische Gerichte, die polnische Staatsanwaltschaft und andere für die Fragen der Ahndung von Verbrechen und Vergehen zuständige polnische Organe.

Verbrechen, die von sowjetischen Militärpersonen begangen wurden, werden von der Militärstaatsanwaltschaft untersucht und von Organen der Militärjustiz der Polnischen Volksrepublik behandelt.

2. Die Bestimmungen des ersten Punktes des vorliegenden Artikels werden nicht angewandt:

a) in Fällen, wo von Personen, die zum Bestand der sowjetischen Truppen gehören, oder ihren Familienangehörigen Verbrechen oder Vergehen nur gegen die Sowjetunion sowie gegen zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörende Personen oder ihre Familienangehörigen begangen wurden;

b) im Falle, daß von zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörenden Personen Verbrechen oder Vergehen bei der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten begangen wurden.

Für die in den Unterpunkten (a) und (b) angegebenen Fälle sind sowjetische Gerichte und andere auf Grund der sowjetischen Gesetze wirkende Organe zuständig.

3. Die zuständigen sowjetischen und polnischen Stellen können einander ersuchen, die Jurisdiktion hinsichtlich einzelner in diesem Artikel vorgesehener Personen zu übergeben oder zu übernehmen. Solche Ersuchen werden wohlwollend geprüft werden.

#### *Artikel 10*

Im Falle von Verbrechen gegen die auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen sowjetischen Truppen sowie gegen zu ihrem Bestand gehörende Militärpersonen werden die Schuldigen die gleiche Verantwortung tragen wie bei Verbrechen gegen polnische Streitkräfte und polnische Militärpersonen.

#### *Artikel 11*

1. Die zuständigen sowjetischen und polnischen Stellen werden einander Hilfe jeder Art erweisen einschließlich rechtlicher Hilfe in den Fragen der Ahndung von Verbrechen und Vergehen, die in den Artikeln 9 und 10 dieses Vertrages erwähnt sind.

2. Ein besonderes Abkommen der Vertragschließenden Parteien wird die Prinzipien und den Modus der Hilfe-

leistung, von der im Punkt eins dieses Artikels die Rede ist, bestimmen.

#### *Artikel 12*

Auf Ersuchen der zuständigen polnischen Machorgane wird eine zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörende Person, die sich der Verletzung der polnischen Rechtsordnung schuldig gemacht hat, vom Territorium der Polnischen Volksrepublik abberufen werden.

#### *Artikel 13*

1. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist einverstanden, der Regierung der Polnischen Volksrepublik den materiellen Schaden, der dem polnischen Staat durch Handlungen oder Versäumnisse der sowjetischen Truppeneinheiten oder einzelner Personen aus deren Bestand verursacht werden kann, wie auch den Schaden, der durch sowjetische Truppeneinheiten oder Personen aus deren Bestand bei der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten polnischen Institutionen und Bürgern oder auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen Bürgern dritter Staaten verursacht werden kann, zu ersetzen — in beiden Fällen in der Höhe, die auf Grund der erhobenen Ansprüche und unter Berücksichtigung der Bestimmungen der polnischen Gesetze durch eine gemäß Artikel 19 dieses Vertrages gebildete gemischte Kommission festgesetzt wird.

Streitfälle, die sich aus den Verpflichtungen der sowjetischen Truppeneinheiten ergeben können, unterliegen ebenfalls der Prüfung durch eine gemischte Kommission nach den gleichen Grundsätzen.

2. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist auch einverstanden, der Regierung der Polnischen Volksrepublik den Schaden zu ersetzen, der polnischen Institutionen und Bürgern oder auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen Bürgern dritter Staaten durch Handlungen oder Versäumnisse von Personen aus dem Bestand der sowjetischen Truppen nicht bei Ausübung der dienstlichen Obliegenheiten wie auch durch Handlungen oder Versäumnisse von Familienangehörigen von Personen aus dem Bestand der sowjetischen Truppen verursacht wurde: in beiden Fällen wird die Höhe des Schadenersatzes von einem zuständigen polnischen Gericht festgesetzt auf Grund der Ansprüche, die an die Personen, welche den Schaden verursacht haben, erhoben werden.

3. Der Schadenersatz wird von der sowjetischen Seite im Laufe von drei Monaten nach der Entscheidung der gemischten Kommission oder nach dem Inkrafttreten des Gerichtsentscheids geleistet werden.

Die laut den Entscheidungen der gemischten Kommission oder des Gerichts zu zahlenden Summen werden den betroffenen Personen und Institutionen von den zuständigen polnischen Stellen ausgefolgt werden.

4. Ansprüche auf Schadenersatz, die bis zum Inkrafttreten dieses Vertrages nicht befriedigt wurden, werden von der gemischten Kommission geprüft werden.

#### *Artikel 14*

1. Die Regierung der Polnischen Volksrepublik ist einverstanden, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Schaden zu ersetzen, der dem Eigentum der auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen sowjetischen Truppeneinheiten und zum Bestand der sowjetischen Truppen gehören-



den Personen durch Handlungen oder Versäumnisse polnischer Staatsinstitutionen verursacht werden kann; die Höhe des Schadenersatzes wird durch die gemäß Artikel 19 dieses Vertrages gebildete gemischte Kommission auf Grund der erhobenen Ansprüche und unter Berücksichtigung der Bestimmungen der polnischen Gesetze festgesetzt.

Streitfälle, die sich aus den Verpflichtungen der polnischen Staatsinstitutionen gegenüber den sowjetischen Truppeneinheiten ergeben können, sind ebenfalls von einer gemischten Kommission nach den gleichen Grundsätzen zu entscheiden.

2. Die Regierung der Polnischen Volksrepublik ist auch einverstanden, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Schaden zu ersetzen, der auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen sowjetischen Truppeneinheiten, zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörenden Personen und Familienangehörigen dieser Personen durch Handlungen oder Versäumnisse polnischer Bürger verursacht wurde; die Höhe des Schadenersatzes wird vom polnischen Gericht auf Grund der Ansprüche festgesetzt, die an die Personen, die den Schaden verursacht haben, erhoben werden.

#### Artikel 15

1. Die Verkehrswege, die Fristen, das Verfahren und die Bedingungen der Vergütung für die Durchfahrt von sowjetischen Truppen und von militärischem Eigentum durch die Polnische Volksrepublik wie auch für die militärischen Transporte innerhalb der Polnischen Volksrepublik werden durch besondere Abkommen geregelt.

2. Die Bestimmungen dieses Vertrages, unter anderem die Bestimmungen, die die Jurisdiktion und die Verantwortung für den verursachten Schaden betreffen, werden gegenüber den sowjetischen Truppen, die auf dem Transitwege die Polnische Volksrepublik passieren, angewandt werden.

#### Artikel 16

Die Fragen der Handhabung der in Polen geltenden Steuer-, Zoll- und Devisenbestimmungen wie auch der Bestimmungen über die Ein- und Ausreise gegenüber den auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik befindlichen sowjetischen Truppen, den zu ihrem Bestand gehörenden Personen und deren Familienangehörigen werden durch besondere Abkommen geregelt.

#### Artikel 17

Zwecks gebührender Regelung der mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen in Polen zusammenhängenden laufenden Fragen bestimmen die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Polnischen Volksrepublik ihre Bevollmächtigten für die Fragen des Aufenthaltes sowjetischer Truppen in Polen.

#### Artikel 18

Bei der Auslegung dieses Vertrages gilt als „zum Bestand der sowjetischen Truppen gehörende Person“

- a) eine Militärperson der Sowjetarmee;
- b) eine Zivilperson, die Sowjetbürger ist und in sowjetischen Truppeneinheiten in der Polnischen Volksrepublik beschäftigt ist.

„Dislozierungsart“ ist ein den sowjetischen Truppen zur Verfügung gestelltes Territorium einschließlich des Stationierungsortes der Truppeneinheiten nebst Übungsfeldern, Schießübungsplätzen, Artillerieschießplätzen und anderen Objekten, die von diesen Einheiten benutzt werden.

#### Artikel 19

Für die Entscheidung der Fragen, die mit der Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages und der in diesem Vertrag vorgesehenen Abkommen verbunden sind, wird eine sowjetisch-polnische gemischte Kommission gebildet, in welche jede der Vertragschließenden Parteien drei Vertreter entsendet.

Die gemischte Kommission wird auf Grund der von ihr beschlossenen Regeln wirken.

Sitz der gemischten Kommission wird Warschau sein.

Sollte die gemischte Kommission nicht imstande sein, eine ihr zugewiesene Frage zu entscheiden, so ist diese Frage innerhalb einer möglichst kurzen Frist auf diplomatischem Wege zu entscheiden.

#### Artikel 20

Dieser Vertrag unterliegt der Ratifizierung und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Moskau stattfinden wird, in Kraft.

#### Artikel 21

Dieser Vertrag bleibt für die Zeit des Aufenthaltes sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Polnischen Volksrepublik in Kraft und kann mit dem Einverständnis der Vertragschließenden Partner abgeändert werden.

Dieser Vertrag ist in Warschau am 17. Dezember 1956 in zwei Exemplaren, jedes Exemplar in russischer und polnischer Sprache, ausgefertigt worden, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

Zu Urkund dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

In Vollmacht	In Vollmacht
der Regierung der Union der	der Regierung der
Sozialistischen Sowjetrepubliken	Polnischen Volksrepublik
D. Schepilow	A. Rapacki
G. Shukow	M. Spychalski

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn). Beilage zu Nr. 1 vom 1. Januar 1957.



## Zeittafel vom 16. bis zum 31. Dezember 1956

## Die Ereignisse in Europa

## Deutschland

17. Zur Frage der Aufnahme von Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen erklärt die *Politisch-Soziale Korrespondenz*, die Bundesregierung sei bereit, diese Frage auf Grund der letzten politischen Entwicklung zu prüfen. Am Anfang eines deutsch-polnischen Gesprächs könne niemals die Erörterung der Oder-Neiße-Linie stehen. Die Bundesregierung sei bereit, die Frage der Grenzziehung bei Friedensverhandlungen realistisch zu behandeln, sie könne aber keinen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete aussprechen. Daß auch in Polen eine vorläufige Ausklammerung der Grenzfragen für angebracht gehalten werde, berichtet am 28. Dezember in Hamburg der von einer Reise durch Polen zurückgekehrte SPD-Bundestagsabgeordnete Hellmut Kalbitzer. Er erklärt, führende polnische Politiker hätten mehrfach ihrem Wunsche nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Ausdruck gegeben.
19. Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, erklärt auf einer Funktionärskonferenz der SPD in Bonn, die Ereignisse des November 1956 hätten die Brüchigkeit des Systems der militärischen Blockbildungen auf beiden Seiten erwiesen und die Weltdiskussion über einen neuen und besseren Weg zur Sicherheit in Fluß gebracht. Darin könne man selbst bei nüchternster Betrachtung der Lage etwas mehr Hoffnung für die deutsche Wiedervereinigung sehen.
20. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß erläutert auf einer Pressekonferenz die geplante Gliederung der deutschen Verteidigungskräfte. Diese sollen aus mobilen Verbänden, einer bodenständigen Landesverteidigung und einer Heimatluftverteidigung bestehen; dazu komme eine zivile Verteidigung, die dem Bundesinnenministerium unterstehen und nur auf Freiwillige zurückgreifen werde. Strauß gibt ferner bekannt, daß der amerikanische Verteidigungsminister eine schrittweise Ausrüstung der NATO-Truppen mit Mehrzweckwaffen zugesagt habe, aus denen sowohl herkömmliche als auch atomare Geschosse eingesetzt werden können. Am 23. Dezember erklärt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler in einem Interview mit dem *Neuen Journal*, er halte ein Freiwilligenheer von 200 000 Mann für ausreichend, ein Gegengewicht gegen die Streitkräfte der Sowjetzone zu bilden. Ein umfassender Angriff der Sowjetunion selbst könne durch die Bundeswehr ohnehin nicht aufgehalten, sondern nur durch das politische Risiko einer solchen Aktion abgeschreckt werden. Erler versichert, daß die SPD im Falle eines Wahlsieges die Verträge einhalten und die Bundeswehr beibehalten werde.

Der Landtag des Saarlandes beschließt bei Stimmenthaltung der zwei kommunistischen Abgeordneten die Streichung der bisherigen Präambel der Verfassung, in welcher die politische Trennung der Saar

von Deutschland und der wirtschaftliche Anschluß an Frankreich verankert waren.

In Ost-Berlin und Prag wird eine gemeinsame Erklärung der Zentralkomitees der SED und der KPČ veröffentlicht, die bei den Besprechungen von Delegationen beider Parteien am 9. und 10. Dezember beschlossen wurde (vgl. Zeittafel in EA 1/1957, Tschechoslowakei). Darin bekräftigen beide Parteien die Treue ihrer Länder zum Warschauer Vertrag, billigen die sowjetische Intervention in Ungarn und versichern die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei ihres Wunsches zur Fortsetzung der Zusammenarbeit. In scharfen Worten wendet sich die Erklärung gegen „Versuche, die marxistische Arbeiterbewegung durch eine Einteilung in Stalinisten und Nichtstalinisten zu spalten“. Es dürfe keine Verletzung der Grundsätze des proletarischen Internationalismus zugelassen werden; die beiden Parteien seien sich einig über die Notwendigkeit der „festen Geschlossenheit und Einheit der sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze“.

21. Bundeskanzler Adenauer teilt auf seiner Pressekonferenz mit, die Bundesregierung erwäge schon seit einiger Zeit, die deutsche Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen; man wolle jedoch dafür einen günstigen Zeitpunkt abwarten. Zu den Vorwürfen der Opposition, daß die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung ausschließlich auf die NATO festgelegt sei, erklärt der Kanzler, es komme Bewegung in die bisher statische Weltpolitik, und daraus seien viele Entwicklungen für Deutschland möglich.

Der Bundesrat ratifiziert einstimmig die deutsch-französischen Verträge über die Rückgliederung der Saar, die Kanalisierung der Mosel und den Oberrhein-Seitenkanal. Mit 26 gegen 12 Stimmen billigt der Bundesrat das Gesetz über die Dauer der Wehrdienstzeit (12 Monate).

22. Bundeskanzler Adenauer empfängt den sowjetischen Botschafter, A. A. Smirnow, zu einer längeren Unterredung, um die dieser nachgesucht hatte. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, wird vom Bundesgerichtshof wegen landesverräterischer Fälschung und landesverräterischer Konspiration zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.
27. Der indische Premierminister, Jawaharlal Nehru, führt auf seiner Rückreise von Amerika auf dem Düsseldorfer Flughafen ein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer. In anschließenden Erklärungen vor der Presse betonen beide Staatsmänner ihre Zufriedenheit über diesen Meinungsaustausch, dessen Fortsetzung sie erhoffen. Adenauer erklärt, sie stimmten in ihren Ansichten über die politische Weltlage vollkommen überein.
30. Der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, empfiehlt in einem Leitartikel im Parteiorgan *Neues*



*Deutschland* als Weg zur Wiedervereinigung die Annäherung der beiden deutschen Staaten, der „später eine Zwischenlösung in Form der Konföderation oder Föderation“ folgen könne, bevor es möglich werde, „wirklich demokratische Wahlen“ zu erreichen. Dazu sei jedoch Voraussetzung die „Aenderung des politischen Kräfteverhältnisses in Westdeutschland“. Im Hinblick auf die Unruhe in intellektuellen Kreisen der DDR erklärt Ulbricht, man müsse „den Studenten helfen, ihre Ueberheblichkeit zu überwinden und wieder auf festen Boden zu kommen“. Die Ereignisse in Ungarn hätten gezeigt, wohin es führe, wenn man Angehörige der Intelligenz, die unter bürgerlichem Einfluß stehen, „ungehindert ihre Zersetzungstätigkeit durchführen“ lasse. Dies sei eine Lehre für das ganze deutsche Volk, und auch „einige jugoslawische Genossen“ sollten daraus ihre Schlußfolgerungen ziehen.

#### Frankreich

18. In der außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung unterzieht Pierre *Mendès-France* die Außenpolitik der Regierung einer eingehenden Kritik. Durch das britisch-französische Eingreifen im Mittleren Osten sei das Interesse der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten an der Erhaltung des status quo im arabischen Raum verletzt worden, und der kulturelle Einfluß Frankreichs habe einen schweren Schlag erlitten. Die Sowjetunion habe gleichzeitig eine ungeheure Gelegenheit zur Einflußnahme erhalten. *Mendès-France* kritisiert die durch die Intervention hervorgerufene Schwächung der Atlantischen Allianz. Für die Zukunft schlägt er die Vertiefung der Freundschaft mit Israel und — auf die Nordafrikapolitik eingehend — die Gewährung der Unabhängigkeit für Algerien innerhalb einer von Tunesien, Algerien und Marokko gewünschten, an Frankreich angelehnten Föderation des Maghreb vor. Auf diese Weise würde Frankreich eine mächtige nordafrikanische Bastion erhalten und seine Prestige wiedererlangen. — Ministerpräsident *Guy Mollet* befaßt sich in seiner Regierungserklärung eingehend mit der Europapolitik. Eine gemeinsame europäische Politik könne seiner Meinung nach erst dann entwickelt werden, wenn vorher eine Gemeinschaft der Interessen geschaffen sei. Die Euratom-Gemeinschaft und der Gemeinsame Markt würden zwei wichtige Faktoren in dieser Richtung darstellen. Durch die Verträge würden die Grundlagen für ein „Eurafrika“ gelegt werden. — Mit 325 gegen 210 Stimmen bei 36 Enthaltungen billigt die Nationalversammlung nach Abschluß der Debatte eine Entschließung, in der sie eine internationale Verwaltung oder gleichwertige Garantien für die freie Durchfahrt durch den Suezkanal, eine Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen, eine Festigung des Atlantischen Bündnisses und einen raschen Abschluß der in Vorbereitung befindlichen Verträge über die europäische Integration fordert.

#### Griechenland

19. Die Regierung gibt bekannt, sie habe den von Lord *Radcliffe* im Auftrage der britischen Regierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf für Cypern abge-

lehnt (vgl. Zeittafel in EA 1/1957), weil er dem cypriotischen Volk nicht das Selbstbestimmungsrecht gewähre und weder demokratisch noch liberal sei, da er dem Gouverneur praktisch uneingeschränkte Befugnisse einräume.

#### Großbritannien

19. Veröffentlichung eines Weißbuchs über den von Lord *Radcliffe* ausgearbeiteten Verfassungsentwurf für Cypern. Danach soll ein zukünftiges Parlament aus 24 griechischen und 6 türkischen gewählten Vertretern sowie 6 ernannten Mitgliedern ein Kabinett mit einem Ersten Minister bestellen. Die Ressorts der Außenpolitik und der inneren und äußeren Sicherheit würden dem Gouverneur unterstellt sein. Kolonialminister *Alan Lennox-Boyd* erklärt im Unterhaus, die britische Regierung erkenne das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Cyperns grundsätzlich an. Wenn die politische und strategische Lage es erlaube und die Selbstverwaltung zur Zufriedenheit arbeite, sei die Regierung bereit, dem türkischen wie dem griechischen Bevölkerungsteil die Entscheidung über seinen zukünftigen Status zu überlassen, wobei auch die Möglichkeit einer Teilung des Landes bestehe.
29. Die Regierung von Nordirland verbietet die beiden irischen nationalistischen Parteien Sinn Féin und Fianna Uladh.

#### Jugoslawien

27. In der Haushaltsdebatte der Nationalversammlung erklärt der Verteidigungsminister, General *Iwan Gosniak*, daß die Verteidigungsausgaben im Jahre 1957 158,5 Milliarden Dinar (156 Milliarden im Vorjahr) betragen würden und Jugoslawien wegen der veränderten militärischen und politischen Lage von jetzt ab bemüht sein werde, ohne ausländische Militärhilfe auszukommen.

#### Luxemburg

27. Das Parlament billigt mit 41 gegen 3 Stimmen den Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg über die Moselkanalisierung.

#### Oesterreich

19. Der amerikanische Vizepräsident, *Richard M. Nixon*, trifft als persönlicher Vertreter des Präsidenten Eisenhower zu einem dreitägigen Besuch ein, um sich über die Lage der ungarischen Flüchtlinge zu informieren.

#### Polen

17. Der sowjetische Außenminister, *Dimitri T. Schepilow*, und Verteidigungsminister Marschall *Grigori Schukow* einerseits und der polnische Außenminister, *Adam Rapacki*, und Verteidigungsminister General *Marian Spychalski* andererseits unterzeichnen einen Vertrag über die Rechtsstellung der in Polen stationierten sowjetischen Truppen. (Vgl. den Wortlaut auf Seite 9572 dieser Folge.)
29. Zum Abschluß von zehntägigen Besprechungen zwischen einer Delegation des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens unter Leitung des Mitglieds des Exekutivkomitees des Zentralkomitees, *Svetozar Vukmanovic-Tempo*, und einer Delegation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei unter Leitung des Mit-



glieds des Politbüros des Zentralkomitees Roman *Zambrowski* wird in einem Kommuniké erklärt, daß beide Seiten der Ansicht sind, verschiedene Länder könnten auf verschiedenen Wegen zum Sozialismus gelangen, womit die Entwicklung zum Sozialismus bereichert würde.

31. In einer Neujahrsbotschaft gibt der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, *Wladyslaw Gomulka*, der Hoffnung Ausdruck, daß Polen im kommenden Jahre amerikanische Wirtschaftshilfe erhalten werde.

#### Sowjetunion

24. Abschluß einer fünftägigen Tagung des Zentralkomitees der KPdSU, auf der u. a. Ministerpräsident *Bulganin* über die Erfolge der Wirtschaft der Sowjetunion im Rahmen des Fünfjahrplans berichtet. In einer Resolution wird angekündigt, daß der Wirtschaftsplan für das Jahr 1956 übererfüllt sein werde. Auf der Grundlage der Priorität der Schwerindustrie seien die industrielle Produktion um 11 vH und die Konsumgüterproduktion um 9 vH gestiegen. Infolge ernsthafter Mängel in der Planung sei das Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt worden, und auch in der Herstellung von Metall-erzeugnissen, Holz und Zement sowie bei der Kohle-förderung sei das Plansoll nicht erreicht worden. Die Schwerindustrie müsse auch in Zukunft bevorzugt werden, um die kapitalistischen Staaten in ihrer Produktion pro Kopf der Bevölkerung zu überholen. Die Dezentralisierung der Wirtschaft solle fortgesetzt werden. Abschließend wird die Entwicklung im kapitalistischen Teil der Welt untersucht und festgestellt, daß das kapitalistische System immer mehr seine Unstabilität und seinen historischen Verfall offenbart habe.
25. Der stellvertretende Ministerpräsident *M. G. Perwuchin* wird an Stelle von *M. S. Saburow* zum Vorsitzenden der Staatlichen Wirtschaftskommission ernannt.
31. Der Erste Sekretär der KPdSU, *N. S. Chruschtschow*, wendet sich in einem der tschechischen Zeitung *Rudé právo* gewährten Interview gegen die von „Feinden der Arbeiterklasse“ propagierte Idee des Nationalkommunismus und unterstreicht die große Bedeutung und Notwendigkeit der Einheit und Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien, denn nur in ihr liege die unbesiegbare Stärke der sozialistischen Länder. Auch

die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit der Volksdemokratien müsse verbessert werden. Chruschtschow schließt mit der Feststellung, daß er in der Haltung gegenüber den westlichen Imperialisten immer Stalinist geblieben sei.

#### Türkei

16. Der britische Kolonialminister, *Alan Lennox-Boyd*, trifft sich in Istanbul mit Ministerpräsident *Adnan Menderes* und erläutert den von *Lord Radcliffe* im Auftrage der britischen Regierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf für Cypern (vgl. Großbritannien). Menderes gibt am 20. Dezember bekannt, daß die Regierung den Entwurf als Diskussionsgrundlage annehme.

#### Ungarn

18. Die Regierung übermittelt der österreichischen Regierung eine Note, in der sie sich über die Verhinderung des Besuchs der Flüchtlingslager durch ungarische Vertreter beschwert, obwohl Vertreter anderer Länder zugelassen seien. Gleichzeitig wird die Repatriierung aller Jugendlichen gefordert, die ohne Einwilligung ihrer Eltern das Land verlassen haben, da diese nach den Grundsätzen des Völkerrechts nicht als politische Flüchtlinge betrachtet werden könnten.

#### Vatikan

23. In einer Weihnachtsbotschaft erklärt Papst *Pius XII.*, das Blut, das kürzlich von einem gefolterten Volke vergossen worden sei, sollte die zögernden Geister überzeugen, daß die Beziehungen zu denjenigen, welche die gemeinsamen absoluten Werte ablehnen, auf das Mindestmaß des Behördenverkehrs beschränkt bleiben müßten. Angesichts eines Feindes, der entschlossen sei, allen Völkern seine eigene unduldsame Lebensform aufzuzwingen, sei eine starke und einmütige Haltung nötig. Auf die Arbeit der Organisation der Vereinten Nationen eingehend, fordert der Papst die Suspendierung der Mitgliedsrechte von Staaten, die Beobachter der Vereinten Nationen ablehnen, und die Ausstattung der Organisation der Vereinten Nationen mit politischen und militärischen Machtmitteln, die für die Sicherung des Friedens ausreichen. In der Abrüstungsfrage sei die Zustimmung zu einer Kontrolle aller betroffenen Staaten der entscheidende Punkt, in welchem jede Nation die Aufrichtigkeit ihres Friedenswillens beweisen könne.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

22. Die britischen und französischen Truppen verlassen Port Said und Port Fuad. Die beiden Städte werden von der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen übernommen.
27. Die Einheiten der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen verlassen Port Said und Port Fuad, nachdem sie die beiden Städte ägyptischen Polizeikräften übergeben haben. Die Bergungsflotte der Vereinten Nationen beginnt mit der Räumung des Suezkanals.

##### Tunesien

22. In einer Rundfunksprache teilt Ministerpräsident *Habib Bourguiba* mit, daß er den stellvertretenden Ministerpräsidenten *Beni Ladgham* am 21. Dezember nach Paris entsandt habe, um Verhandlungen über die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Frankreich aufzunehmen. Bourguiba gibt gleichzeitig seiner Hoffnung Ausdruck, daß das algerische Problem in kurzer Zeit einer vernünftigen und gerechten Lösung zugeführt wird, die enge Beziehungen zwischen Frankreich und Nordafrika möglich machen würden.



**AMERIKA**

**Kanada**

21. Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, trifft zu einem zweitägigen Staatsbesuch ein und führt einen politischen Meinungsaustausch mit Premierminister Louis St. Laurent und Außenminister Lester B. Pearson. In einem Fernsehinterview erklärt Nehru, die Tragödien in Ägypten und Ungarn hätten bewiesen, wie schwierig es ist, die alten kolonialistischen Grundsätze wieder auferstehen zu lassen. Ungarn habe bewiesen, daß sogar eine Großmacht nicht in der Lage sei, einem schwachen Lande auf die Dauer ihren Willen aufzuzwingen. Zur Algerienfrage führt er aus, daß er seit längerer Zeit eine Geste Frankreichs erwarte.

**Vereinigte Staaten**

- 16.—20. Staatsbesuch des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*. Auf einer Pressekonferenz erklärt Nehru, er habe die amerikanische Außenpolitik für starrer gehalten, als sie in Wirklichkeit sei. Für Indiens Politik der Allianzfreiheit habe er nicht nur Verständnis, sondern sogar eine gewisse Anerkennung gefunden. Indien wünsche für die Durchführung seines zweiten Fünfjahrplanes langfristige Anleihen. Nehru begrüßt die Entwicklung in der Sowjetunion seit dem Tode Stalins. Er habe Präsident *Eisenhower* auch über seine Besprechungen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten *Tschu En-lai* berichtet. Auf die Kaschmirfrage eingehend, bezeichnet Nehru Pakistan als Angreifer. Eine Volksabstimmung könne erst nach dem Rückzug der pakistanischen Truppen abgehalten werden. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß Nehru und Präsident *Eisenhower* an drei Tagen in Washington und an einem Tag auf der Farm des Präsidenten in Gettysburg in völlig unformeller Atmosphäre Gelegenheit zu umfassenden, freimütigen Gesprächen über gemeinsam interessierende Probleme gehabt hätten. In den Besprechungen sei ein größeres gegenseitiges Verständnis für die Politik des anderen Landes erzielt worden.
18. Außenminister John F. *Dulles* betont auf einer Pressekonferenz, daß die Vereinigten Staaten keine Absicht hätten, ihre Truppen in Europa zu reduzieren. Die geplante Umformung der amerikanischen Divisionen werde nur eine Anpassung an die moderne Kriegführung und nicht eine Verminderung ihrer Kampfkraft hervorrufen. Dulles hält den Vorschlag eines Rückzugs der amerikanischen und der sowjetischen Truppen in Europa nicht für praktisch. Die Vereinigten Staaten hätten nicht die Absicht, die osteuropäischen Staaten, falls diese die Freiheit wiedererlangen sollten, gegen die Sowjetunion auszurichten. Diese Staaten sollten vielmehr in Freiheit leben und keinem militärischen Block angehören.

**ASIEN**

**Indien**

30. Von Pakistan kommend, unterbricht der chinesische Ministerpräsident *Tschu En-lai* seine Reise und führt Besprechungen mit Premierminister Jawaharlal *Nehru*.

**Irak**

16. Ministerpräsident *Nuri es-Said* erklärt in einer Rundfunkansprache, daß Präsident *Nasser* zwar seinerzeit das Recht des Irak auf einen Beitritt zum Bagdadpakt voll anerkannt habe, anschließend aber eine Kampagne der Lügen und falschen Beschuldigungen gegen den Irak gerichtet habe. Said warnt vor einer Gefährdung der arabischen Welt durch die Sowjetunion und den Kommunismus.

**Israel**

19. Vor dem Parlament unterstreicht Ministerpräsident *David Ben Gurion* die Entschlossenheit Israels, unter keinen Umständen in die Rückkehr „der ägyptischen Angreifer“ in das Gebiet von Gaza einzuwilligen.

**Japan**

20. Tanzan *Ischibaschi* wird vom Unterhaus als Nachfolger des zurückgetretenen *Ichiro Hatoyama* zum Ministerpräsidenten gewählt. Seinem am 23. Dezember gebildeten Kabinett, in dem er selbst das Verteidigungsministerium übernimmt, gehören u. a. an: als Außenminister Nobosuke *Kishi*, als Finanzminister Hayato *Ikeda* und als Außenhandels- und Industrieminister Mikio *Mizuta*.
26. Ministerpräsident Tanzan *Ischibaschi* teilt auf einer Pressekonferenz mit, er wolle demnächst nach den Vereinigten Staaten reisen, und es könnten gewisse Änderungen in den Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten erwartet werden. Japan solle versuchen, eine Brücke zwischen Ost und West zu bilden.

**Pakistan**

24. Anlässlich eines Staatsbesuchs unterzeichnen der chinesische Ministerpräsident *Tschu En-lai* und Premierminister Hussein *Subrawardi* eine gemeinsame Erklärung, in der festgestellt wird, „daß die Verschiedenheiten in den politischen Systemen von Pakistan und China und die auseinandergehenden Auffassungen über manche Probleme die Stärkung der Freundschaft zwischen den beiden Ländern nicht behindern sollten“.
30. Auf einer Pressekonferenz lehnt Außenminister Malik *Firoz Khan Noon* auf Grund der Erfahrungen der letzten drei Jahre weitere direkte Verhandlungen mit Indien über das Schicksal Kaschmirs ab. Pakistan habe den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angerufen, und er selbst werde in der nächsten Sitzung Pakistan vertreten.

**Internationale Organisationen\***

**Die Organisation der Vereinten Nationen**

18. Die Vollversammlung billigt einstimmig den Beitritt Japans zur Organisation der Vereinten Nationen.
19. Die Vollversammlung wählt Kolumbien, Irak und Schweden in den Sicherheitsrat; Peru, Persien und Belgien scheiden aus. Für drei Jahre werden Finn-

land, Mexiko, Pakistan, Polen, das Vereinigte Königreich und die Sowjetunion in den Wirtschafts- und Sozialrat sowie Indien und Haiti in den Treuhandschaftsrat berufen.

\*) Vgl. hierzu auch die auf Seite 9581 bis 9586 dieser Folge erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Dezember.



## Bücher und Broschüren

Annuaire Européen. European Yearbook. Vol. II. Publiés sous les Auspices du Conseil de l'Europe. La Haye: Martinus Nijhoff 1956. XX, 727 S. Lw. DM 40,15.

Mit diesem zweiten Bande ist das Unternehmen des „Annuaire Européen“ zu einem zentralen Handbuch für alle Studien über die Organisationen und Ansätze der europäischen Integration geworden. Der erste Band hatte Artikel und Dokumente vornehmlich über Organisation und Tätigkeit der OEEC, des Europarats, der Montanunion und des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung gebracht; er hatte eine detaillierte Chronologie über die Tätigkeit dieser Organisationen von 1948 bis 1953 geboten und eine umfassende Bibliographie aller Schriften zur Frage der europäischen Einigung begonnen. Der zweite Band vervollständigt diese Bestandsaufnahme, indem er die im ersten Band fehlenden Regionalpakete in Europa seit ihrer Gründung behandelt und die schon im ersten Band behandelten wichtigsten Institutionen in ihrer Tätigkeit während des Jahres 1954 verfolgt.

Der Band besteht wiederum aus drei Teilen. Der erste enthält u. a. Aufsätze von M. H. Jaspars, Réalisations dans le domaine de la coopération Benelux; G. Petrén, Scandinavian Co-operation; D. Ninčič, The Balkan-Pacts; L. Marchal, The Consultative Assembly of the Council of Europe and the political problem of European defense; A. H. Robertson, The creation of Western European Union; M. van der Goes van Naters, L'Histoire de la Sarre en documents; Y. Biclet, L'Union européenne des paiements; V. M. Dean, American policy on European integration; M. Beloff, The Russian view of European Integration.

Der zweite Teil bringt alle wichtigen Dokumente zur Gründung und Wirksamkeit der Regionalpakete, jeweils eine Chronologie ihrer Tätigkeit von der Gründung bis Ende 1954 und Texte sowie Chronologien der größeren europäischen Organisationen für das Jahr 1954.

Der dritte Teil führt die begonnene Bibliographie aller Schriften zur Frage der europäischen Einigung fort.

Dr. Walter Lipgens

Binder, Paul: USA und wir. Wirtschaft — Außenhandel — Politik. Stuttgart: Verlag Dr. Heinrich Seewald 1956. 111 S. Lw. DM 7,80.

Der Verfasser, der dem Vorstand der deutschen Gruppe von CEPES, der Europäischen Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung, angehört, hat dieses Buch geschrieben, weil es trotz der recht umfangreichen Amerika-Literatur kaum eines gebe, das in knapper und übersichtlicher Weise die Fragen behandelt, die den wirtschaftlichen und politischen Partner der USA direkt angehen. Aus diesem Grunde hat Binder hier einen Versuch unternommen, vor allem diejenigen wirtschaftlichen und politischen Fragen zu untersuchen, die die Beziehungen zwischen Amerika und der deutschen Bundesrepublik betreffen. Sehr begrüßenswert und gelungen sind die von Binder angestellten Vergleiche zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Lebensstandard und der Versuch einer Antwort auf die Frage, worauf die höhere Produktivität der amerikanischen Wirtschaft beruhe. Die Frage, ob Deutschland auf dem amerikanischen Markt konkurrenzfähig sei, beantwortet Binder positiv, betont jedoch, daß dies zunächst nur auf die Konkurrenzfähigkeit auf ausländischen Märkten zutreffe. Etwas ganz anderes sei, ob Westdeutschland auch auf dem amerikanischen Markt in Konkurrenz treten kann. Dort müsse zuerst einmal in einem entscheidenden Maße Fuß gefaßt werden. Dies sei der Weg, den der Amerikaner respektiere und der ihn zu einer engeren Zusammenarbeit veranlassen werde.

Die amerikanische Demokratie bezeichnet Binder als den am festesten gefügten politischen Systemen zugehörig. Er begründet dies ausführlich, gelangt später jedoch zu der Einschränkung, daß die gegenwärtige politische Geisteshaltung in den USA als neurotisch bezeichnet werden müsse. Der Haß gegen den Kommunismus entspringe der Hilflosigkeit gegen diese Bedrohung. Es gebe wohl auch kein Land der Erde, in dem die Angst vor der Atombombe größer sei

als in den USA. An drei Beispielen demonstriert Binder schließlich, daß die Amerikaner dazu tendierten, den Tatsachen nicht offen ins Gesicht zu blicken, sondern ihnen auszuweichen. Es existiere auch ein Mangel an Bereitschaft, die Außenwelt in ihrer Eigenständigkeit sehen zu wollen. Auf ihm beruhe auch die Tendenz der Amerikaner, die Angehörigen anderer Nationen politisch erziehen zu wollen. Auf die Frage schließlich, ob die USA stark genug seien, wagt Binder keine eindeutige Antwort. Er sieht die Problematik der amerikanischen Außenpolitik. Nicht zuletzt deshalb ist es erfreulich und verdienstvoll, daß dieses Büchlein geschrieben wurde.

E. W.

Brandt, Leo: Staat und friedliche Atomforschung. Köln — Opladen: Westdeutscher Verlag 1956. 52 S. DM 3,90.

Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten. Band III: Der Ausbruch des Krieges 1939. Freiburg: Verlag Herder; Freiburg — München: Verlag Karl Alber 1956. X, 441 S. (Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, hrsg. von Professor Dr. Michael Freund). Lw. DM 28,—; kart. DM 24,50.

Die ersten beiden Bände dieses kommentierten Quellenwerkes hatten die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges vom Frühjahr 1938 bis Ende Juli 1939 gezeichnet (vgl. EA 6—7/1956, S. 8737). Der vorliegende dritte Band bringt die Geschichte des Kriegsausbruches im engeren Sinne, vom 1. August bis zum 1. September 1939. Er enthält wiederum mehr als zweihundert Dokumente im Wortlaut, ausgewählt aus den veröffentlichten Akten der deutschen, britischen, amerikanischen und italienischen Auswärtigen Ämter, geschickt ergänzt aus der gewaltigen Flut der inzwischen erschienenen Farbbücher und Memoiren. Wiederum hat der Herausgeber die Dokumente mit ausführlichen Kommentaren versehen und durch einen darstellenden Text miteinander verbunden. Es ist dem Herausgeber gelungen, die unverkennbaren (und auch von ihm nicht verkannten) Gefahren dieser Verbindung von Aktenpublikation und Darstellung in diesem Bande auf ein Minimum zu reduzieren; je begrenzter der behandelte Zeitraum, um so detaillierter und objektiver wird jede Geschichtsschreibung. Erschüttert folgt man, vom 15. August an beinahe minütlich, dem genau erfaßten Geschehen und der Erbärmlichkeit der Akteure in einem Augenblick, in dem „eine Welt zu sinken begann“.

Dr. Walter Lipgens

Rewriting Russian History. Soviet Interpretations of Russia's Past. Edited by C. E. Black. Published for the Research Program on the U.S.S.R. New York: Frederick A. Praeger 1956. XV, 413 S.

Rizor, Kurt: Der Vertragsentwurf über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft. Entwicklung, Systematik und Kritik. Ein Beitrag zur Frage der europäischen Einigung. Göttingen 1955. IX, 191 Bl. (Dissertation). (Maschinenschrift).

Das Sowjetsystem in der heutigen Welt. München: Isar Verlag 1956. 279 S. (Schriften des Auslands- und Dolmetscherinstituts der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Gernersheim, Band II).

Dieser vom Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz herausgegebene Band umfaßt neun Vorträge, die sich mit der gegenwärtigen geistig-politischen und wirtschaftlichen Situation des Sowjetsystems, seinem historisch-ideologischen Ursprung und seiner Zukunft im Blick auf die übrige Welt befassen. Die Vorträge, teilweise von den einzelnen Referenten noch nachträglich ergänzt und mit Anmerkungen und Literaturangaben versehen, wurden anläßlich der ersten „Auslandswissenschaftlichen Studienwoche“ des Instituts im Januar 1956 gehalten und bilden zusammen mit dem Nachwort und einem Diskussions-Bericht von Prof. Karl Thieme eine gute und vielseitige Uebersicht über die gegenwärtige Stellung der Sowjetunion in der Welt. Prof. Hans



von Rimscha befaßt sich in seinem Referat („Wesenszüge der Revolution Lenins 1917–1921“) vor allem mit der hinter der Oktoberrevolution von 1917 stehenden geistigen Kraft der bolschewistischen Idee, vorangetragen und mit rücksichtsloser Energie durchgeführt von Lenin. Rimscha macht an Hand einiger Beispiele deutlich, wie auf vielen Gebieten, so der Landwirtschaft, der Außenpolitik usw., die Entwicklung völlig anders verlief, als Lenin vorausgesehen hatte; im Gegensatz zu Stalin habe er es aber verstanden, durch eine staatsmännische Leistung das Chaos nach der Revolution zu überwinden und die Grundlagen für ein neuartiges Staatswesen zu schaffen. Dr. Erik Boettcher zeichnet in einem ausgezeichneten Ueberblick die „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur der Sowjetunion in ihrem Werden“ nach. In diesem Aufsatz, der über den Rahmen eines gewöhnlichen Referates hinausgeht, wird die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Sowjetunion aus ihrer geschichtlichen, soziologischen und ideologischen Entwicklung heraus dargestellt und die Gründe dargelegt, deretwegen sich das Land in einer echten Krisensituation auf dem Gebiete der Wirtschaft befindet. Von der „Entwicklung der sowjetischen Kirchenpolitik“ handelt der Vortrag von Dr. Roman Rössler. Nach ihm lassen verschiedene kirchenpolitische Ereignisse in der Sowjetunion der jüngsten Zeit auf eine erneute Verbesserung der Stellung der orthodoxen Kirche schließen. Zu Recht wird dabei von Rössler hinzugefügt, daß die Kirche eine wichtige Rolle bei der Durchführung der Politik der Koexistenz spielt; auch hier sei die Politik der Sowjetregierung gegenüber der Kirche nicht ohne Bezug auf die eigenen Zielsetzungen zu verstehen. Prof. F. W. Neumann gibt einen aufschlußreichen Ueberblick über „Die Entwicklung der russischen Literatur unter dem Sowjetregime“, deren gegenwärtiges Niveau durch die jedes freie Schaffen der Schriftsteller einengenden Parteivorschriften bedauerlich tief ist. Für das Gebiet der Außenpolitik schließen sich fünf Vorträge an, von denen drei („Innenpolitik und Staatsaufbau der Sowjetunion nach Stalins Tod“, „Die Satellitenstaaten der Sowjetunion und das Problem des Titoismus“ und „Die Außenpolitik der Sowjetunion und das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands“) durch Prof. Walter Meder gehalten wurden. Sie alle befassen sich — ergänzt durch die sorgfältige Analyse Prof. Georg von Rauchs („Grundlinien der sowjetischen Außenpolitik“) — mit der Frage nach Zweck und Ziel der sowjetischen Außenpolitik und der sie bedingenden internen Auseinandersetzung in der Partei- und Staatsführung. Die von Meder aufgestellten Thesen über die Führungskräfte in der Sowjetunion selbst und die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands durch seine Neutralisierung sind, wenn auch nicht unwiderlegbar, so doch anregend und als Beitrag für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen nützlich. Die Reihe der Vorträge wird abgeschlossen durch ein von Dr. Paul Mikat gehaltenes Referat über das Thema „Koexistenz als Problem“. Nach Mikat kann es zur Zeit eine Koexistenz zwischen Ost und West nicht geben, was aber — und darin kann ihm nur zugestimmt werden — den Westen nicht von der Verpflichtung entheben soll, die Voraussetzungen dazu, vor allem und zunächst im eigenen Lager, schon heute zu schaffen.

Dr. C. Gasteyer

The Suez Canal. A Selection of Documents relating to the International Status of the Suez Canal and the position of the Suez Canal Company, November 30,

1854-July 26, 1956. Published under the auspices of The Society of Comparative Legislation and International Law. London: Stevens & Sons, Ltd.; New York: Frederick A. Praeger Inc. 1956. VI, 76 S. £ —/10/6.

Wandruszka, Adam: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie. Stuttgart: Friedrich Vieweg Verlag 1956. 228 S. DM 11,80.

Auf engstem Raum hat hier einer der jungen österreichischen Historiker mit einem Bekenntnis zu seinem Lehrer Heinrich Ritter von Srbik eine Lücke im modernen historischen Schrifttum gefüllt. Da die letzte „Geschichte“ des Hauses Habsburg vor mehr als einhundert Jahren verfaßt wurde, die überdies nur bis Maximilian I. reichte, erschien ein neuer Versuch unter Berücksichtigung der jüngsten Forschungsergebnisse dringend geboten. Wandruszka hat diese Aufgabe mit wissenschaftlicher Akribie glänzend gemeistert. Er betont, daß das Haus Habsburg dem Gesetz seiner Herkunft aus dem Herzraum Europas treu geblieben sei. Dabei sei die Parallelität zwischen der Machtentfaltung dieses Hauses und der Weltgeltung des europäischen Kontinentes auffallend. Die drei Jahrhunderte von der ersten Hälfte des sechzehnten bis zur ersten Hälfte des neunzehnten seien die Jahrhunderte der europäischen wie der habsburgischen Machtfülle. Der Rückbildungsprozeß der habsburgischen Macht sei gleichzeitig mit der Machtverlagerung aus dem kontinental-europäischen Raum zu den Flankenmächten, nach England, Rußland und Amerika, verlaufen. Der Erste Weltkrieg, der Europas Machtverfall besiegelte, brachte auch das Ende der habsburgischen Herrschaft. Wandruszka verweist auch darauf, daß die Dynastie, deren Mitglieder im Laufe der Jahrhunderte in lateinischer, deutscher, französischer, spanischer, italienischer und ungarischer Sprache miteinander korrespondierten, die politischen Ideen und geistigen Strömungen vieler europäischer Völker in ihre eigene Familientradition eingeschmolzen haben; die mittelalterliche Reichsidee und den nationaldeutschen Humanismus, burgundisches Rittertum und die spanische Ideenwelt der Glaubens- und Blutsreinheit, die politisch-religiösen Gedanken der Gegenreformation und des Barock, der italienischen Aufklärung und der französischen Physiokraten, der deutschen Klassik und Romantik und schließlich sogar jene des ethnischen Nationalgedankens ostmitteleuropäischer Prägung. Gleichzeitig wird mit falschen Klischeevorstellungen von den Habsburgern aufgeräumt. Den aktuellen Wert einer Beschäftigung mit dieser Dynastie begründet der Verfasser schlüssig im Fazit seines Buches mit folgenden Darlegungen: „Die habsburgische Geschichte ist in einem besonderen, umfassenden Sinn nicht nationale, sondern europäische Geschichte. Der Ausgleich west-östlicher und nord-südlicher Spannung war diesem Geschlecht von seinen Ursprüngen her immer wieder aufgegeben. In Verwirklichung und Scheitern, in Leistung und Versagen ist gerade von den Habsburgern ein ungeheurer Schatz europäischer Erfahrung eingebracht worden — gleichsam ein Gegenstück zu den von den Angehörigen aller europäischen Nationen geschaffenen Kunstschätzen, die das kunstsinigste Geschlecht im Laufe der Jahrhunderte gesammelt hat. In der Fruchtbarmachung dieser Erfahrungen für die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben Europas mag wohl auch ein aktueller Wert der Beschäftigung mit der Geschichte der europäischen Dynastie der Habsburger liegen.“

E. W.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionselle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1957 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43,50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.



# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Januar 1957

7. Jahrgang — Nr. 1

## Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1956

### NEUJAHRSBOTSCHAFTEN

Am Montag, dem 31. Dezember, um 23.55 Uhr, wurde die traditionelle Neujahrsbotschaft des Europarates vom Sender Straßburg übertragen. Der luxemburgische Außenminister und derzeitige Vorsitzende des Ministerkomitees, Herr Josef Bech, und der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand Dehousse, richteten je eine kurze Botschaft an die Europäer, anschließend ertönten die Glocken des Straßburger Münsters.

Diese Sendung wurde über die Programme des französischen, belgischen und luxemburgischen Rundfunks direkt übertragen. In den entsprechenden Sprachen erfolgte dann die Übertragung in Österreich, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Großbritannien und über Radio Lausanne.

Nachstehend die Texte der beiden Botschaften:

Herr Josef Bech:

„Im Laufe des vergangenen Jahres hat die Einheit Europas Fortschritte gemacht. Die in Arbeit befindlichen Projekte versprechen für das Jahr 1957 die Verwirklichung von Vorhaben, die für die europäische Gemeinschaft vielleicht von entscheidender Bedeutung sein werden.

Angesichts der Gefahren, denen die Völker und Staaten unseres Kontinents im vergangenen Jahre ausgesetzt waren, müssen die Regierungen mehr als je zuvor ihrem Willen zur Einheit Ausdruck geben.

Europa wird geschaffen, wenn jedes Land Opfer für die gemeinsame Sache zu bringen bereit ist. Nur so können die Sicherheit unserer Länder, ihre Freiheit und ihr Wohlstand gewährleistet werden.

Dieser Geist der Solidarität möge unsere Handlungen im kommenden Jahre leiten! Dies ist der herzliche Wunsch, den ich im Namen des Ministerkomitees des Europarats aussprechen möchte.“

Herr Fernand Dehousse:

„Leider kann ich heute nicht mit Befriedigung feststellen, daß in keinem Teil der Welt ein bewaffneter Konflikt herrsche. Mein Vorgänger konnte zu Neujahr 1955 aus ehrlichem Herzen den Wunsch nach einer Abrüstung aussprechen, die den Frieden endgültig sichern würde. Aber das Jahr 1956 hat diese Hoffnungen nicht erfüllt, es endet in einer gestörten Atmosphäre, in einer Welt voll Angst und Ungewißheit.

Dürfen wir deshalb aber pessimistisch sein?

Ich glaube es nicht und bin sogar vom Gegenteil überzeugt. Der Mensch wird immer der Herr seines Geschicks bleiben, und in dieser Stunde ist unser Geschick die Schaffung eines geeinten Europa, welches unseren Wohlstand und den Frieden sichern wird.

Ich fordere Sie alle auf, uns mit Ihrer tätigen Zustimmung zu unterstützen. Ich fordere Sie auch auf, mit Ihren Gedanken bei denen zu verweilen, welche die Freiheit kannten und sie verloren. Nur eine gemeinsame Anstrengung wird uns unsere Freiheit bewahren und jenen die ihre wiedergeben. Für 1957 wünsche ich, daß es das Jahr eines kämpferischen und schließlich siegreichen Europa sein möge.“

### I. TAGUNGEN DES RATES

#### Ministerkomitee

Das Ministerkomitee hielt am 15. und 16. Dezember seine 19. Sitzung in Paris ab. Das folgende Presse-Kommuniqué wurde nach Abschluß der Sitzung veröffentlicht.

„Das Komitee der Außenminister des Europarats tagte am 15. und 16. Dezember unter dem Vorsitz von Herrn Josef Bech, Außenminister des Großherzogtums Luxemburg.

Die Minister hatten einen Meinungsaustausch über die großen Linien einer gemeinsamen Politik unter Berücksichtigung der Lage in Osteuropa, insbesondere der Ereignisse in Ungarn, sowie über die Lage im Mittleren Osten. In diesem Zusammenhang wurde die Empfehlung Nr. 105 der Beratenden Versammlung, welche die Grundsätze einer gemeinsamen europäischen Politik festlegt, geprüft. Nach Abschluß der Aussprache nahmen die Minister einstimmig eine Entschließung zu diesem Thema an. (Vgl. unten „Politische Fragen“.)

Nach Anhörung der Ausführungen des amtierenden Generalsekretärs über die Überschneidungen der Zuständigkeiten der europäischen Organisationen nahmen die Minister folgende Entschließung an:

Das Ministerkomitee teilt die Auffassung der Versammlung, daß Überschneidungen der Zuständigkeiten und der Arbeiten bei den europäischen Organisationen im Interesse der Wirksamkeit ihrer Tätigkeit weitgehend ausgeschaltet werden müssen.

Das Komitee nimmt Kenntnis von den Vorbesprechungen, die zwischen den Generalsekretären der internationalen Organisationen mit Sitz in Europa über dieses Thema stattgefunden haben, und ist der Auffassung, daß zu gegebener Zeit das strukturelle Problem der europäischen Zusammenarbeit einer eingehenden Prüfung unterzogen werden muß.

Der Generalsekretär des Europarats wird beauftragt, vorbereitende Besprechungen mit dem Generalsekretär des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris zu führen, um bei der nächsten Sitzung des Ministerkomitees einen Bericht über die Zuständigkeiten beider Organisationen, über ihre derzeitigen Beziehungen und Arbeitsmethoden sowie über die Maßnahmen zur Herstellung einer wirksameren Zusammenarbeit vorzulegen.“

Der britische Vertreter gab eine Erklärung über den Entschluß seiner Regierung betreffend die Aufnahme von Verhandlungen zur Schaffung einer begrenzten Freihandelszone in Europa bekannt. Er betonte die große wirtschaftliche und politische Bedeutung, welche diese Initiative für Großbritannien darstellt.

Der österreichische Außenminister, Dr. Figl, gab eine Erklärung ab, in der er dem Europarat für die gemeinsame Hilfe für Österreich in der Form eines Unterhaltsbeitrages für die ungarischen Flüchtlinge dankte. Er forderte die Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung fortzusetzen, da dieses Problem die Gemeinschaft der freien Völker insgesamt angehe. Das Ministerkomitee betonte die große Dankbarkeit, die der österreichischen Regierung bei ihren Bemühungen um eine Erleichterung des Loses der ungarischen Flüchtlinge gebührt.



Am Ende der Sitzung vom Samstagnachmittag hörten die Minister Erklärungen von Herrn Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, und von Herrn Maurice Faure, Staatssekretär im französischen Außenministerium über die kürzlich geschlossenen Abkommen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik über die Saar. Die beiden Staatssekretäre begrüßten den Abschluß dieser Abkommen, die einen neuen Fortschritt beim Bau Europas darstellen, indem sie die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland fördern. Sie dankten dem Europarat für seinen Anteil an der Lösung dieses Problems.

Die Minister unterzeichneten eine europäische Konvention über die Anerkennung von Auslandssemestern. In dieser Konvention verpflichten sich die Signatarstaaten, die Auslandssemester eines Studenten der modernen Sprachen bei der Berechnung der Studienzeit in dessen Heimatland anzuerkennen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geprüft werden, auch für andere Studienfächer die Anerkennung der Auslandssemester zu erreichen. Diese Konvention stellt den zweiten Schritt in der Durchführung des Programms der Kultursachverständigen dar, dessen endgültiges Ziel die Anerkennung von Hochschulzeugnissen innerhalb der Mitgliedstaaten ist. Griechenland und die Türkei haben diese Konvention nicht unterzeichnet, die Unterzeichnung Österreichs wird in Kürze erfolgen.

Die Minister nahmen einen Bericht von Herrn Pierre Schnitzer, Sonderbeauftragter des Europarats für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, entgegen. Der Bericht befaßte sich mit der Schaffung des Wiederansiedlungs-Fonds, der im April 1956 von verschiedenen Mitgliedsländern des Rates ins Leben gerufen wurde.

Der Sozialausschuß, bestehend aus leitenden Beamten der Sozialdienste der Mitgliedsländer, der mit der Ausarbeitung der europäischen Sozialcharta beauftragt ist, erhielt neue Anweisungen und wurde aufgefordert, einen Bericht über den Stand seiner Arbeiten bis zum 1. Juli 1957 vorzulegen.

Herr Gerhard Schloesser, der von der Beratenden Versammlung im April 1956 zum Direktor der Versammlung bestellt wurde, legte vor den Ministern seinen Amtseid ab.

#### Gemischter Ausschuß

Dieser Ausschuß, der aus sieben Vertretern des Ministerkomitees und sieben Vertretern der Beratenden Versammlung besteht, trat am Vormittag des 16. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse zusammen und behandelte eine Reihe von laufenden Fragen, insbesondere über die Arbeitsmethoden des Europarats.

#### Stellvertreter der Minister

Im Laufe des Monats Dezember tagten die Stellvertreter der Minister einmal in Paris und einmal in Straßburg. Den Vorsitz hatte Herr Reuter, Ständiger Vertreter Luxemburgs. Die Sitzung in Paris vom 3. bis zum 6. Dezember diente in erster Linie der Vorbereitung der Sitzung des Ministerkomitees. Die Stellvertreter beschloßen auf dieser Sitzung, der österreichischen Regierung eine Unterstützung in Höhe von 100 Millionen Francs als Beitrag zu den Unterhaltskosten der ungarischen Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Auf der Sitzung vom 18. bis zum 21. Dezember in Straßburg verabschiedeten die Stellvertreter den Haushaltsplan des Europarates für das Jahr 1957. Die Gesamtsumme beträgt 900 Millionen Francs.

## II. POLITISCHE FRAGEN

### Gemeinsame Europäische Politik

Nachstehend der Wortlaut der Entschließung des Ministerkomitees vom 15. Dezember 1956 betreffend die großen Linien einer gemeinsamen europäischen Politik:

*Das Ministerkomitee hat die Empfehlung 105 (1956) der Beratenden Versammlung geprüft und ist davon überzeugt, daß die internationale Lage die Ausarbeitung und Anwendung einer gemeinsamen Politik über alle entscheidenden Probleme Europas seitens der Mitgliedstaaten immer dringlicher erfordert.*

*Das Komitee erinnert an seine Entschließung (54) 16, die ein Konsultationsverfahren zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen vorsieht, und fordert die Mitgliedsregierungen auf, die in der Empfehlung 105 niedergelegten Grundsätze im Sinne der Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik zu beachten. Das Komitee empfiehlt, die folgenden Prinzipien als Grundlagen einer Politik anzuwenden, soweit es sich um gewisse dringende Probleme in Europa handelt:*

#### A. Osteuropa

1. Alle friedlichen Völker müssen das Recht der osteuropäischen Nationen verteidigen, ihre eigenen Regierungen wie jede andere Nation durch freie Wahlen zu bilden.
2. Die Völker Osteuropas müssen über das politische Regime ihres Landes unter der vollkommenen Wahrung der Menschenrechte und ohne jede Einflußnahme von außen bestimmen können.

#### B. Ungarn

*Vollkommene Unterstützung der Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 12. Dezember 1956, in der die Sowjetunion erneut aufgefordert wird unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um in Gegenwart von Beobachtern der Vereinten Nationen ihre Streitkräfte aus dem ungarischen Staatsgebiet zurückzuziehen und die Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit Ungarns zu gestatten.*

#### C. Mittlerer Osten

1. Vollkommene Unterstützung der Polizeitruppen der Vereinten Nationen in Ägypten zur Verhütung neuer Feindseligkeiten in diesem Gebiet.
2. Schaffung eines Systems, das einen geregelten und normalen Betrieb des Suezkanals sicherstellt. Dies ist von entscheidender Bedeutung für das Wirtschaftsleben aller Mitgliedstaaten. Dieses System muß die in der Konvention von 1888 anerkannten internationalen Rechte garantieren, in Übereinstimmung mit den sechs Grundsätzen, die der Sicherheitsrat im vergangenen Oktober einstimmig angenommen hat.
3. Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens zwischen Israel und den arabischen Staaten, der es ermöglicht, in wirksamerer Weise die dringenden wirtschaftlichen Probleme dieses Gebietes zu regeln und auf diese Weise eine Hebung des Lebensstandards zu erreichen, der den Wohlstand und die gegenseitige Sicherheit für Europa und den Mittleren Orient gewährleistet.

#### Saar

Anläßlich der Sitzung des Ministerkomitees gaben Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen



Amt der Bundesrepublik Deutschland, und Herr Maurice Faure, Staatssekretär im französischen Außenministerium, die nachstehenden Erklärungen über die zwischen ihren Ländern abgeschlossenen Saarabkommen ab:

Dr. Hallstein erklärte:

„In diesen Tagen haben die französische Nationalversammlung und der deutsche Bundestag dem französisch-deutschen Vertrag über die Saar ihre Zustimmung gegeben — eine Tatsache, zu deren Folgen es gehört, daß es fortan in unserem Ministerkomitee keine besonderen Vertreter der Saar mehr geben wird. Ich möchte dieses Ereignis nicht vorübergehen lassen, ohne die Empfindungen ausgesprochen zu haben, die uns in diesem historischen Augenblick befeelen. Zunächst empfinden wir — und das ist wohl menschlich — die Zufriedenheit, die der Handwerker fühlt, wenn ein Werk getan ist, das schwierig war und ihn lange in Anspruch genommen hat. In der Tat: Die Bemühungen haben sich über Jahre hinaus gezogen, und wer Gelegenheit gehabt hat, unseren Vertrag auch nur von außen anzusehen, wird schon an seinem Umfang ermessen können, wie viel Energie und wie viel Phantasie aufgewandt werden mußte, um all den Bedürfnissen gerecht zu werden, die Berücksichtigung verdienten.

Zum andern freue ich mich, auch hier noch einmal die Anerkennung aussprechen zu können für die Haltung, die die französische Regierung nach der bekannten Abstimmung im Saargebiet eingenommen hat. Mit einer Generosität, die der besten Traditionen Frankreichs würdig ist, hat sie nicht gezögert, aus dem Ergebnis der Abstimmung die Folgerungen zu ziehen, die, wie sie glaubte und wie auch wir glaubten, die Prinzipien der Demokratie fordern. Sie hat auch bei den Verhandlungen bei aller selbstverständlichen Wahrnehmung ihrer wesentlichen Interessen den Geist der Fairneß walten lassen.

Schließlich sind wir glücklich, daß im Verhältnis zwischen Frankreich und uns eine Frage beseitigt ist, die eine große Belastung war. Indem sie gelöst ist, bleibt nichts mehr zu liquidieren, was an Folgen des letzten Krieges uns im Verhältnis zueinander das Leben schwer machen konnte, und der Weg ist frei, um gemeinsam in eine glücklichere europäische Zukunft zu schreiten.

Dies ist das Letzte, was mich drängt zu sagen: Auch und vor allem um unserer europäischen Gemeinsamkeit willen sind wir glücklich wegen unseres gemeinsamen Erfolgs. Ich möchte dem Europarat den aufrichtigen Dank meiner Regierung für das sagen, was er zur Lösung des Saarproblems beigetragen hat. Vielleicht haben wir gelegentlich — es kann heute nicht mehr mißverstanden werden, wenn ich sage — der europäischen Idee zu viel zugemutet, wenn wir erwartet haben, die Saarlösung könne allein auf das Fundament einer europäischen Konstruktion gebaut werden. Eines ist aber sicher: Niemals würden wir in diesem Jahre zum glücklichen Ende gekommen sein, wenn nicht auch im Europarat in einer geduldigen Bemühung und in einer Gesinnung der Freundschaft und des Verständnisses um die Lösung gerungen worden wäre. Alle Mitglieder des Europarats dürfen Genugtuung deswegen empfinden und zugleich das Gefühl der Ermutigung: Der europäische Geist ist nicht bloßes pathetisches »pronunciamiento«; er ist eine wirkende Kraft im politischen Geschehen der Gegenwart.“

Herr Faure erklärte:

„Wenn ich nach einem Beweis dafür suchte, wie ausgezeichnet die französisch-deutschen Beziehungen sind, würde ich ihn sicherlich darin finden, daß ich in der Tat keinen Satz der Rede wieder aufzunehmen brauche, die soeben derjenige gehalten hat, der in diesen Ver-

handlungen mein Partner war und mein Freund geworden ist: Herr Hallstein. Ich kann sagen, daß ich selbst die Sätze hätte sprechen können und daß ich sie gern gesprochen haben würde, die er an unser Komitee gerichtet hat. Bei dem so schweren geschichtlichen Erbe, das die Beziehungen unserer alten europäischen Länder kennzeichnet, ist es völlig normal, völlig natürlich, daß sich die schwierigsten politischen und wirtschaftlichen Probleme hie und da irgendwie stellen. Es ist ein Problem gerade dieser schwierigen Art, das wir soeben gelöst haben, und zwar, wie ich wohl sagen kann, endgültig gelöst haben. Der Europarat hat bei der Lösung der Saarfrage eine nützliche Rolle gespielt. Er hat sich damit oft eingehend befaßt, und der ausgezeichnete, scharfsinnige und gut dokumentierte Bericht, den Herr van der Goes van Naters ausgearbeitet hatte, ist unvergessen.

Beim Rückblättern unserer diplomatischen Geschichte finde ich einen Satz von Talleyrand, der besagt, es sei das Kennzeichen eines guten Abkommens, daß sich jedermann darüber beklage. Ich für mein Teil weiß, daß dieser Vertrag nicht das gleiche Schicksal erfährt. Zu diesem Saarvertrag beglückwünscht sich alles. Heißt das, daß er schlecht ist? Ich glaube es nicht; wir können das Paradoxon so weit nicht treiben.

Wir verzeichnen den Vertrag mit Genugtuung, und ich bin sicher, daß alle Mitglieder dieses Komitees, alle europäischen Staaten, weil sie überzeugt sind, daß die Festigkeit unseres Bauwerkes gerade auf der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland beruht, den Vertragsschluß mit Erleichterung, ja noch mehr, mit Freude aufnehmen.“

#### Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten

Am 14. und 15. Dezember tagte der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten in Paris unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon (MRP — Franzose) und hatte eine vorbereitende Aussprache über den Bericht über die Politik des Europarates im Lichte der jüngsten Entwicklung der internationalen Lage. Dieser Bericht wird der Beratenden Versammlung im kommenden Januar vorgelegt werden; er enthält eine Entschließung, deren Text von Herrn Lodovico Benvenuti (Chr. Dem. — Italiener) verfaßt und vom Ausschuß behandelt wurde.

Herr Natale Santero (Chr. Dem. — Italiener) erstattete einen Bericht über die Fortschritte, welche die Messina-Mächte und der Europäische Wirtschaftsrat in der Frage der Organisation der Atomenergie in Europa gemacht haben.

Der Ausschuß wird am 7. Januar wieder zusammentreten, um seinen Bericht für die am nächsten Tage zusammentretende Beratende Versammlung fertigzustellen. Bei dieser Gelegenheit wird der Ausschuß auch eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen abhalten, um einen Vortrag eines Vertreters des Europäischen Wirtschaftsrates über die Kernenergie zu hören.

### III. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

#### Europäische Auslieferungsordnung

Der zweite Unterausschuß des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen prüfte den Entwurf für eine europäische Auslieferungsordnung, wie er von den Regierungssachverständigen ausgearbeitet worden ist. Nach eingehender Prüfung des Entwurfs schlug der Unterausschuß eine Reihe von Abänderungen vor, die der Beratenden Versammlung im Januar vorgelegt werden.



**Menschenrechte (griechische Beschwerde)**

Der Unterausschuß der Europäischen Menschenrechtskommission, der in der Angelegenheit der griechischen Beschwerde im November 1956 getagt hatte, trat vom 18. bis zum 20. Dezember erneut in Straßburg zusammen.

Auf dieser Sitzung nahm der Unterausschuß von der öffentlichen Erklärung Kenntnis, welche die britische Regierung am 18. Dezember 1956 in Nicosia durch den Gouverneur der Insel Cypern hatte abgeben lassen. Diese Erklärung hat insbesondere zum Inhalt, daß die Sonderbestimmungen betreffend körperliche Züchtigung und Kollektivstrafen aufgehoben werden und daß gewisse andere, in Cypern zur Zeit in Kraft befindliche Bestimmungen abgeändert werden.

Der Unterausschuß beschloß, seine Bemühungen für eine friedliche Regelung des Falles fortzusetzen und hat zu diesem Zweck drei seiner Mitglieder zu einer neuen Sitzung im Januar 1957 einberufen.

**Pässe, Grenzformalitäten**

Anläßlich der Sitzung von Anfang Dezember haben die Stellvertreter der Minister die Frage der Vereinfachung der Grenzformalitäten geprüft.

Im Jahre 1955 hatte die Beratende Versammlung zwei Empfehlungen über die Vereinfachung der Grenzformalitäten zwischen den Mitgliedsländern des Rates verabschiedet; eine weitere Empfehlung bezieht sich insbesondere auf den Luftreiseverkehr (Empfehlungen 84, 85, 86, vgl. Mitteilungen des Europarats, Jahrg. 1955, Nr. 11). Diese Empfehlungen wurden im April 1956 wieder zum Gegenstand einer Beschlußfassung gemacht (Empfehlung Nr. 97, vgl. Mitteilungen des Europarats, Jahrg. 1956, Nr. 5). Die Entschlüsse der Minister beruhen auf diesen Empfehlungen.

Es wurde festgestellt, daß die noch für den Grenzübertritt bestehenden Hindernisse einem wirklich freien Touristenverkehr in den europäischen Ländern entgegenstehen, und die Stellvertreter beschlossen, einen Sonderausschuß ins Leben zu rufen, der die Durchführung folgender Maßnahmen in kurzer Zeit prüfen soll:

Abschaffung des Paßzwanges zwischen allen Mitgliedstaaten;

die allgemeine Kontrolle der Reisenden soll durch Stichproben ersetzt werden;

Abschaffung der bisherigen Grenzdokumente für Kraftfahrzeuge und Ersatz durch ein vorläufig einzuführendes einfaches Dokument, ähnlich der deutschen Zollvormerkkarte; im Endergebnis soll für den Grenzübertritt der nationale Zulassungsschein ausreichend sein;

mit der größtmöglichen Zahl von Nichtmitgliedstaaten des Rates sollen Abkommen über die Abschaffung des Sichtvermerkzwanges getroffen werden; Vereinfachung der Grenzübertrittsformalitäten für Flüchtlinge.

**IV. SOZIALE FRAGEN****Abkommen über soziale Sicherheit**

Mit Schreiben vom 8. Dezember hat der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland den amtierenden Generalsekretär davon unterrichtet, daß die zwei vorläufigen europäischen Abkommen über die soziale Sicherheit sowie die europäische Konvention

über soziale und medizinische Hilfe vom 11. Dezember 1953 für das Land Berlin mit Wirkung vom 1. September 1956 in Kraft getreten sind. Diese Erklärung entspricht den Ausführungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 24. August 1956, daß die Bundesregierung sich die Möglichkeit vorbehalte, die genannten Abkommen und die Konvention auch in Berlin in Kraft treten zu lassen.

**V. KULTURELLE FRAGEN****Anerkennung von Auslandssemestern**

Die neue Europäische Konvention über die Anerkennung von Auslandssemestern wurde in Paris am 15. Dezember von allen Mitgliedstaaten des Rates mit Ausnahme von Österreich, Griechenland und der Türkei unterzeichnet.

Diese Konvention ist eine Ergänzung zu der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der zum Hochschulstudium berechtigenden Schulabgangszeugnisse, unterzeichnet in Paris am 11. Dezember 1953, und zu der Europäischen Kulturkonvention, unterzeichnet in Paris am 19. Dezember 1954.

Nach Artikel 2 der Konvention sollen die zuständigen Stellen (staatliche Schulaufsichtsbehörden oder Universitäten) alle Auslandssemester von Studenten der modernen Sprachen an der Universität eines anderen Mitgliedstaates anerkennen und auf den Studiengang anrechnen. Die Voraussetzung ist, daß der Student eine Bescheinigung über befriedigende Leistungen während der Auslandssemester beibringt.

Damit der Anwendungsbereich der Konvention nicht nur auf die modernen Sprachen beschränkt bleibt, bestimmt Artikel 3, daß die vertragschließenden Mächte die Möglichkeit für die Anerkennung von Auslandssemestern auch für andere Studienfächer prüfen sollen, insbesondere für die Naturwissenschaften. Man hofft, auf diese Weise eine Lösung für das Problem des Mangels an hochqualifiziertem wissenschaftlichen Personal zu finden.

Gemäß Artikel 4 der Konvention sollen die vertragschließenden Mächte durch zwei- oder mehrseitige Abkommen festsetzen, welche akademischen Prüfungen eines Landes in einem anderen Mitgliedslande anerkannt werden können. Die Kultursachverständigen des Europarats haben es sich zur Aufgabe gesetzt, allmählich innerhalb der Mitgliedsländer zu einer gegenseitigen Anerkennung aller akademischen Prüfungen und Diplome zu gelangen.

Die Konvention tritt nach der Hinterlegung von drei Ratifikationsurkunden beim Generalsekretär des Europarats in Kraft. Ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Konvention muß jeder Signatarstaat einen Bericht über die Maßnahmen, die in den Artikeln 2 bis 6 vorgesehen sind, einreichen.

**Stipendien des Europarats**

Am 15. September tagte in Straßburg eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Kultursachbearbeiters des Europarats, Herrn G. Hohenwart. Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war die Formulierung von Vorschlägen für die Entwicklung des Systems von Forschungsstipendien, wie sie seit drei Jahren vom Europarat verliehen werden. An den Sitzungen nahmen teil ein Vertreter der Hohen Behörde der EGKS, Herr Searls



vom British Council sowie Professor Imbs von der Universität Straßburg.

#### Reisestipendium

Eine Arbeitsgruppe des Ausschusses der Kultursachverständigen prüfte am 20. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Vandenborre* (Belgien) den Plan einer Europarundreise für Jugendliche.

#### Der Runde Tisch

Am 17. und 18. Dezember trafen sich in Paris der Vorsitzende und die Berichterstatter der Studiengruppe, die im vergangenen März bereits zusammengetreten war (vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg., Nr. 4). Es handelt sich hier um die Fortsetzung der Arbeiten des Europäischen Runden Tisches in Rom, dessen Ergebnisse in einem Sammelwerk zusammengefaßt werden sollen. Herrn von *Schmieden*, Direktor der Studienabteilung des Europarats, und der Generalberichterstatter, Professor Max *Beloff*, prüften zusammen mit der Studiengruppe das Manuskript dieses Werkes. Dieses wird demnächst in Großbritannien bei den Verlegern Chatto and Windus erscheinen. Ausgaben in anderen Sprachen sind ebenfalls vorgesehen.

#### Ausstellung in Rom

Die dritte unter der Schirmherrschaft des Europarats organisierte Ausstellung wurde am 1. Dezember in Rom eröffnet. An der Feier nahmen teil: der Präsident der Italienischen Republik, Herr *Gronchi*, der Erziehungsminister *Rossi*, die Botschafter der Mitgliedstaaten des Europarats sowie zahlreiche andere Persönlichkeiten. Den Einführungsvortrag hielt Herr *Werner von Schmieden*, Direktor der Studienabteilung beim Europarat. Nachdem Herr *Rossi* die Ausstellung eröffnet hatte, besichtigte der Präsident der Republik die etwa 400 Gemälde und Skulpturen des 17. Jahrhunderts, die aus allen europäischen Sammlungen stammen. Die Ausstellung wird bis Ende Januar dauern.

### VI. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

Der Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge tagte unter dem Vorsitz von Herrn *Georges Pernot* (Unabhg. Rep. — Franzose) in Paris. In erster Linie berichtete Herr *Pierre Schneiter*, der Sonderbeauftragte des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, über seine Arbeit. Außerdem gaben die Beobachter des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sowie des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Europäische Wanderung Erklärungen ab.

Nach einer Prüfung der durch den Zustrom ungarischer Flüchtlinge in Österreich entstandenen Lage verabschiedete der Ausschuß einstimmig einen Empfehlungsentwurf, welcher der Beratenden Versammlung auf ihrer Januartagung vorgelegt werden soll.

### VII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Sonderausschuß der Beratenden Versammlung zur Wahrung der Rechte der im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen tagte am 16. Dezember in Paris. Naturgemäß lag das Schwergewicht seiner Arbeiten auf den Problemen Osteuropas. Die Maßnahmen des Ministerkomitees in dieser Hinsicht wur-

den erörtert, und der Sonderausschuß beschäftigte sich insbesondere mit der Wiedereingliederung junger Flüchtlinge aus Osteuropa, den Ost-West-Beziehungen, der Frage der politischen Gefangenen in Osteuropa usw.

### VIII. KOMMUNALANGELEGENHEITEN

#### Europäische Kommunal-Konferenz

Im Sitzungssaal der Beratenden Versammlung wird vom 12. bis zum 14. Januar eine europäische Konferenz der Vertreter von europäischen Selbstverwaltungskörperschaften stattfinden. Die Initiative zur Abhaltung dieser Konferenz geht zurück auf die Entschließung Nr. 76, die am 14. Oktober 1955 von der Beratenden Versammlung einstimmig angenommen wurde. Diese Konferenz wird etwa 135 Bürgermeister aus allen Mitgliedsländern des Europarates vereinen.

Die Tagesordnung ist folgende:

- 1) Probleme des Kommunalkredits (es handelt sich hier um den Entwurf einer Empfehlung des Kommunalausschusses der Beratenden Versammlung mit dem Ziel, eine Erleichterung für die Auflage von Kommunalanleihen, insbesondere auf fremden Kapitalmärkten, zu erreichen); Organisation des Kommunalkredits auf europäischer Ebene. Berichterstatter: *Charles Janssens* (Lib. — Belgier).
- 2) Die Schaffung des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl und die Tätigkeit der EGKS in ihren Rückwirkungen auf lokale und regionale Probleme. Berichterstatter: *René Radies* (Soz. Rep. — Franzose).
- 3) Beteiligung der Gemeinden und Selbstverwaltungskörperschaften an der Förderung und Verbreitung der europäischen Idee. Berichterstatter: *David Jones* (Labour — Engländer) und *Jakob Altmaier* (SPD — Deutscher).
- 4) Verteidigung und Selbstverwaltung. Berichterstatter: *J. Dickson* (Cons. — Schwede).

#### Ausschuß-Sitzungen

Der Ausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten tagte am 13. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Jacques Chaban-Delmas* (Soz. Rep. — Franzose). Der Ausschuß befaßte sich ausschließlich mit der Vorbereitung der Kommunalkonferenz (siehe oben).

Der Unterausschuß für die Auswirkungen der Tätigkeit der EGKS auf kommunaler Ebene tagte am 11. und 12. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *David Jones* (Labour — Engländer) und hatte einen Meinungsaustausch mit einem Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

Der Unterausschuß für den europäischen kommunalen Hilfsfonds tagte am 12. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *J. J. R. Schmal* (Chr. Hist. — Holländer) und prüfte die Vorschläge zur Schaffung eines europäischen kommunalen Kreditinstituts.

Der Verwaltungsausschuß für den europäischen interkommunalen Austausch tagte am 14. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Peter Smithers* (Kons. — Engländer). Der Ausschuß beabsichtigt, diesem Plan einen neuen Antrieb zu geben, sowohl über die Presse wie auch auf parlamentarischem und diplomatischem Wege.



## IX. NATIONALE PARLAMENTE

## London

Am 12. Dezember wurde dem britischen Unterhaus ein von über hundert konservativen Abgeordneten unterzeichneter Antrag, betreffend die europäische Einheit, vorgelegt. In diesem Antrag wird festgestellt, daß die Interessen Großbritanniens und des Commonwealth in einer engeren Verbindung zwischen Großbritannien und Westeuropa liegen. Die Antragsteller fordern die Regierung auf, eine Konferenz mit den Mächten Westeuropas einzuberufen, um die Möglichkeiten für eine Intensivierung der europäischen Einigungspolitik zu prüfen.

## Paris

In der außenpolitischen Debatte der französischen Nationalversammlung vom 18. bis zum 20. Dezember haben eine Reihe von Abgeordneten, mit Ausnahme der äußersten Linken, betont, daß die Suez-Krise, die aus einem Mangel an Einheit in Europa entstanden sei, bewiesen habe, daß die Herstellung dieser Einheit immer dringlicher wird. Herr Robert Schuman (MRP) forderte die Schaffung eines Ständigen Rates der europäischen Minister, der regelmäßig oder auf Verlangen einer Regierung zusammentreten soll. Herr Schuman forderte auch die direkte und unmittelbare Wahl einer europäischen Versammlung, deren Aufgabe die demokratische Kontrolle der europäischen Institutionen sein wird. Für die ungarischen und sonstigen osteuropäischen Flüchtlinge soll, wie Herr Schuman vorschlug, der Europarat eine europäische Staatsangehörigkeit schaffen.

## Den Haag

Eine Anfrage des Abgeordneten J. F. Goedhart betreffend die Maßnahmen des Europarats zugunsten der ungarischen Flüchtlinge wurde vom niederländischen Außenminister dahingehend beantwortet, daß die Stellvertreter der Minister aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage seien, einem Ausschuß der Beratenden Versammlung unmittelbar zu antworten. Der Minister erklärte, daß er mit dem Inhalt des Telegrammes nicht einverstanden sein könne, das der Flüchtlingsausschuß der Versammlung an das Ministerkomitee gerichtet hat und in dem er den Stellvertretern einen Mangel an Aktivität vorwarf. Diese hätten alsbald nach Erhalt von Weisungen seitens ihrer Regierungen die erforderlichen Beschlüsse gefaßt.

In der Antwort auf eine andere Anfrage erklärte sich der niederländische Justizminister bereit, mit anderen Regierungen die Frage der Abschaffung des Paßzwanges zu prüfen.

## VERSCHIEDENES

## Veränderungen in der niederländischen Delegation

Herr L. J. C. Beaufort (Kath. Volksp., Senator) wird ersetzt durch Herrn L. de Gou (Kath. Volksp. Senator); Herr Bruins Slot (Anti-Rev.) durch Herrn B. W. Biesheuvel (Anti-Rev.); Frl. M. Klompé (Kath. Volksp.) durch Herrn W. J. Schuijt (Kath. Volksp.); Herr M. M. A. A. Janssen (Kath. Volksp.) durch Herrn A. E. M. Duijnste (Kath. Volksp.); Herr Wendelaar (Lib., Senator) durch Professor G. de Grooth (Lib., Senator).

## Abschaffung des Paßzwanges

Auf Grund eines Abkommens, das zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland am 15. Dezember in Kraft getreten ist, ist der Paßzwang für die Staatsangehörigen beider Länder beim Grenzübergang von dem einen in das andere Land abgeschafft worden. Die Vorlage eines Personalausweises ist ausreichend.

Zwischen Italien und Frankreich wurde das Abkommen vom 18. März 1956 (vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg., Nr. 4), das für eine Versuchsperiode bis zum 20. September abgeschlossen war, bis zum 20. März 1957 verlängert. Durch dieses Abkommen wurde ein Grenzübergangsschein für Touristen aus diesen Ländern eingeführt, der die Vorlage eines Reisepasses erübrigt.

## Studententage über Informationswesen.

Vom 3. bis zum 7. Dezember fand eine von der UNESCO und der Universität Straßburg organisierte Studientagung über die journalistische Ausbildung und die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet des Informationswesens statt. Für das im Mai 1957 in Straßburg geplante internationale Zentrum für höhere journalistische Ausbildung wurde ein Arbeitsprogramm entworfen. Die Zahl der Teilnehmer ist auf dreißig beschränkt, die Dauer des Lehrganges beträgt fünf Wochen mit 125 Arbeitsstunden. An der Tagung nahmen Vertreter von 19 Ländern teil. Das Generalsekretariat des Europarats war durch Frl. C. C. Meyers von der Presse- und Informationsabteilung vertreten. Am 7. Dezember wurden die Teilnehmer der Tagung im Europahaus von Herrn Werner von Schmieden, Direktor der Studienabteilung, empfangen.

## VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- |                            |   |
|----------------------------|---|
| 7. Januar:                 | Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Straßburg)  |
|                            | Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten (Straßburg)                               |
| 8. bis 11. Januar:         | Beratende Versammlung (Straßburg)   |
| 12. bis 14. Januar:        | Europäische Konferenz der Lokalbehörden (Straßburg)                               |
| 14. Januar:                | Gemischter Kultur-Ausschuß (Paris)  |
| 15. bis 17. Januar:        | Präsidium der Kultursachverständigen (Paris)                                      |
| 21. bis 26. Januar:        | Sachverständigenausschuß für die Pflichtversicherung von Kraftfahrern (Straßburg) |
| 29. Januar bis 1. Februar: | Ausschuß für soziale Fragen (Straßburg)   |
| 11. bis 13. Februar:       | Sachverständigenausschuß für Auslieferung (Straßburg)                             |
|                            | Verwaltungsrat des Wiederansiedlungs-Fonds (Paris)                                |
| 14. bis 20. Februar:       | Sachverständigenausschuß für gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen (Straßburg)  |
| 19. März:                  | Unterausschuß für einen europäischen Kulturausweis (Straßburg)                    |
| 19. März:                  | Unterausschuß für Jugendfragen (Straßburg)  |
| 20. bis 28. März:          | Kultursachverständigen-Ausschuß (Straßburg)                                       |
| 25. bis 30. März:          | Sachverständigenausschuß für die Frage der juristischen Personen (Straßburg)      |